

Peter Werner (Hrsg.):

**Weiterentwicklung des Sozialstaates unter den
Einflüssen von Polarisierungen in der Gesellschaft
und Verflüssigungen traditioneller Strukturen**

Sozialwissenschaftlicher Diskurs im Rahmen des „Studium im Alter“
an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Sommersemester 2008

Inhalt

<i>Peter Werner</i> Zur Einführung	4
<i>Helga Stubbe</i> Berlin als Beispiel für kulturelle gesellschaftliche Innovation – und für „Verflüssigungen“ ..	10
<i>Manfred Klimek</i> Gesellschaftskritische Anmerkungen zu Goehlers „Verflüssigungen“	16
<i>Walter Philipp</i> Neue Communities und neue soziale Sicherheiten durch das Internet	30
<i>Karl-Heinz Peikert</i> Veränderungen der Grundlagen unserer Ökonomie durch das World Wide Web und ihre sozialen Auswirkungen	39
<i>Marc von Miquel</i> Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen in Diktatur und Demokratie.....	49
<i>Sabine Klocke-Daffa</i> Denkanstöße aus ethnologischer Sicht zur Ausgestaltung der Sozialstaatsidee unter den zukünftigen Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft.....	57
<i>Christoph Golbeck</i> Forschungsstand Dritter Sektor. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Erneuerung des Sozialstaates	66
<i>Annika Ritter</i> Das garantierte Grundeinkommen – Ein Thesenpapier aus der Sicht von attac –	92
<i>Gitta Jurkait</i> Gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit.....	99
<i>Luit Westendorp</i> Ein sozialpolitischer Paradigmenwechsel: vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Sozialstaat.....	103
<i>Peter Werner</i> Ergebnisse des Sommersemesters 2008 und Ausblick auf das Wintersemester 2008/2009..	108

Peter Werner

Zur Einführung

Die Leitfrage des Diskurses, die allen bisherigen Veranstaltungen zugrunde lag, lautet:

Wie sollte die Welt aussehen, die wir unseren Nachkommen hinterlassen?

Darin eingeschlossen sind immer drei Aspekte:

- Versuche, die Gegenwart zu verstehen,
- Beiträge einer Reflexion individueller und gesellschaftlicher Erfahrungen,
- Ansätze zu einem verantwortungsbewussten Handeln.

Der Diskurs besteht seit 2002 und ist ein selbstorganisiertes Angebot im Rahmen des Studiums im Alter in der Westfälischen Wilhelms – Universität Münster.

Zu den Themen der vorangegangenen Semester gehören:

- Soziale Gerechtigkeit
- Soziale Sicherheit
- Die deutschen Sozialversicherungen im EU- Vergleich
- Die Globalisierung: Chancen, Risiken, Erwartungen
- Die Wertedebatte
- „Verantwortungsgesellschaft“ / Kommunitarismus
- Krisen der Erwerbsarbeitsgesellschaft
- Stellungnahmen von politischen Parteien und sozialen Organisationen zur Zukunft der Arbeit
- Das Sozialstaatsgebot und polarisierende gesellschaftliche Entwicklungen.

Das Thema des hier dokumentierten Sommersemesters 2008 heißt:

Weiterentwicklung des Sozialstaates unter den Einflüssen von Polarisierungen in der Gesellschaft und „Verflüssigungen“ traditioneller Strukturen.

Der Leitbegriff „Verflüssigungen“ ist folgender Schrift, die auch als Textgrundlage des Diskurses dient, entnommen:

Goehler, Adrienne (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft; Frankfurt a.M.¹

Goehler entfaltet ihre Thematik in fünf Hauptkapiteln:

1. Das Unbehagen an der Gegenwart
2. Die Kulturgesellschaft
3. Vorschein des Noch- Nicht: Versuche im Neuland
4. Die Hauptstadt als Laboratorium
5. Wege und Umwege in die Kulturgesellschaft

Aufschlussreich für die Behandlung des Themas ist bereits die *Danksagung*. Darin heißt es: Es „haben an unterschiedlichen Stellen verschiedene Menschen mitgedacht: mehrere PhilosophInnen, KünstlerInnen, eine Kulturwissenschaftlerin, mehrere SozialwissenschaftlerInnen, ein und eine PsychoanalytikerIn, zwei Schauspieler, ein Publizist, eine Mutter, ein Psychiater, mehrere LehrerInnen und TänzerInnen, ein Theaterautor, ein Dramaturg, ein Presseemann,

¹ Die im Folgenden angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese Publikation.

Zur Einführung

eine Verlegerin, zwei Theaterleiterinnen, ein ehemaliger Forschungsbeamter, ein Mathematiker, zwei Bildungsexpertinnen, einige wenige PolitikerInnen“ (S. 8)

Bemerkenswert sind bereits im Vorfeld der eigentlichen Ausführungen zwei Punkte:

- Die nachfolgenden Beobachtungen, Sammlungen, Überlegungen, Auseinandersetzungen sind nicht eine Einzelleistung, sondern vielmehr das Ergebnis einer Teamarbeit.
- Die an dieser Arbeit Beteiligten sind im weitesten Sinne dem Bereich der GeisteswissenschaftlerInnen zuzurechnen. Nicht vertreten waren offensichtlich die Natur- und Ingenieurwissenschaften, die Ökonomie und die Rechtswissenschaften.

Diese Schwerpunktsetzungen haben ihren Grund, sie werden bei unseren Beurteilungen mit zu bedenken sein.

Die *Vorbemerkungen* beginnen mit dem programmatischen Satz: „Wir leben in einer Phase des umfassenden gesellschaftlichen Übergangs, die man als *>nicht mehr und noch nicht<* bezeichnen könnte“ (S. 11). In diesem Zwischenraum zwischen überkommenen Strukturen, die sich auflösen, und neuen Ordnungen, die bestenfalls in ersten Ansätzen erkennbar sind, geht es darum, „Ambivalenzen aushalten zu müssen“ (S. 12). Hierfür gibt es eine wichtige, vielleicht überlebenswichtige Ressource: die Kunst. Denn „KünstlerInnen sind von Hause aus SpezialistInnen für Übergänge, Zwischengewissheiten und Laboratorien ... “ (S. 12). Es geht hier mit den Worten von Hannah Arendt darum, „ ,etwas in die Wirklichkeit zu rufen, das nicht vorgegeben ist‘ “ (S. 12).

Der jetzige gesellschaftliche Zustand und die damit verbundenen Herausforderungen stehen insofern zum überkommenen Sozialstaat in einem Gegensatz, als dieser Ambivalenzen, Ungewissheiten, Unsicherheiten gerade zu überwinden, einzudämmen beabsichtigte. Die Kritik am Sozialstaat richtet sich daher vor allem auf folgende Punkte:

- seine Bindung an die Erwerbsarbeit, die Vollbeschäftigung, die kapitalistische Produktionsweise, die neoliberale Perspektive;
- die Verfestigung der Chancenungleichheit, die strukturelle, in Traditionen verankerte Diskriminierung der Mädchen und Frauen;
- die Lähmung von Eigenverantwortung, individueller Vorsorge, der Entfaltung von Kreativität und Imagination, der Gestaltung individueller Lebensentwürfe.

Um demgegenüber ein Mehr an Freiheit, an Gerechtigkeit, an Sinnhaftigkeit zu erringen, ist ein Rückgriff auf technische, ökonomische, juristische, politische Lösungen im hergebrachten Verständnis nicht möglich. Daher richtet sich die Anfrage an Kultur, Kunst, Wissenschaften (mit Innovationspotenzial) nach ihren Beiträgen zu einer Transformation des Sozialstaates in eine Kulturgesellschaft.

Der leitende Begriff für die weiteren Überlegungen ist der der „*Verflüssigungen*“. Goehler füllt diesen Begriff inhaltlich durch folgende Teilaspekte:

- *Verflüssigungen im Denken*: Verflüssigung meint das Gegenteil von Verhärtung, von Ankapselung. Dabei geht es nicht nur darum, die Verfestigungen gesellschaftlicher Verhältnisse aufzulösen, sondern vor allem und zunächst einmal um die Auflösung von Denkblockaden, um eine Verflüssigung des Denkens. „Das kann nur aus Dialogen und Erprobung von Neuem, Abweichendem erwachsen.“ (S. 16)
- *Verflüssigungen im Umgang mit Erfahrungen*: „Verflüssigung meint: wechselseitige Durchdringungen, Energien freisetzen, Durchlässigkeiten unter Wahrung des Eigenen herstellen, nicht Auflösung der Widersprüche, sondern im Bewusstsein von Differenz und Ambivalenz neue Erfahrungen zulassen,“ (S. 16)
- *Verflüssigungen im Umgang mit Widersprüchen*: „Der Verflüssigung wohnt selbstverständlich auch die Gefahr der Auflösung inne. Genau mit dieser Ambiguität muss sich

Zur Einführung

eine Kulturgesellschaft aber auseinander setzen.“ (S. 16) Auch die Gefahr, den Boden unter den Füßen zu verlieren, muss gesehen und u. U. vorübergehend ausgehalten werden.

- *Verflüssigungen als eine allgemeine Zeiterscheinung*: „Die >flüssige Moderne< unterscheidet sich von der klassischen Moderne dadurch, dass alles Stabile und Verlässliche sich auflöst, zerfließt, verdampft, was auch heißt: Entmachtung der Vergangenheit, der Tradition.“ (S. 17) Erst damit wird der Blick freigegeben für die Möglichkeiten völlig neuer Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Während also „Flexibilisierung“ lediglich eine geschmeidige Anpassung an veränderte Bedingungen meint, zielt „Verflüssigung“ auf ein radikales Infragestellen, ein grundlegendes Umschmelzen und auf das Entstehen ganz neuer Formen.

Die Absicht des Buches ist es zu zeigen, „dass es eine Fülle von Ansätzen zu Interventionen gibt und viele einzelne praktische Modelle, die künstlerisches, wissenschaftliches und Bewegungswissen verbinden. Diese erweitern dadurch ihre jeweiligen Handlungsfelder, um Gesellschaft anders denken und gestalten zu können“ (S. 19). In diesem Sinne wendet sich das Buch u.a. „an diejenigen ..., die herkömmlichen Problemlösungsmustern misstrauen und interessiert sind an nachhaltigen und zukunftsgerichteten Entwürfen für eine unter großem Veränderungsdruck stehende Gesellschaft und die vielleicht sogar zu TeilzeitaussteigerInnen geworden sind. Das Buch wendet sich ... an die ..., die der amerikanische Sozialwissenschaftler Richard Florida die *Kreative Klasse* nennt ...“ (S. 22).

Man wird das Anliegen von Goehler wohl nur dann richtig verstehen, wenn man die Einschätzung teilt, dass ein „Weiter so, wie bisher“ selbst zu einem Experiment mit vorhersehbar negativem Ausgang geworden ist, dass dennoch Pessimismus und Resignation nicht am Platze sind, weil es erkennbare alternative Ansätze gibt; die zwar noch unverbunden nebeneinander stehen und eher kleine Inseln darstellen als ein sicheres Festland, die aber ein großes Entwicklungspotenzial in sich tragen.

Es dürfte nunmehr auf der Hand liegen, dass Naturwissenschaften, Technologien, Ökonomie, Rechtswissenschaften nicht prinzipiell ausgeschlossen werden sollen, dass die Erwartungen an ihre Beiträge zunächst jedoch besonders gering sind. Aber auch das ließe sich unter dem Einfluss zunehmender Verflüssigungen durchaus ändern.

Schließlich ist unmittelbar einsichtig, dass unter den Bedingungen einer umfassenden Auflösung traditioneller Strukturen und der Notwendigkeit einer Entfaltung von Einfallsreichtum, Eigeninitiative und individueller Verantwortung einem „Bürgereinkommen“ eine zentrale Bedeutung zufällt.

Zu diesem ersten Denkanstoß, den man den Goehlerschen Ansatz nennen könnte, verhalten sich die TeilnehmerInnen des Diskurses zunächst einmal distanziert.

Das von Goehler mit „Verflüssigung“ Gemeinte wird durch folgendes Beispiel veranschaulicht. Nach dem Amoklauf eines Schülers am Erfurter Gymnasium hatte Kurt Masur geäußert, dass man einer solchen Aggressivität, Gewaltbereitschaft, Sinnlosigkeit bei Jugendlichen am besten dadurch entgegenarbeiten bzw. vorbeugen könne, indem jedes Kind das Spielen eines Musikinstrumentes erlerne.

Versucht man diesen Vorschlag zu verallgemeinern, so zeigt sich hier ein Rückgriff auf Ideen der Reformpädagogik, speziell auch der Pädagogik Rudolf Steiners.² Zwar lässt sich einwen-

² Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Aufsatzsammlung Adorno, Theodor W. (1971): *Erziehung zur Mündigkeit*; Frankfurt a.M.; darin vor allem auf die Bedeutung der „pre-school- education“ in den Beiträgen „Erziehung – wozu?“ (105ff) und „Erziehung zur Entbarbarisierung“ (120ff).

Zur Einführung

den, dass die Möglichkeiten der Pädagogik grundsätzlich überschätzt werden, wenn in der Gesellschaft allgemein ein hohes Gewaltpotenzial vorhanden ist und Rücksichtslosigkeit dort nicht nur toleriert, sondern auch noch belohnt wird. Entscheidend ist im vorliegenden Zusammenhang jedoch nur die Frage: Was meint hier „Verflüssigung“?

„Verflüssigung“ würde sich in diesem Beispiel ereignen, wenn die vorgestellte (und gut begründete) Idee von vielen Menschen aufgegriffen würde, es zu einer gemeinsamen Aktion von Lehrern, Musikern, Eltern, Sponsoren, Schulträgern, Schulaufsicht käme und tatsächlich immer mehr Grundschul Kinder mit dem Musizieren beginnen, sich damit eine ganz andere neue Erlebniswelt erschließen und auch zu einem Miteinander im gegenseitigen Umgang kommen. Es sind also zwei Momente, die hier zusammen kommen müssen:

- das Überwinden traditioneller Zuständigkeitsgrenzen und der Zugewinn durch neue Formen einer Kooperation,
- das, was neu entsteht, hier das Musizieren, muss sowohl für den Einzelnen (Förderung individueller Fähigkeiten) als auch für die Gesellschaft (Abbau von Gewalt) einen Sinn haben.

Damit wird deutlich, dass nicht jede „Verflüssigung“ oder Auflösung von Strukturen oder Traditionen im Sinne von Goehler einen Schritt hin zu einer Kulturgesellschaft bedeutet. Negativbeispiele lassen sich in großer Anzahl finden. Wenn Lohnstrukturen aufgelöst werden mit dem Ergebnis des Auseinanderdriftens von Managergehältern und Dumpinglöhnen, dann entspricht das nicht dem Ziel einer Goehlerschen Verflüssigung. Gleiches lässt sich sagen, wenn Arbeitnehmerschutzrechte gelockert werden und damit einer hire-and-fire-Mentalität Vorschub geleistet wird, wenn sich gewerkschaftliche Strukturen so verändern, dass damit die Korruptierbarkeit steigt, wenn Umweltstandards aufgeweicht werden, um die Natur intensiver auszubeuten.

Diese Baustellen der Politik und Problemfelder unserer Gesellschaft, denen fast durch jede Talkshow neue Beispiele hinzu gefügt werden, verweisen nun ihrerseits auf eine Schwachstelle in den Ausführungen von Goehler. Nicht nur sind bei ihren Ausarbeitungen bestimmte Disziplinen nicht beteiligt gewesen, es fehlten vielmehr in ihrem Team bestimmte Berufsgruppen, wie z.B. Unternehmer, Manager, Analysten, Unternehmensberater, Konstrukteure, Handwerker, Verwaltungsfachleute, Damit entsteht leicht der Vorwurf, dass bei dem beschriebenen Ansatz letztlich doch die Kunst bei sich selbst bleibt.

Entscheidend wäre demgegenüber, wenn es tatsächlich um die Entwicklung von Kultur als gesamtgesellschaftlicher Basis geht, dass Bereiche wie Produktion, Distribution, Konsum, Recycling, öffentliche Verwaltung nicht nur nicht ausgespart bleiben, sondern geradezu vorrangig in einen solchen Entwicklungsprozess einbezogen werden. Sollte die „Kreative Klasse“ in dem Dialog mit denjenigen, die in der Gesellschaft die Gestaltungsmacht haben, unterlegen sein, dann bleiben die Goehlerschen Verflüssigungen auf Randbereiche beschränkt, die Kulturgesellschaft letztlich eine Vision.

Die weiteren Beiträge und Diskussionen werden der Frage nachgehen, wie realitätsnah die Ideen von Goehler u.a. sind, d.h. ihrem eigenen Anspruch tatsächlich entsprechen. Folgende Themenblöcke werden hierzu gebildet.

In einem ersten Zugriff geht es darum, den Goehlerschen Ansatz zu vertiefen, besser zu verstehen, aber auch zu kontroversen Ansichten in Beziehung zu setzen. Den Hintergrund für die Überlegungen von Adrienne Goehler bildet das Leben in Berlin, vor allem das Leben von Künstlern und Wissenschaftlern, das Leben von jungen Leuten. Die besondere Sichtweise, die sich von hier aus auf die generellen sozialen Herausforderungen in unserer Gesellschaft er-

Zur Einführung

gibt, wird zunächst zur Diskussion gestellt (Beitrag Helga Stubbe). Daran schließt sich eine Beurteilung des Goehlerschen Ansatzes im Vergleich mit anderen sozialwissenschaftlichen Positionen und Befunden an (Beitrag Manfred Klimek).

Eine zweite, ergänzende Einheit wird gebildet durch Überlegungen zum Internet als Katalysator für Verflüssigungen und für das Entstehen neuer Strukturen, die, wegen der ihnen von vornherein innewohnenden Dynamik, mit den überkommenen Strukturen kaum noch vergleichbar sind. Was in dem Goehlerschen Ansatz vielleicht zu kurz gekommen ist, das Innovationspotenzial in den neuen Technologien, soll hier wenigstens angedeutet werden. Dabei werden zwei Schwerpunkte gesetzt: die Online-Communities (Beitrag Walter Philipp) und die Endo-Ökonomie (Beitrag Karl-Heinz Peikert).

Ein dritter Themenblock wird gebildet durch die Beiträge von externen Experten. Dadurch werden Erscheinungen von und der Begriff „Verflüssigungen“ in ganz unterschiedliche Kontexte einbezogen und so, gewissermaßen von außen, auf ihre Bedeutsamkeit hin abgeklöpft.

Der erste Beitrag entfaltet die *historische Perspektive* der sozialen Sicherungssysteme. Indem die Fragen, was heißt soziale Sicherheit und wie kann der Staat diese gewährleisten, von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart mit dem Schwerpunkt in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in den Blick genommen werden, wird eine bessere Einordnung der gegenwärtigen Probleme ermöglicht (Beitrag Marc von Miquel).

Der zweite Beitrag untersucht die Frage nach sozialer Sicherheit, die sich in allen Gesellschaften stellt, aus *ethnologischer Sicht* (Beitrag Sabine Klocke-Daffa). Zwar wird man Sicherungssysteme nicht einfach von einer Gesellschaft auf eine andere übertragen können; das schließt jedoch nicht aus, von Anderen zu lernen.

Der dritte Beitrag stellt einen grundlegenden *Reformansatz* vor: die Neubewertung *zivilgesellschaftlicher Organisationen*, des 3. Sektors neben dem Staat und dem Markt (Beitrag Christoph Golbeck). Bei einer solchen Neuverteilung gesellschaftlicher Aufgaben verbunden mit einer Verschiebung politischer Gewichtungen geht es um nicht weniger als einen Paradigmenwechsel im Bereich der sozialen Dienstleistungen. Vermarktlichung, Professionalisierung, Umstrukturierung / Neuorganisation können hier auch als Formen von „Verflüssigungen“ gedeutet werden.

Ein weiterer, nicht minder tiefgreifender *Reformgedanke*, der als vierter Impuls in die Diskussion eingebracht wird, ist der eines, wie auch immer gestalteten *Grund- oder Bürgerereinkommens* (Beitrag Annika Ritter). Dabei handelt es sich um den Versuch einer zeitgemäßen Antwort auf eine ganze Reihe gesellschaftlicher Umbrüche; Stichworte sind u.a.: Krise der Erwerbsarbeit, Marktsättigung und Fremdversorgung bei gleichzeitiger Unterversorgung im Bereich sozialer Sicherheiten, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. Der Hinweis auf die Notwendigkeit eines „Grundeinkommens für alle“ ist im Zusammenhang mit dem Goehlerschen Ansatz bereits angeklungen.

Der abschließende vierte Themenblock nimmt zwei aktuelle gesellschaftspolitische Diskussionen auf. Zum einen geht es um die Frage, wie viel „Ungleichheit“ braucht eine Gesellschaft freier Bürger und wie viel Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft, ohne dass der soziale Frieden gefährdet wird (Beitrag Gitta Jurkait). Zum anderen handelt es sich um die Entwicklung vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Sozialstaat (Beitrag Luit Westendorp). Vereinfacht gesagt, stellt sich hier die Frage, wie wenig oder wie viel Staat ist gut für die Bürger, für die Gesellschaft. Im Mittelpunkt der beiden zur Diskussion gestellten Themen steht die Suche nach einer Balance, nach einem neuen, zeitgemäßen, doch zugleich dynamischen Gleichgewicht. Sicher spielen dabei auch „Verflüssigungen“ eine Rolle, in keinem Fall liegt die Lösung in einem Entweder-oder. So wird das Nicht-mehr und Noch-nicht (Goehler) zu ergänzen sein durch ein Sowohl-als-auch.

Zur Einführung

Dier folgenden Texte wurden von den TeilnehmerInnen des Diskurses verfasst. Aber auch die externen ReferentInnen haben uns ihre Beiträge für diese Veröffentlichung zur Verfügung gestellt:

- Christoph Golbeck, MA; Mitarbeiter in der "Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft & Multilevel Governance" am Institut für Politikwissenschaft der WWU
 - Dr. Sabine Klocke- Daffa, Institut für Ethnologie der WWU, Vertretungsprofessorin
 - Dr. Marc von Miquel, Historiker und Mitarbeiter am Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster
 - Annika Ritter, attac-Mitglied, Landschaftsökologin, Verkäuferin in einem BIO-Laden
- Ihnen gilt unser herzlicher Dank!

Helga Stubbe

Berlin als Beispiel für kulturelle gesellschaftliche Innovation - und für „Verflüssigungen“

Für Goehler¹ ist die deutsche Hauptstadt Berlin arm und reich zugleich: arm aufgrund einer hohen Verschuldungsquote der Stadt und hoher Arbeitslosigkeit seiner Bevölkerung (19,4 % im Jahr 2005), reich hingegen aufgrund einer Vielzahl junger, kreativer Menschen (40 % der Einwohner sind unter 35 Jahren) und eines dichten Netzes an universitären und kulturellen Einrichtungen.

Nach der Wende 1989 hat die wiedervereinigte Stadt 20% ihrer Arbeitsplätze (370.000) verloren, jedoch ein großes Angebot an Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen durch die Zusammenlegung von Ost und West erhalten: zum Beispiel drei Opernhäuser, die Philharmonie, gut ein halbes Dutzend international anerkannter Theater, viele Museen, Galerien, sieben Universitäten, sechzehn Fachhochschulen, 250 private und öffentliche Forschungseinrichtungen u.v.m. Darüber hinaus ist eine breite kreative Szene in den Bereichen freies Theater, Musik, Literatur, Tanz, zeitgenössische bildende Kunst, Medien und junge Mode entstanden.

Eine traditionelle Industrie fehlt dagegen in Berlin fast vollständig, so dass klassische Wirtschaftskonzepte nicht greifen, um die Stadt aus ihrer ökonomischen Krise zu befreien. Deutlicher als in der übrigen Republik wird hier für Goehler sichtbar, dass die bisherigen sozialen Sicherungs- und Finanzsysteme am Ende sind.

Unter diesem Druck von zu wenig Geld, zu wenig Industrie und zu wenig Arbeitsplätzen muss sich Berlin auf Neues besinnen und sein großes kreatives Kapital nutzen. Die kreativen künstlerischen Talente der Stadt sind nach Auffassung der Autorin gefordert, eine Entwicklung des steten Wandels voranzutreiben:

„Das Unfertige wird nicht nur als Belastung oder Verunsicherung erlebt, sondern als Inspirationsraum. In Brachen zwischen Häusern entstehen temporäre Gärten, die mit den BewohnerInnen zusammen eingepflegt werden, bauliche Ruinen werden zu Filmkulissen und Theaterräumen, leerstehende Areale belebt von kulturellen und sozialen Kooperativen, die sich zur ökonomischen und ökologischen Produktion verbinden. Kirchengebäude können sich durch kulturelle Nutzung überhaupt erst am Leben halten. Die Staatsoper öffnet ihren Fundus für zeitgenössische Produktionen, experimentiert mit andern Formaten und freien Gruppen, das Maxim-Gorki-Theater geht in die östliche Peripherie, um mit den Leuten vor Ort neue Stoffe und ihren eigenen Lebensraum zu entwickeln. Die aktuelle Tanzszene wie junge-anstellungslose-WissenschaftlerInnen konzipieren Projekte für eine andere Idee von Schule.“ (S. 210)

Diese Offenheit macht Berlin zu einem Anziehungspunkt für junge, neugierige, risikobereite Menschen aus aller Welt, die nach kreativen Freiräumen suchen und neue Strukturen mitprägen wollen. Da die Stadt kein alteingesessenes Bürgertum wie zum Beispiel Hamburg oder München besitzt, kann sich nach Goehler an dieser Leerstelle eine neue Klasse, die „kreative Klasse“, etablieren.

¹ Folgende Ausführungen beziehen sich auf Goehler, Adrienne (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft. Frankfurt a.M. Hier: Kap. 4. S. 199–223

Dass aus kreativen Ideen auch ökonomisches Potential erwächst, belegt sie mit folgenden Zahlen: binnen 15 Jahren entstanden in Berlin 18.000 Unternehmen – Buchverlage, Modedesign-Labels, Galerien, Filmproduktionen, Theater, Agenturen, Video- und CD-Labels mit einem Umsatz von 8 Milliarden Euro (11 % der Berliner Wirtschaft insgesamt) (Vgl. S. 220f).

Damit wird nach Goehler deutlich, dass Leistungen im künstlerisch-kreativen Bereich nachhaltig die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung fördern und bereichern. Gefordert wird von ihr die „Verflüssigung“ der Bereiche Wissenschaft und Kultur hin zum Ökonomischen und Politischen, die Entwicklung einer „lethargischen Versorgungsstadt“ zu einer „verantwortungsvollen Initiativenstadt“ (S. 212).

Allerdings habe die etablierte politische Klasse noch nicht ausreichend begriffen, dass sie in einen Diskurs mit den Künstlern und Wissenschaftlern Berlins eintreten muss, die sich mit innovativen sozialen und politischen Entwürfen auseinander setzen und neues Handeln wagen.

Goehler verkennt nicht, dass auch das kreative Potential der Stadt in Zukunft nicht in der Lage sein wird, genügend bezahlte Arbeit bereitzustellen und dadurch die Erwerbsarbeitslosigkeit von knapp 20 % wirkungsvoll zu senken. KünstlerInnen und arbeitslose AkademikerInnen seien darum gezwungen, „aus Geldmangel bei gleichzeitigem Ideenüberschuss neue Arbeits- und Lebensformen“ (S. 223) zu erfinden, und zwar in Form von „Projekten“ der unterschiedlichsten Art. Obwohl sich in diesen Milieus der „Neu- und Selbsterfindungen“ inzwischen ein eindrucksvoller Wissensfundus angesammelt habe, fehle es auch hier an politischen Initiativen, um eine kooperative Verbindung zwischen Kunst und Wirtschaft herzustellen. Auch seitens der Wirtschaftsvertreter gebe es nur wenige Ansätze, die Fähigkeiten der „kreativen Klasse“ für sich zu nutzen, obwohl beide Seiten voneinander lernen könnten.

Als eines der wenigen Beispiele für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Kunst und Wirtschaft wird das Projekt eines selbstverwalteten Atelierhauses in Berlin-Kreuzberg in Zusammenarbeit mit dem Schulbuchverlag Cornelsen vorgestellt: Einerseits hatten hier Künstler die Gelegenheit, sich an der Produktion des Verlags, den Arbeitsprozessen und der Entwicklung der Unternehmensstruktur beratend und kooperativ zu beteiligen, während andererseits das unternehmerische Denken durch die Konfrontation mit künstlerischen Betrachtungsweisen inspiriert und angeregt wurde.

Goehler sieht in der Entwicklung eines Milieus neuer kreativer Berufe nicht nur große Chancen, sondern auch Gefahren, die sie anhand eines Zitats von Hans Christian Dany, einem Berliner Künstler, verdeutlicht: „Das Erfinden von Berufen, daran hat meine Generation ausgiebig mitgearbeitet. Was aber auch mit erfunden wurde, sind Vorläufermodelle für die neuesten Ausbeutungsstrategien. Diese Bastelberufe und –karrieren sind die Arbeitskraft, die das Kapital momentan braucht ...“ (S. 225f).

Solange also die neuen Formen im Bereich kreativer Arbeit noch nicht ökonomisch tragfähig sind, wird vielen kreativ Tätigen zugemutet, „relative Armut“ zu ertragen und „Verzicht“ zu leisten. Arbeit im kreativen Bereich bewege sich häufig in der Zone der Selbstausbeutung, und um so leben zu können, „bleibt der Mensch am besten Single und kinderlos.“ Zu ertragen sei dies jedoch nur da und so lange, „wo auf irgendeine Art doch Überfluss zustande“ komme, die Arbeit also große Befriedigung mit sich bringe und zudem ein Ende des Verzichts in Aussicht stehe.

Zusammengefasst argumentiert Goehler dahingehend, in einer Situation, wo die bisherigen sozialen und finanziellen Sicherungssysteme an ihre Grenzen stoßen, Kreativität und Kultur als tragende Elemente einer individuellen wie auch politischen Gestaltungskraft für den gesellschaftlichen Umbau nutzbar zu machen. Die neuen Tätigkeitsformen im künstlerisch-kreativen Bereich kündigen ihrer Ansicht nach bereits das Ende der bisherigen Arbeitsgesellschaft an, da sie andere Formen des Arbeitens und der privaten Existenz mit sich bringen – dies beispielsweise in dem Sinne, dass Arbeit und Freizeit nicht mehr als Gegensätze begriffen und berufliche Tätigkeiten wieder verstärkt inhaltlich definiert und nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten bewertet werden. Berlin hat in dieser Entwicklung gegenüber der gesamten übrigen Republik gemäß ihrer Einschätzung einen erheblichen Erfahrungsvorsprung. „Wir sollten deshalb das Laboratorium Berlin zumindest für einen begrenzten Zeitraum zum nationalen Erkundungsfeld für den Umbau von Gesellschaft ausrufen, als ein Laboratorium, das Anleihen an anderen Formen und Strukturen des Wissens und Handelns nimmt“ (S. 211).

Literatur:

GOEHLER, ADRIENNE (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kultugesellschaft; Frankfurt a.M. Hier: Kap 4. S. 199–223.

Diskussionsergebnisse

Die Diskussion über Goehlers Ausführungen zu Berlin als Laboratorium führt zu weitgehenden Übereinstimmungen in folgenden Punkten:

- Goehlers Beschreibung des kulturellen Lebens in Berlin entspricht im Wesentlichen auch den Eindrücken, die ein Berlinbesucher aus dieser Stadt mitnimmt: diese Stadt bietet besondere Chancen für Experimente und Neuentwicklungen (hoher Anteil junger Leute, breites kulturelles und wissenschaftliches Angebot, besonders viele Firmenneugründungen / Ich-AGs ...). Es gibt viele Impulse, die Neugier wecken und die Mut machen. Diese Dynamik ist für sich genommen positiv zu bewerten.
- Die von Goehler geforderte Verbindung von Kunst und Ökonomie muss nicht erst erfunden werden, es gibt sie bereits: Städteplaner, Landschaftsgestalter, Architekten, Designer, Modemacher, Friseure sind bekannte Beispiele. Gerade bei übersättigten Märkten sind Unterschiede im Design ein wesentlicher ökonomischer Faktor. Wenn umgekehrt „Kunstreisen“ (wie das Aufsuchen von Stätten des Unesco Weltkulturerbes, der Kulturhauptstädte Europas, von Museen, Musikfestivals, ...) zu einem ökonomischen Faktor geworden sind, so mögen damit negative Begleiterscheinungen verbunden sein, im Wesentlichen ist das eine positive Entwicklung (gerade auch für Berlin). Geht es Goehler also eher um eine Weiterentwicklung und Beschleunigung vorhandener Praktiken und Trends oder will sie soweit gehen, den Primat der Ökonomie (nichts lässt sich realisieren, was sich nicht auch rechnet) grundsätzlich zu brechen (die Sinnfrage vor der Profitfrage)?
- Die Entfaltung von Kreativität, Engagement, Wagemut hat im Grunde (d.h. von Einzelfällen abgesehen) zwei Voraussetzungen: Bildung und existentielle Absicherung. Das heißt konkret, eine Entwicklung hin zu einer Kulturgesellschaft müsste ansetzen bei einer Verbesserung des öffentlichen Bildungswesens – von der vorschulischen Erziehung bis zu den Exzellenzuniversitäten mit dem Schwerpunkt der Breitenförderung – und bei der Einführung eines von Erwerbsarbeit unabhängigen Bürgereinkommens. Sind diese Forderungen unabdingbare Bestandteile in dem Konzept von Goehler?

Bei der weiteren Diskussion der hier angerissenen Fragen ergibt sich wiederum eine Polarisierung:

- a) Die Position „Ja ... aber“: Hier stehen bei punktueller Zustimmung kritische Fragen im Vordergrund. Denn diese Position geht davon aus, dass neue Ideen notwendig sind, diese aber in ein Konzept einbezogen werden müssen, das Machbarkeitsuntersuchungen zulässt. Verbleibt die Diskussion im Bereich der Ideen, Vorschläge, Wünsche, hat sie keine Chance von der Politik wahrgenommen zu werden. In diesen Zusammenhang gehören folgende Thesen:
- 1) Eine Entwicklung, die sich innerhalb der spezifischen Rahmenbedingungen Berlins etabliert hat, ist nicht modellhaft für die ganze Republik.
 - 2) Ein Laboratorium für zukünftige Entwicklungen ist eher das Internet als irgendein bestimmter realer Ort.
 - 3) Der Ausgangspunkt Goehlers – *„die bisherigen sozialen und finanziellen Sicherungssysteme sind am Ende“* – ist in dieser apodiktischen Form nicht hinnehmbar.
 - 4) Die Vorschläge Goehlers zum kreativ-kulturellen Umbau der Gesellschaft bergen in sich die Gefahr, sich im Mangel einzurichten, nur sozusagen das Beste aus den Gegebenheiten zu machen, ohne nach den Hintergründen des Mangels (z. B. dem Funktionalisieren des herrschenden Geldsystems) überhaupt zu fragen.
 - 5) Es ist bei den Vorschlägen Goehlers nicht klar erkennbar, ob diese – trotz gegenteiliger Absichten – nicht doch letztlich kapitalistischen und neoliberalen Kräften in die Hände spielen.
 - 6) Es erscheint als wenig realistisch, eine Industriegesellschaft so umbauen zu wollen, dass Arbeit und Freizeit als Gegensätze aufgehoben werden.
 - 7) Es ist bei Goehler nicht erkennbar, wie sichergestellt werden soll, dass die zu erbringenden Verzichtleistungen tatsächlich nach zumutbarer Frist ökonomisch eingelöst werden.
- b) Die Position „Zwar ... dennoch“: Es gibt zwar einige Einschränkungen, dennoch überwiegt die Zustimmung zu den Überlegungen Goehlers. Das Hauptargument gegen die obengenannte eher kritische Position liegt in der Befürchtung, den Horizont möglicher neuer Lösungen zu schnell einzuengen, wenn man zu früh die Frage der Realisierbarkeit, der ökonomischen Rahmenbedingungen, der politischen Implikationen, der eventuellen Folgen und Konsequenzen thematisiert. Im Vordergrund muss zunächst die Diskussion der Sinnhaftigkeit von Vorschlägen stehen. Dann ergibt sich u. U. die Notwendigkeit, einige der Rahmenbedingungen radikal in Frage zu stellen. Hierher gehören folgende Anregungen zum Weiterdenken:
- 1) Lässt sich nicht die Wahrnehmung von Verantwortung in besonderer Weise dadurch fördern, dass statt nur einiger ExpertInnen mehr Menschen mit breiter Bildung an Entscheidungsprozessen sich beteiligen?
 - 2) Können nicht gerade bei Missständen von außen eingebrachte Ideen bewirken, dass die eigentlich Verantwortlichen diese Ideen aufnehmen, sie bewusst zur Diskussion stellen und dafür „Kollektive“ einberufen werden?
 - 3) Es gibt Einzelbeispiele dafür, dass Kinder/Jugendliche ihre Schule als einen Ort erleben, an dem sie Erfahrungen sammeln können, an dem sie die Gewissheit bekommen, dass sie gebraucht werden, an dem sie sich auch als „Akteure“ erleben. Sollten nicht alle Kinder diese Möglichkeiten bekommen?
 - 4) Sollte nicht durch selbstbestimmte Erwerbs-/Arbeitsquellen den Ausbeutungsstrategien entgegengewirkt werden, gerade auch den Formen der Selbstausbeutung?
 - 5) In einer Kulturgesellschaft könnte gesellschaftliche/gemeinschaftliche Arbeit eher inhaltlich als ökonomisch diskutiert und angegangen werden. Wäre es nicht an der Zeit die wirtschaftlichen Interessen und Überlegungen hintanzustellen?

- 6) Wäre nicht ein „chronisches Verbitterungssyndrom“ eher vermeidbar, wenn ein Ausprobieren, Ausscheren, Fehlschlagen erlaubt ist und die Menschen nicht immer unter dem Zwang von verbindlichen Wertmaßstäben stehen?
- 7) Sollten nicht im Zusammenhang mit Wahlen BürgerInnen eher als „Lösende“ denn als „Problembereitende“ angesehen werden?
- 8) Können wir die „German-Angst“ überwinden, obgleich die Gefahren des sozialen Abstiegs real sind?
- 9) Jeder Mensch ist ein Künstler. Er hat vielfältige Talente. Wie können diese nicht nur individuell zum Zuge kommen, sondern auch gesellschaftlich? Ist dafür nicht tatsächlich eine „Verflüssigung“ bestehender, z. Zt. vor allem ökonomischer Zwänge notwendig?
- 10) Kann die enorme Produktivität industrieller und digitaler Arbeit nicht so ausgenutzt werden, dass alle davon „kreativ und (lebens-)künstlerisch“ leben können, etwa durch ein Grundeinkommen und steuerfinanzierte Sicherungssysteme?
- 11) Der sog. Sozialstaat versucht, die Marktwirtschaft durch Soziales zu begrenzen und zu ergänzen. Meint die sog. Kulturgesellschaft nicht eine Marktwirtschaft, die sowohl Soziales als auch Kulturelles fördert?
- 12) In jeder Gesellschaft existiert eine „Kulturgesellschaft“. Die Frage ist nur: Für wen? Und für wen nicht? Welche Gruppierungen können sich in dieser jeweiligen Gesellschaft ein kulturell dominiertes gesellschaftliches Leben wirtschaftlich leisten? Auf wessen Kosten?
- 13) „Verflüssigung“ bedeutet auch die gesellschaftlich notwendige Durchlässigkeit. In und zwischen welchen gesellschaftlichen Bereichen besteht sie bereits? In und zwischen welchen noch nicht?
- 14) Auch eine offene und durchstrukturierte Kulturgesellschaft verlangt die Stärkung und Integration der sozialstaatlichen Elemente. Will die Dominanz des Ökonomischen, genauer: der spekulativen Finanzwirtschaft, das Staatswesen zum sog. „Sozialstaat“ verschlanken, d.h. zu einem Staat, der sich nur noch für das Soziale zuständig fühlt, alles andere aber gern zur Privatisierung bzw. Vermarktlichung freigibt, auch die Bildung und das Kulturelle?
- 15) In welchen Zeiten prägte und strukturierte die Kultur die Gesellschaft? Waren Künstler, Philosophen und Wissenschaftler die politisch bestimmende Elite? – Waren nicht in der Antike die Politiker immer auch Philosophen und Künstler? Prägten nicht lange Zeit die Religionen, Kirchen, Ideologien, also Teilbereiche des Kulturellen, direkt und indirekt alle gesellschaftlichen Bereiche, zuletzt der Marxismus bzw. Sozialismus? Kann dann „Verflüssigung“ nicht auch bedeuten, dass Freiheit gewonnen wird, zur Selbstverwirklichung, Selbstorganisation und zur Zusammenarbeit? Zu einer Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft?
- 16) Wo entwickelt sich bereits eine marktwirtschaftlich, sozial und ökologisch ausbalancierte, nachhaltige Kulturgesellschaft? Sind dies nicht die Ziele von Rio, auf die sich die Völkergemeinschaft verpflichtet hat und die in sehr verschiedenen Projekten verwirklicht wird?

Um die genannten, scheinbar unverbindlichen Positionen in Beziehung zueinander setzen zu können, könnte man unter Rückgriff auf das Subsidiaritätsprinzip (mindestens) zwei Ebenen unterscheiden und ihnen jeweils verschiedene Reformansätze zuordnen:

- Ebene der Bürger: Statt Vereinzelung in der Massengesellschaft, Individualität in einer Kulturgesellschaft (siehe Goehler)

Berlin als Beispiel für kulturelle gesellschaftliche Innovation

- Ebene des Staates: vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Kultur-Sozialstaat² und von der „Erwerbsarbeitsgesellschaft“ zur „Tätigkeitsgesellschaft“.

² Vgl. Dingeldey, Irene: Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 8–9/2006. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. S. 3–9: Beitrag Westendorp in dieser Publikation

Manfred Klimek

Gesellschaftskritische Anmerkungen zu Goehlers „Verflüssigungen“

Vorbemerkungen

Nimmt man den Titel des Buches von Adrienne Goehler „Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft“ für sich, so könnte man den Eindruck haben, es gehe hier darum, den Sozialstaat durch seine Verflüssigung in eine Kulturgesellschaft umzuschmelzen (wie flüssiges Wachs, das in eine neue Form gegossen wird) bzw. ihn in einer solchen aufgehen zu lassen (wie bei flüssigen Metallen einer Legierung). Diese Interpretation dürfte aber schon begrifflich nicht haltbar sein.

Folgendes Gedankenspiel kann dies veranschaulichen. Bei einem Zeitungsverlag gibt es verschiedene Ressorts, z.B. für Politik, Wirtschaft, Sport, Gesellschaft und auch Kultur. Die neue Idee ist nun, die „Kultur“ zu verflüssigen; sie flösse dann jeweils mit unterschiedlichen Beiträgen ein in „Wirtschaft“ (Besucherzahlen, Umsätze), „Politik“ (Streit um Kunst im öffentlichen Raum), „Gesellschaft“ (Festspielangebote), usw. Die Kultur hätte sich dann in ihre „Einzelteile“ aufgelöst, als eigenständiger Bereich wäre sie verschwunden. Dieser Vorstellung liegt jedoch ein eigenartig verengter und segmentierbarer Kulturbegriff zugrunde. Selbstverständlich ist es praktisch, einzelne Wissens-/Interessengebiete zu unterscheiden sowie einen Zeitungsverlag in Ressorts zu gliedern, nur darf dabei nicht das Bewusstsein verloren gehen, dass es Querverbindungen gibt, dass z.B. Formen des Wirtschaftens auch kulturelle Leistungen sind. So ist auch der Sozialstaat eine politische Errungenschaft und eine kulturelle Leistung.

Der Umstand, dass in Not geratene Bürger nicht abhängig sind von Almosen einzelner Mitmenschen und dass der Staat nicht Unterstützungen leistet je nach politischer und Kassenlage, sondern dass der Bürger einen Rechtsanspruch auf Unterstützungen und Hilfeleistungen hat, das hatte zur Voraussetzung, dass die allgemeinen Menschenrechte erst einmal gedacht werden konnten. Insbesondere gehören hierher folgende Erkenntnisse:

- „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Art. 1, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948)
- „Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit ...“ (Art. 22)
- „Jeder Mensch ... hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.“ (Art. 25)

Das alles sind keine Selbstverständlichkeiten, die Menschenrechte sind zuallererst eine der Kulturleistungen der Menschheit. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, Sozialstaat und Kulturgesellschaft einander gegenüberstellen zu wollen.

Damit zeigt sich noch eine weitere Ungereimtheit bei dem vorliegenden Buchtitel. Der Begriff des Sozialstaates liegt auf einer anderen Ebene als der der Kulturgesellschaft. Unsere Gesellschaft – alle Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben – hat eine bestimmte Verfassung, ein Regelwerk für das Zusammenleben. Dazu gehören u.a. Gewaltenteilung, repräsentative Demokratie, Föderalismus und auch Sozialstaatlichkeit. Wie unsere Geschichte,

insbesondere die des 20. Jahrhunderts, gezeigt hat¹, wären wir schlecht beraten, wollten wir diese Errungenschaften „verflüssigen“, d.h. sich verflüchtigen lassen. Es müsste im Gegenteil gerade darum gehen, diese Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verteidigen, zu festigen und weiter zu entwickeln.

Somit ist zunächst ganz allgemein zu fragen:

- Was ist letztlich das Ziel unserer gesellschaftlichen Entwicklung, wie wollen wir in Zukunft leben?

Sodann gilt es detaillierte Antworten zu finden auf die Fragen:

- Was haben wir unter einer „Kulturgesellschaft“ zu verstehen, die wir nicht schon sind und die die Sozialstaatlichkeit in anderer Weise, als es bisher der Fall war, zur Geltung bringen soll?
- Welche Ergebnisse einer gegenwärtigen Gesellschaftsanalyse können uns veranlassen, einen neuen Weg in eine Kulturgesellschaft zu gehen, und was kann als Orientierung für eine solche Entwicklung dienen?
- Was können das für Wege und Umwege sein, die vom Sozialstaat in eine Kulturgesellschaft führen sollen, und gäbe es dabei auch Irrwege/Holzwege?

Um zu diesen Fragen etwas mehr Klarheit zu gewinnen, sollen Überlegungen von Goehler mit Aussagen anderer Autoren in Beziehung gebracht werden. Hieraus hat sich folgende Gliederung entwickelt:

1. Die Frage nach dem guten Leben
2. Postmaterialismus in den Kulturen
3. Soziokulturelle Milieus in den Kulturen
4. Die Verschiedenheit der Bewältigung im Alltag
5. Politische Strategien die nicht heilen
6. Zu Goehlers Idee von einer Kulturgesellschaft der Verflüssigungen

1. Die Frage nach dem guten Leben²

Zunächst gilt es sich über den Frontverlauf der kommenden Auseinandersetzungen zu verständigen. Nachdem sich alle politischen Parteien als „Reform-Parteien“ verstehen und mehr oder weniger „in der Mitte“ verorten, ist die traditionelle „Rechts-Links-Unterscheidung“ wenig aussagekräftig geworden. Vielmehr wird es darum gehen müssen, inhaltliche Kriterien zu definieren. Dabei macht es durchaus Sinn, sich auf das ursprüngliche Projekt der Aufklärung, das später auch als ein „linkes Projekt im weitesten Sinne“ galt, zu berufen, nämlich den *Universalismus der Freiheit*, die Freiheit des Individuums, begrenzt nur durch die gleichen Freiheiten der Anderen. Damit ergibt sich ein wechselseitiger Bedingungs Zusammenhang von *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität*; denn hier ist das Eine jeweils ohne die beiden Anderen nicht zu denken.

Das schließt unter den gegebenen Verhältnissen die Umverteilung von Macht und materiellem Reichtum ein, weil ein Leben in Freiheit und Würde auch an materielle Bedingungen gebunden ist und weil eine gerechte Ordnung auch die Chancengleichheit aller Bürger einschließt. Aber dass die Wahrnehmung der unmittelbaren materiellen Interessen einer Gruppe, einer Schicht, einer Klasse zugleich auch die allgemeinen Menschheitsinteressen, die Vorstellung

¹ Siehe auch den Beitrag von Mark von Miquel in dieser Publikation

² Vgl. Strasser 2001, S. 22f.

vom guten Leben und von der guten Gesellschaft hinlänglich befördere, ist nicht anzunehmen. Die Reintegration der an den Rand der Gesellschaft Gedrängten ist eine wichtige Aufgabe, aber noch wichtiger ist der Kampf um die Gesellschaft als ganze, ihre Wertgrundlagen, ihren Geist, ihre Vernunft.

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stehen das Konzept der Menschenwürde und die Frage nach einer humanen Zukunft. Damit ist die große vor uns liegende politische Auseinandersetzung im Kern eine kulturelle, bei der es darum geht, die Menschlichkeit gegen die drohende Barbarei eines entfesselten Kapitalismus und einer die Grenzen des Humanen sprengenden Wissenschaft und Technik zu behaupten. Das Humane freilich, das hier als Orientierungspunkt erscheint, ist mehr als die reine Vernunft, die am Ende des Aufklärungszeitalters im deutschen Idealismus den Anspruch erhob, das alleinige politische Ordnungsprinzip der Gesellschaft zu sein. Für uns Spätgeborene, die wir auch den Terror der Ratio kennen gelernt haben, muss Menschlichkeit, wenn sie noch einmal als Orientierung dienen soll, umfassender gedacht und praktiziert werden.

Unser Manifest der Freiheit könnte – bescheiden und selbstbewusst zugleich – vielleicht so ähnlich lauten, wie es Koch formuliert hat: „Wir wollen weder Platons noch Hegels Philosophenstaat, wollen weder theokratisch von Glaubens- und oligarchisch von Vernunftdogmen, weder patriarchalisch noch matriarchalisch, weder gerontokratisch noch infantil regiert werden. Wir wollen auch keine Herrschaft der Ökonomie. Nichts gegen sie; aber ihr Bild vom Leben ist uns zu eingeschränkt. Ihr Ziel, der Reichtum, zu armselig... Wir haben eine andere Vorstellung vom Leben.“ (Koch 2001, S. 414f.)

Unter diesem leitenden Interesse sollen die Überlegungen von Goehler untersucht werden. Sie kommt, wie auch andere Experten, zu der Überzeugung, dass der Sozialstaat sich in einer Krise befindet und vertritt im Wesentlichen die Ansicht, wenn alle Reformvorschläge aus den verschiedensten Richtungen nicht geholfen haben, läge ein Weg in der Überwindung des Sozialstaats durch seine Transformation in eine Kulturgesellschaft. Dieses Ziel könne durch Verflüssigung der alten Strukturen erreicht werden. Kunst und Wissenschaft müssten einen stärkeren Einfluss und mehr Mitsprache in Politik und Wirtschaft haben, um einen Umbau des Sozialstaats zur Kulturgesellschaft zu bewirken.

Für unsere Diskussion sind zunächst einige weitere Studien über die Gesellschaft heranzuziehen, denn eine Krisenbeschreibung des Sozialstaats in seiner heutigen Form und der Hinweis auf fehlgeschlagene Reformansätze reichen alleine nicht aus, um so weitgehende Schlüsse zu ziehen.

2. Postmaterialismus in den Kulturen³

Inglehart und Abramson haben aus einem Vergleich von 40 Ländern, 5 Kontinenten und 70% der Weltbevölkerung die Verbreitung von materialistischen und postmaterialistischen Werten herausgearbeitet („Hofstede- Untersuchung“⁴).

Dabei werden zwei Gruppen von Lebenszielen unterschieden:

- A. Kampf gegen steigende Preise, starke Landesverteidigung, wirtschaftliches Wachstum, stabile Wirtschaft, Kampf gegen Verbrechen, Gesetz und Ordnung.

³ Vgl. Meyer 1998, S. 94ff .

⁴ Vgl. Inglehart, R./Abramson, P. A. (1995): Value Change in Global Perspective. Michigan.

- B. Mehr Mitbestimmung im Arbeitsleben, eine weniger unpersönliche Gesellschaft, höherer Wert von Ideen als von Geld, mehr Partizipation in der Politik, Redefreiheit, schönere Städte.

Eine *materialistische Wertorientierung* wird nach diesem Konzept Menschen zugeschrieben, die die zuerst genannte Gruppe von Lebenszielen deutlich höher einschätzen als die zweite. Eine *postmaterialistische Einstellung* hingegen kommt denen zu, die die zweite Gruppe von Zielen höher schätzen als die erste.

Es hat sich gezeigt, dass diese Werteskalen sinnvoll in allen Kulturen angewendet werden können, weil das Verständnis der genannten Ziele in der Sache übereinstimmt. Inglehart hat schon im Verlaufe der letzten 2 ½ Jahrzehnte durch wiederholte Umfragen festgestellt, dass in Europa die Verbreitung der postmaterialistischen Werte ständig voranschreitet. Seine Erklärung lautet zusammengefasst, dass die Wertprägung von Menschen in den Jugendjahren erfolgt und dass jene Werte dabei die größte Bedeutung erlangen, die in dieser Zeit am meisten vermisst werden.

Postmaterialistische Werte setzen sich in der jüngeren Generation in dem Maße durch, wie sie in ihrer Prägephase die Erfahrung eines gewissen Maßes an Wohlstand, Sicherheit und wirtschaftlichem Fortschritt gemacht haben, und zwar ganz unabhängig von den kulturellen Traditionen ihrer Herkunft. Sie behalten dann, wie die empirischen Längsschnittuntersuchungen von Inglehart gezeigt haben, diese Orientierungen ein Leben lang bei und verändern auf diese Weise die Kultur ihrer Gesellschaft nachhaltig.

3. Soziokulturelle Milieus in den Kulturen⁵

Die unterscheidende Wirkung der konkurrierenden Zivilisationsstile, die stille, aber nachhaltige Revolution durch Verbreitung postmaterialistischer Werte, die Logik der kulturellen Modernisierung und die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Erfahrungswelten haben zu einer weit aufgefächerten Binnendifferenzierung der Wertorientierungen in den zeitgenössischen Gesellschaften geführt. Im Anschluss an die Arbeiten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu⁶ ist dies in den Milieu-Studien des Sinus-Instituts und des Sigma-Instituts⁷ eindrucksvoll und mit vielen lebensweltlichen Details zunächst für die Bundesrepublik Deutschland und mittlerweile auch für eine große Anzahl anderer europäischer Gesellschaften sowie für die USA, Kanada, Japan und Thailand gezeigt worden. Die konkrete Alltagskultur der unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus driftet innerhalb aller untersuchten Gesellschaften weit auseinander.

Milieus sind soziale Netzwerke von Menschen, die in ihren zentralen ethischen und alltagsästhetischen Orientierungen miteinander übereinstimmen, sich aber von den Angehörigen der anderen Milieus tatsächlich und ihrem eigenen Empfinden nach deutlich unterscheiden. Sie teilen Werte, Lebensgüter und Lebensphilosophien und haben zu den grundlegenden Fragen ihres Verhältnisses zu Arbeit und Beruf, materielle Sicherheit und Lebensstrategie, aber auch zu Politik, Gesellschaft, Familie, Partnerschaft, in ihren Vorstellungen von Glück und Liebe, Gerechtigkeit, Individualität und Gleichheit, Freizeitgestaltung, den bevorzugten Formen ihrer Kommunikationsgewohnheiten und des sozialen Lebens übereinstimmende Vorstellungen. Ihre alltagsästhetischen Grundbedürfnisse gleichen einander weitgehend. Dies betrifft die

⁵ Vgl. Meyer 1998, S. 94ff.

⁶ Siehe vor allem Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.

⁷ Vgl. Meyer 1998, S. 133 (Anmerkung 33).

Zeitungen, die sie lesen, die Filme, die sie bevorzugen, die Wohnwelten, in denen sie sich zu Hause fühlen, die Cafes und Restaurants, die sie aufsuchen, die Kleidung, in der sie sich wohl fühlen und gesehen werden wollen.

Zwischen den Angehörigen desselben Milieus ist die Kommunikation intensiv und sympathisierend, mit den Repräsentanten der anderen Milieus werden viel weniger Beziehungen unterhalten; sie werden einander um so fremder, je mehr sie sich in ihrer Lebensethik und Alltagsästhetik voneinander unterscheiden. Für die Zugehörigkeit zu einem Milieu spielen Einkommen und Bildung zwar weiterhin eine begrenzende, aber keine eindeutige Rolle mehr.

Dem Einzelnen steht es, mitbedingt durch Beruf und soziale Erfahrung, in zunehmendem Maße frei, seine eigene Lebensethik und Alltagsästhetik zu wählen und damit einem der höchst verschiedenen Werte-Milieus zuzugehören. Je nachdem, ob ihn eine mehr traditionelle, materielle oder modernisierte Wertorientierung überzeugt, und je nachdem, welche der verschiedenartigen Ästhetiken des Alltagslebens er als Ausdruck seines eigenen Lebensstils empfindet, findet er sich in seiner Erfahrungswelt inmitten eines je besonderen Milieus, mit seinesgleichen eng verbunden, von den Anderen distanziert oder gar entfremdet.

In der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nach diesen Maßstäben neun sozio-kulturelle Milieus unterscheiden. Im Bereich der Oberschicht und der oberen Mittelschicht das *konservativ-gehobene*, das *technokratisch-liberale* und das *alternative Milieu*. Sie gehören annähernd denselben Einkommensgruppen an, haben dasselbe Bildungsniveau, sind aber mit steigender Tendenz in der genannten Reihenfolge in ganz unterschiedlichem Maße von modernisierten Wertmustern geprägt.

Dasselbe gilt im Bereich der mittleren Einkommen und Bildungsniveaus für das *kleinbürgerliche*, das *aufstiegsorientierte* und das *neue Arbeitnehmersmilieu*, und im Bereich der Unterschichten für das *traditionelle* und das *traditionslose Arbeitersmilieu*. Das *hedonistische Milieu* mit seiner Orientierung am Genuss als Lebensstil liegt mehr als alle anderen Milieus quer zu den sozialen Schichtunterschieden und umfasst Menschen aus allen Einkommens- und Bildungsschichten.

Angehörige des *kleinbürgerlichen* und des *alternativen Milieus*, des *traditionellen Arbeitersmilieus* und des *technokratisch-liberalen Milieus*, des *konservativen* und *hedonistischen Milieus*, um beispielhafte Kontrastpaare zu nennen, besitzen ganz unterschiedliche Wertewelten. Sie unterscheiden sich weitgehend in ihrer Auffassung von Individualität und Gemeinschaft, Gleichheit und Ungleichheit, sozialer Regelung und Liberalität, Familie, Umwelt und Beruf – eben in dem Maße, in dem sie von den Werten des Traditionalismus, der Modernisierung oder des Postmaterialismus geprägt sind. Diese Differenzen schließen auch weit gespannte Unterschiede in der Einstellung zu Minderheiten, zu anderen Kulturen, zu gesellschaftlicher Solidarität und zum politischen Handeln ein.

4. Die Verschiedenheit der Bewältigungsstrategien im Alltag⁸

Wenn wir von der vertikalen Verteilung der materiellen Lebenschancen ausgehen, ergibt sich das scheinbar eindeutige Bild einer zunehmenden „Spreizung“ materieller Standards. So waren z. B. 1984 bis 1989 durchschnittlich „nur“ 2,7% einkommensarm, aber zusätzlich weitere

⁸ Vgl. Vester 2001, S. 158ff.

15% ein- oder zweimal unter die Grenze des halben Durchschnittseinkommens gefallen.“⁹ Für die frühen 90er-Jahre verzeichnet die Studie der Caritas¹⁰ bereits folgende Stufung sozialer Lagen:

- Etwa 40% leben in sicheren Verhältnissen.
- Etwa 20 bis 25% waren durch eine Lebensweise der Knappheit verunsichert.
- Weitere 25 bis 30% waren Menschen im Wohlstand auf Widerruf.
- Etwa 10% lebten bereits in dauerhafter Armut.

Bei einer Mehrheit von 60%, den unteren drei Gruppen dieser Scala sozialer Lagen, finden wir die beschriebene Stufung von Diskriminierung, Diskontinuität, Präkariat und Exklusion. Diese Prozentzahl entspricht zugleich dem Pegel der gesellschaftspolitischen Unzufriedenheit.

Das Vierstufenschema kann allerdings zu Fehleinschätzungen führen, wenn vermutet wird, die Verlierer der Modernisierung befänden sich alle auf dem Weg nach unten, und dies bedeute die Wiederkehr der historischen Tendenzen der Proletarisierung und sozialen Ausschließung, wie dies schon die orthodox-marxistische Verelendungsthese behauptet hatte.

Diese These trifft nicht einmal für die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts zu, auf die sich die vulgärmaterialistischen Schemata berufen. Selbst in der englischen industriellen Revolution kam die Rebellion nicht von den Ärmsten der Armen, sondern aus den „respektablen“ handarbeitenden Volksklassen, deren ganze gewohnte Lebensweise durch das Fabrikssystem und die soziale und politische Entmündigung gefährdet war.

In keiner Gesellschaft handeln die Individuen einfach als „Träger objektiver Entwicklungen von materiellen Standards“. Durch ihren Habitus und ihre sozialen Beziehungen sind sie Mitglieder sozialer Milieus, die jeweils eigene Lebensziele, Lebensweisen, Weltsichten und Bewältigungsstrategien haben. Bei sozialer Gerechtigkeit geht es um die kulturellen Normen einer zumutbaren Lebensführung und um die Fragen der Verhältnismäßigkeit. Unverhältnismäßig ist, wenn zwar der ökonomische Lebensstandard „nur“ relativ absinkt, aber der Preis dafür unabsehbar steigt, im Kontext ungewohnter Zumutung an Belastung und Stress, Unsicherheit und Zukunftssorgen, Fremdbestimmung und autoritärer Bevormundung.

Selbst die Lebensweise der Jugendlichen ist immer mehr eingespannt in die Logiken lückenloser Terminkalender. Auch wenn diese Lebensweise ein soziales Absinken verhindert, wird sie viel eher als Hamsterrad, denn als Hängematte erfahren. So gut wie alle Milieus suchen ihre äußeren Lebenslagen mit aktiven individuellen wie auch sozial vernetzten Strategien zu bewältigen. Diese Strategien sind je nach Habitus und kultureller Tradition verschieden, so dass verschiedene Milieus die gleiche objektive Situation auch verschieden verarbeiten. Die soziale Frage gleicht daher heute nicht der einfachen Figur einer sich langsam spreizenden Schere, der alle auf die gleiche Weise unterworfen sind. Sie gleicht eher einem Mosaik verschiedener Milieus, in denen sich die nach beiden Seiten aufgehenden Scheren sozialer Ungerechtigkeit vielfach und vieldimensional wiederholen und abwandeln.

In Milieus, die gute soziale Netze oder erfolgreiche Strategien des Umgangs mit knappen Ressourcen mobilisieren können, destabilisieren sich soziale Lagen seltener. Die Bewältigungsformen werden aber durch die neuen Lagen auch auf die Probe gestellt, und es zeigt

⁹ Vgl.: Berger, Peter A. (1996): Individualisierung. Opladen; zit. n. Vester 2001. S. 158. Vgl. auch Anmerkung 41, S. 182.

¹⁰ Vgl. Hübinger, Werner: Prekärer Wohlstand. Neue Befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit. Zit. n. Vester 2001, S. 158. Vgl. auch (Anmerkungen 42 und 43, S. 182.

sich, dass nicht alle Teile der Milieus sie erfolgreich anwenden können. Vielmehr teilen sich heute die Milieus in relative Gewinner und relative Verlierer.

Insgesamt sind drei in sich weiter differenzierte Grundmuster zu beachten:

1. Die Milieus der Unterprivilegierten sind zwar wegen der Auslagerung arbeitsintensiver Branchen in Schwellenländer besonders von Dauerarbeitslosigkeit betroffen. Aber nur ein Teil findet keine Bewältigungsmöglichkeiten. Viele mobilisieren auf virtuose Art ihre Netze informeller Gelegenheitsarbeit und ihre Strategien der Anlehnung an Mächtigere.
2. Gerade dieser Weg ist in den „respektablen“ Volks- und Arbeitnehmersmilieus in der Mitte verwehrt, deren Ehre in ihrem Arbeitsethos, ihrer Unabhängigkeit von Mächtigen und ihrer Beständigkeit und Zuverlässigkeit liegt. Diese Milieus teilen sich zwischen jenen, die aufgrund besonderen Könnens oder Strebens dauerhaft oder immer wieder in etwas bessere Positionen gelangen können, und jenen, die Diskontinuität, Abhängigkeit und (auch vorübergehende) Arbeitslosigkeit als Gefahr erleben, in die gering geachteten unterprivilegierten Milieus abzusinken.
3. Die oberen Milieus sind zwar weniger von äußerer Not betroffen, aber der soziale Wandel bringt (nicht nur in Ostdeutschland) häufig relative Verluste an Status und Einfluss mit sich, auf die die Milieus sehr empfindlich und mit vermehrten Konkurrenzkämpfen um soziale Vorteile, symbolische Geltung und politische Hegemonie reagieren.

5. Politische Strategien, die nicht heilen¹¹

Nach den vorangestellten empirischen Untersuchungsergebnissen und kritischen Rückfragen soll untersucht werden, ob die z. Z. angebotenen politischen Reformansätze tatsächlich bis an die Wurzeln der gesellschaftlichen Probleme heran reichen.

Vertreter des Kapitals in CDU/CSU, FDP, in Teilen der SPD und der Gewerkschaften sowie in zahlreichen anderen Interessenverbänden versprechen die Lösung der heutigen „Schwierigkeiten“ (von Krisen sprechen sie wohlweislich nicht!) durch forcierten Ausbau der *hoch spezialisierten Technologie* („High Tech“ und „High Chem“), weil Naturwissenschaften und Technologie auch bisher schon für schwierigste Probleme Lösungen gefunden hätten. Ebenso sei der Durchbruch ins *Informationszeitalter* mit Hilfe der Neuen Medien gelungen und habe in jeden Haushalt die Perspektive erhöhten Wohlstandes gebracht. Nach der bisherigen Krisen-Diagnose stellen diese Vorschläge lediglich eine Verlängerungsstrategie dar: sie sind nicht nur keine Therapie der gesellschaftlichen Krankheiten, sie bedeuten eine Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung, des Expansionismus und des die Krankheit verursachenden Weltbildes der Neuzeit, weil sie die notwendigen Gegenmaßnahmen verhindern.

Weniger leicht zu beurteilen sind *Reform-Programme*, die von linken Sozialdemokraten, Grünen (aller Flügel) und Vertretern der „Linken“ angeboten werden. Sie wollen Veränderung, „Umbau“. Aber selbst ihre radikalsten Forderungen – wie etwa Ausstieg aus der Atomenergie, Verursacherprinzip im Umweltschutz, totale Abrüstung aller Atomwaffen, Schuldenstreichung für die Armutsländer – reichen nicht an die Wurzeln unserer Krisen. Sie stellen weder das Geld- und Wirtschaftssystem in Frage, noch die Wachstumsideologie samt unse-

¹¹ Vgl. Breidenstein 1990, S. 212–214.

rem expansionistischen Lebensstil, noch das naturwissenschaftlich-technische Kulturmuster, geschweige denn das Wertesystem des Patriarchats oder gar die Bewusstseinsstruktur des Ego-Zentrismus.

Wenn aber die Krisen aus diesen Schichten entspringen, wie können dann Reformen helfen, die auf der Symptom-Ebene verbleiben? Umweltschutz-, Arbeitsbeschaffungs-, Entwicklungshilfe-, Abrüstungs-Programme sind lediglich Kopfschmerztabletten, die die Beschwerden lindern, aber nicht die Krankheit heilen. (Dass sie im Rahmen einer umfassenden Therapie – aber auch nur so - doch eine begrenzte Bedeutung haben können, soll weiter unten unter dem Stichwort „Konkursverwaltung“ bedacht werden.) Ohne einen gleichzeitigen tief greifenden Therapieansatz sind sie zur Erfolglosigkeit verurteilt. Sie verlängern sogar ungewollt die Krankheit, weil sie der Patientin Gesellschaft vorübergehend die warnenden Schmerzen nehmen, die sie und die Ärzte zu vertiefender Therapie treiben würden.

Bei einer Kritik an der Reform-Politik wird gerade von jenen, die ein bewundernswert hohes Maß ihrer Zeit und Energie für solches Engagement einsetzen, eingewendet, radikale Umbrüche seien politisch nicht durchsetzbar, also nicht möglich und so gehe es nicht ohne eine *Politik der kleinen Schritte*.

Alles, was wir tun können, sind ohnehin nur kleine Schritte, gemessen an dem, was nötig wäre. Insofern geht es gar nicht um die Alternative kleine Schritte oder große Sprünge. Die berühmten kleinen Schritte sind jedoch daraufhin zu untersuchen, ob sie noch tiefer in die Sackgasse führen oder auf der Stelle treten oder auf neue Wege führen; d.h. das langfristige Ziel muss klar definiert sein.

Ferner ist jede parteipolitische Strategie zur Veränderung unserer Gesellschaft insofern zu relativieren, als die Politik im Rahmen des Parlamentarismus dessen Vorstellung übernimmt und verstärkt, dass unsere Gesellschaft sich selbst in Parlament und Regierung repräsentiert und dort die für sie wichtigen Entscheidungen gefällt werden. Schon eine flüchtige Machtanalyse lässt jedoch erkennen, dass bei uns alle richtungweisenden politischen Entscheidungen in den Zentralen der Kapitalverwaltungen (Banken, Großkonzerne, Industrieverbände) oder zumindest mit Blick auf deren Interessen und im „vorausseilenden Gehorsam“ gefällt werden. Dass dabei auch ganz massive Korruption eine Rolle spielt, haben nicht erst die Flick-Affäre und die Parteispenden-Skandale gezeigt.

Wie hilflos gegenüber dem international operierenden Kapital nationale Regierungen sind, bestätigt u. a. der Sozialdemokrat Klaus von Dohnanyi, der aufgrund der Einsicht in seine Ohnmacht (wie er in einem Interview mit der „tageszeitung“¹² einräumte) als Hamburger Bürgermeister von seinem Amt zurücktrat. Wer keine Strategie gegen die bestehenden Machtstrukturen anzubieten hat, sollte nicht von gesellschaftlicher Veränderung sprechen. Denn jede politische Therapie, die aus den heutigen und kommenden Krisen herausführen soll, müsste sich den Interessen der heute Mächtigen entgegenstellen, oder die Kritiker begnügen sich freiwillig mit der Rolle des „Konkursverwalters“.

6. Zu Goehlers Idee von einer Kulturgesellschaft der Verflüssigungen

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen sollen die Vorschläge von Goehler mit der Frage konfrontiert werden, ob sie einen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft leisten

¹² Vgl. Breidenstein 1990, S. 214.

oder ob sie der Kategorie „Konkursverwaltung“ zuzurechnen sind. Drei Schwerpunkte aus dem Konzept von Goehler sollen zunächst dargestellt werden:

- Kennzeichen einer neuen Kulturgesellschaft (Goehler 2006, S. 109–110)
- Kunst und Wissenschaft unter ökonomischen und gesellschaftlichen Vorzeichen (Goehler 2006, S. 127–131)
- Wege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft (Goehler 2006, S. 242–246)

Die Kulturgesellschaft, die wir nicht schon sind, sondern nach Goehler werden sollten, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die „Cultural Creatives“, die „Kreative Klasse“, die führende Rolle in der Gesellschaft übernimmt, von ihr die entscheidenden Impulse ausgehen, um die bisher getrennten gesellschaftlichen Bereiche gegeneinander durchlässig zu machen, um immer mehr gesellschaftliche Gruppen in diese Veränderungsprozesse einzubeziehen, um den Begriff der gesellschaftlichen Entwicklung, des Fortschritts mit neuen Inhalten zu füllen, um den Mitgliedern dieser Gesellschaft ein neues, auf personaler Würde (nicht auf Einkommen und Besitz) gründendes Selbstverständnis zu vermitteln.

Goehler lässt zwar offen, ob ein „Grundeinkommen für alle“ eine notwendige Voraussetzung für eine solche Entwicklung sein müsste, aber ihre Überlegungen und ihre Sympathie zielen schon in diese Richtung.

Um die in Kunst und Wissenschaft enthaltenen Potenziale, die unter den heutigen ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht zur Entfaltung kommen, aufzudecken, kritisiert Goehler zunächst das bestehende Verhältnis von Kunst und Kommerz. Im vorhandenen Kultur- und Wissenschaftsbetrieb sind Gewinnerwartungen der Maßstab für Investitionen. Zwar gehört die Kulturbranche zu den stärksten Wachstumsbranchen, es wird dabei jedoch kaum nach den Inhalten, der Qualität der Produkte, deren Entstehungsbedingungen und ihre Nachhaltigkeit gefragt. Je mehr Einschaltquoten, Besucherzahlen sowie der Nachweis von Umweltsrentabilitäten in den Vordergrund rücken, desto mehr schwindet der Beitrag, den Kunst und Wissenschaft zu den Lebensformen in unserer Gesellschaft leisten könnten, aus dem Blickfeld. Künste und Wissenschaften sind zuallererst Zukunftsinvestitionen und sie sind die Voraussetzung für kreatives Handeln, für das Denken und Entstehen alternativer Lebensformen, für ein Denken in Übergängen, Provisorien, Modellen und Projekten. Die Ökonomisierung von Kunst und Wissenschaft verdeckt deren eigentliche gesellschaftliche Funktion: die Sinnproduktion, ohne die eine Weiterentwicklung der Gesellschaft nicht gelingen kann. Die Erwerbsarbeitsgesellschaft steckt nicht nur in einer ökonomischen, sondern vielmehr noch in einer Sinnkrise. Um unsere Gesellschaft lebendig und damit zukunftsfähig zu halten, müssen neben die Erwerbsarbeit andere Tätigkeitsformen treten, die gesellschaftlich, politisch, ökonomisch, sozial sinnbildend sind.

Der Weg, der aus den bestehenden Verhältnissen hinaus und in eine Kulturgesellschaft führen könnte, wird von Goehler durch folgende Schritte angedeutet:

Die Institutionen der Künste und Wissenschaften müssten ihre Strukturen so verändern, dass transdisziplinäres kulturelles Begreifen und kreative Forschung in den Mittelpunkt rücken.

Künstler und Wissenschaftler müssten sich aus jener von Politik und Wirtschaft errichteten Umzäunung befreien und sich als Mitgestaltende in politische und ökonomische Vorhaben einbringen.

Künstler und Wissenschaftler sollten die Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen unserer Zeit (den NGOs, den Agenda-Initiativen, u. a.) suchen und sich der Aufgabe annehmen, die Ressource Kreativität, die in allen Menschen vorhanden ist, bewusst zu machen.

Politiker müssen Künstler und Wissenschaftler als Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe anerkennen, sie müssen das Ressortdenken überwinden und nicht nur in Wahlperioden denken, sondern sich auch den großen gesellschaftlichen Fragen stellen.

Die Gesellschaft, insbesondere der Schul- und Bildungsbereich, muss sich für die Begegnung mit Künstlern und Wissenschaftlern öffnen, Experimente zulassen und aus Modellen sich ausbreitende Veränderungen ableiten.

Die Idee oder die Hoffnung von Goehler ist: „Wenn der implodierende Sozialstaat, der seine unerledigten Aufgaben auf die Gesellschaft abzuwälzen sucht, ihr dafür die Werkzeuge und Gestaltungsräume freigeben würde, dann wären wir am Beginn einer Kulturgesellschaft, in der das Soziale überhaupt erst zum Tragen kommt.“ (Goehler 2006, S. 245f)

Goehler führt zur Veranschaulichung ihrer Vorschläge und Forderungen eine Reihe von überzeugenden Beispielen an. Die Überzeugungskraft der beschriebenen Projekte liegt vor allem darin, dass sie die Entfaltung von Kreativität auch bei Menschen, denen solche Leistungen nicht zugetraut wurden, vor Augen führen, dass sie die Kunst des Lebens/Überlebens von Einzelnen am Rande der Gesellschaft und des Existenzminimums nachvollziehbar machen, dass sie den Gewinn für die Gesamtgesellschaft durch originelle Problemlösungen in Brennpunkten erkennen lassen.

Alle diese Ansätze sind für sich genommen nicht neu. Neu ist auch nicht das Aufbrechen von Verkrustungen, das Verflüssigen von Strukturen und Durchlässigmachen von Abgrenzungen. Neu, so scheint es, sind zwei Grundgedanken bei Goehler:

Das, was es bisher schon in Einzelfällen, unter besonderen Bedingungen gab, soll nun zum Grundmuster einer ganzen Gesellschaft werden. Wenn wir schon in einer „Risikogesellschaft“ (Ulrich Beck) leben, dann sollten wir den Herausforderungen, denen sich niemand entziehen kann, als Wagemutige begegnen.

Hieran schließt sich unmittelbar der zweite Gedanke von Goehler an. Was bisher als Experiment, Projekt von vorübergehender Dauer war, soll nun für unbegrenzte Zeit gelten, das Improvisieren wird zur Lebensform, jeder Übergang findet seine Fortsetzung in einem Übergang, das Verflüssigen selbst ist die einzige Konstante.

Um das Bild einer Gesellschaft, in der die kreative Klasse zur bestimmenden wird, zu vervollständigen, ist darauf hinzuweisen, dass es in der Natur der Sache liegt und sich auch ständig beobachten lässt, dass Experimente fehlschlagen können, dass Projekte misslingen, dass Lebenskünstler abstürzen. Da Goehler nicht zu erkennen gibt, dass sie die Eigentumsverhältnisse, die Prinzipien des Geldsystems, die Mechanismen der kapitalistischen Produktion ändern will (wie auch?), läuft ihr Ansatz darauf hinaus, neben dem ökonomischen Neoliberalismus einen kreativen Neoliberalismus zu installieren. Wobei dann die Frage offen wäre, ob das Eine oder das Andere für sich überdauern kann, und welche Macht letztlich die dominierende sein wird. Goehlers Ideen verändern nicht unsere Gesellschaft (die sich bereits in einem Prozess ständiger Veränderungen befindet), sie tragen auch nicht zu einer „Konkursverwaltung“ bei (im Sinne einer Konservierung von Verhältnissen ohne Zukunftsperspektive), sie beschleunigen einen bereits erlebbaren Trend, den man Neoliberalismus oder Verflüssigungen nennen kann.

Literatur:

BREIDENSTEIN, GERHARD (1990): Hoffen inmitten der Krisen. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft; Frankfurt a. M.

GOEHLER, ADRIENNE (2006): Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft. Frankfurt a. M.

KOCH, JOACHIM (2001): Weder – Noch. Das Freiheitsversprechen der Ökonomie; Frankfurt a.M.

MEYER, THOMAS (²1998): Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. Berlin.

STRASSER, JOHANO (2001): Leben oder Überleben. Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes. Zürich.

VESTER, MICHAEL (2001): Milieus und soziale Gerechtigkeit In: Korte, Karl Rudolf/Wiedefeld, Werner (Hrsg.): Deutschland Trendbuch. Fakten und Orientierungen. Bonn. S. 136–183.

Diskussionsergebnisse

Zu 1. Die Frage nach dem guten Leben

Zu der von Goehler entwickelten Perspektive, den in eine Krise geratenen Sozialstaat (besser wäre es zu sagen: die in eine Krise geratenen sozialen Sicherungssysteme) durch seine „Verflüssigung“ in eine Kulturgesellschaft zu transformieren, ist kritisch anzumerken und nachzufragen:

Reicht Kreativität alleine aus, die bezeichneten Krisen zu überwinden? Kann man bei diesem Vorhaben auf den Sachverstand der Wirtschaft (im weitesten Sinne) verzichten? Gibt es innerhalb der „alten Strukturen“ nicht auch Kreativität, sind nicht Weiterentwicklungen und Reformen innerhalb der vorhandenen sozialen Systeme zu beobachten?

Was bedeutet es für die „politische Kultur“ in Deutschland, wenn sich in einer Kulturgesellschaft auch die scharfen politischen Profile/Positionen verflüssigen? Sind die Parteiprogramme schon jetzt weitgehend offen und nichtssagend, würden sie dann bei einer weiteren Verflüssigung ganz überflüssig werden?

Wenn es richtig ist, dass sich die Postmoderne gerade im kulturellen Bereich durch ein hohes Maß an Beliebigkeit („anything goes“), Pluralität, ausschließlich negativen Beschreibungen/Zurückweisungen von Verbindlichem, zugleich aber auch durch ein Minimum an zukunftsweisenden und konsensfähigen Lösungsvorschlägen auszeichnet, dann spitzt sich hier die Frage zu, wieweit es verantwortbar ist, gerade die Sozialstaatlichkeit in ein solches Experimentierfeld zu überführen.

Zu 2. Postmaterialismus in den Kulturen

Zunächst ist festzustellen, dass Generationsaussagen nur auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau getroffen werden können. Im konkreten Fall spielen nicht nur generationstypische Wertorientierungen eine Rolle, sondern vielmehr eine Vielzahl von prägenden Faktoren, wie Elternhaus, Peergroup, Regionalität, berufliche/wirtschaftliche Lage, Lifestyleangebote, Religionszugehörigkeit. In diesen Zusammenhang gehört auch die Beobachtung, dass es gerade bei der Wertorientierung die Gleichzeitigkeit von konträren Entwicklungen gibt: auf der einen Seite eine extreme Anpasstheit, Leistungsorientierung, Elitestreben; auf der anderen Seite Perspektivlosigkeit, Resignation und Protest, Solidarisierungen und Ausgrenzungen.

Zwar ist die allgemeine Erkenntnis, dass es auch in der Werteorientierung Pendel- oder Wellenbewegungen gibt, nicht besonders aufschlussreich, wohl aber könnte die Erinnerung an die jeweiligen Gegenbewegungen (gerade in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts) von Materialismus und Idealismus auch für eine Gegenwartsanalyse von Interesse sein.

Zu 3. Soziokulturelle Milieus in den Kulturen

Die Beschreibung der unterschiedlichen Milieus (die auch eine Differenzierung der unter 2. genannten Wertorientierungen bringt) sollte durch folgende Hinweise ergänzt werden:

- Die Mittelschicht löst sich auf – verbunden mit dem Aufstieg einer kleinen Gruppe und dem Abstieg der Mehrheit.
- Die zunehmende Aufspaltung der Gesellschaft ist keineswegs eine von der Mehrheit gewollte Verflüssigung alter Strukturen, vielmehr geht es hier um erzwungene Abstiegsprozesse.
- Zumindest ein entscheidendes Moment für die genannten Milieubildungen ist der Übergang unserer Gesellschaft von einer Produktions- in eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft.

Die Beschreibung der soziokulturellen Milieus müsste ergänzt werden durch die ihnen innewohnende Dynamik.

Zu 4. Die Verschiedenheit der Bewältigungsstrategien im Alltag

Zu ergänzen ist hier, dass es in unserer Gesellschaft nicht nur ein „individuelles Durchkommen“ gibt, sondern auch solidarisches Handeln. Dabei ist jedoch eine wesentliche Veränderung gegenüber einem traditionellen gesellschaftlichen Engagement hervorzuheben. Solidarität zeigt sich heute vornehmlich in überschaubaren Gruppen, ist projektbezogen und zeitlich/räumlich begrenzt. Das heißt, für jene traditionelle Form von Solidarität, die sich in Großorganisationen zeigte (z. B. Gewerkschaften), in der Regel eine lebenslange Bindung einschloss, gegenwärtig jedoch immer mehr an Bedeutung verliert, müsste eine andere Bezeichnung gefunden werden, wenn der Begriff der Solidarität nicht allmählich abhanden kommen und wenn eine neue Form der politisch wirksamen Vertretung von Gruppeninteressen gefunden werden soll.

Die Diskussionsergebnisse zu den Abschnitten

5. Politische Strategien die nicht heilen

6. Zu Goehlers Idee von einer Kulturgesellschaft der Verflüssigungen

lassen sich insofern zusammenfassen, als die Thesen von Breidenstein (Vgl. Kap. 5) bezogen auf den Text von Goehler die Diskussion polarisieren. Im Verlaufe der Gespräche bilden sich immer deutlicher zwei unterschiedliche und zunächst nicht miteinander zu vereinbarende Positionen heraus, die sich (vorläufig) etwas vereinfacht und überspitzt wie folgt beschreiben lassen:

a) Die „perspektivische Position“

Nachdem ein weitgehender Konsens in der Analyse der Probleme des Sozialstaates besteht - Krise der Erwerbsarbeit, demographischer Wandel zu Lasten der Erwerbstätigen, Herausforderungen und Ambivalenz der Globalisierung mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen, Zerstörung ökologischer Gleichgewichte und ihre Folgen für die Arbeitswelt, neoliberale Wirtschaftsordnung, u.a. – kommt es jetzt entscheidend darauf an,

- nach Ansatzpunkten für Wege aus der Krise Ausschau zu halten
- immer mehr Menschen in Umdenkens- und Reformprozesse einzubeziehen (Bewusstseinswandel und Verhaltensänderungen).

Die Überlegungen von Goehler sind in diesem Zusammenhang hilfreich, weil Goehler

- in Kenntnis der Problemfelder offen ist für ganz unterschiedliche Lösungswege;
- bewusst den Schwerpunkt weg von den festgefahrenen Strukturen und Denkmustern in Politik und Ökonomie (Stichworte: „Das lässt sich nicht durchsetzen!“, „Das ist nicht bezahlbar!“) hinlenkt auf jene Felder, auf denen neue Ideen entstehen, auf denen sich Kreativität entfaltet;
- gerade nicht eine neue, umfassende und fertige Lösung parat hat, sondern dafür wirbt, Ungewissheiten, Zwischenlösungen, Risiken auszuhalten;
- trotz des Plädoyers für „Verflüssigungen“, das Aufbrechen von Traditionen und Gewohnheiten nicht als Selbstzweck versteht, sondern es nur dann und nur soweit erfolgen soll, als sinnvollere Lösungen dadurch behindert/verhindert werden;

- darauf setzt, dass es gelingen kann, durch überzeugende Beispiele immer mehr Menschen nicht nur mitzunehmen und einzubeziehen, sondern dazu zu ermutigen, auch selbst Ideen und Aktivitäten zu entwickeln, selbst schöpferisch zu werden.

Auf dieser Argumentationslinie liegen u.a. die Entfaltung von NGOs, von Bürgerinitiativen, die Experimente mit einem zweiten Geldsystem („Regiogeld“) sowie einem Grundeinkommen („Bürgergeld“)¹³. Gerade solche und andere Beispiele zeigen, dass eine Kritik, die Goehler reines Wunschdenken, bloße Visionen vorwirft, zu kurz greift. Vielmehr geht es hier darum, die Zukunft als offen zu begreifen und diese Offenheit nicht dadurch zu verspielen, dass man nur noch ein Katastrophenszenario als realistisch zulässt.

b) Die „gesellschaftskritische Position“

Ausgehend von den Thesen Breidensteins lässt sich gegen Goehler einwenden, man stimme zwar in der Beschreibung der Probleme des Sozialstaats, speziell der Sozialversicherungssysteme, überein, aber Goehler versäume es, nach den Ursachen der Krisen zu fragen. Goehler klammert eine Auseinandersetzung mit den Interessen der Kapitalbesitzer (Kapitalakkumulation, Machtkonzentration, ungebremstes Wachstum, Ausbeutung aller Ressourcen, weitestgehende Liberalisierung bzw. minimale staatliche Kontrollen) entweder aus oder nimmt an, diese durch die „Herrschaft der kreativen Klasse“ stillstellen zu können. Solange man aber nicht an eine Behebung der Ursachen herangehe, würden einzelne Krisenerscheinungen lediglich durch andere ausgetauscht. Der Prozess der kleinen Schritte gleicht damit dem des Hamsters im Laufrad, wobei hier das Laufrad von außen angetrieben und die Drehzahl ständig gesteigert wird. Nicht dass die Überwindung der offensichtlichen Probleme durch Reformen und in kleinen Schritten erfolgen müsse, ist der Streitpunkt, sondern die Beantwortung der Frage: Was bewirken die Reformschritte? Bleiben sie singuläre Ereignisse an der gesellschaftlichen Oberfläche oder gehen sie letztlich an die Wurzeln der Krisen des Sozialstaats?

Verfolgt man den Gedanken einer radikalen Gesellschaftskritik, so gelangt man zu dem, zunächst paradox erscheinenden Ergebnis, dass es weniger um eine Veränderung als um den Erhalt des Sozialstaats bzw. seiner Wiederherstellung, speziell der Stärkung seiner Sicherungssysteme – aber nicht um deren „Verflüssigung“, „Vermarktlichung“ oder gar Abschaffung! – geht. Denn nach wie vor sollte der Sozialstaat

- denen helfen, deren Leistungskraft nicht ausreicht, sich selbst zu helfen;
- die, die sich selbst helfen können, ermutigen und ihnen dafür erträgliche Rahmenbedingungen setzen;
- denen, die sich selbst helfen wollen, dafür Platz lassen;
- die großen Lebensrisiken versichern;
- den Vertrag zwischen den Generationen organisieren;
- ausgleichen zwischen denen, die viel haben und denen, die wenig haben;
- Räume lassen für Individualität und Kreativität und diese stützen;
- auf Solidarität setzen, sie fördern und deutlich machen, dass Solidarität und Individualität keine Gegensätze sind;
- seinen Beitrag zur sozialen Gesellschaft leisten, sich aber nicht mit ihr gleichsetzen, oder gar mit ihr verwechseln.

Um diese Ziele zu erreichen bzw. auch unter veränderten Bedingungen zu wahren, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein:

- die Beteiligung und gegenseitige Akzeptanz aller gesellschaftlichen Gruppen und

¹³ Vgl. zum Umgang mit diesem Thema in Namibia den Beitrag von Klocke-Daffa in dieser Publikation

Gesellschaftskritische Anmerkungen zu Goehlers „Verflüssigungen“

- ein starker Staat, der eine ständige Kontrolle und Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch gewährleistet oder gar ein Abrutschen in eine nicht gewollte Systemveränderung verhindert.

Die radikale Gesellschaftskritik führt somit in einer Zeit, in der viele Erscheinungen auf den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts hindeuten (die sich immer weiter öffnenden Scheren) zu eher konservativen Lösungen („keine Experimente!“ mit dem Sozialstaat). Aber genau an dieser Stelle liegt die Schwäche dieser Argumentation. Sie will dem global agierenden Kapital mit nationalstaatlichen Maßnahmen begegnen. (Aber wie könnte z. B. das Kalkül von Nokia durch die Bundesregierung wesentlich beeinflusst werden? Wie kann man angesichts der Vielfalt gesellschaftlicher Möglichkeiten, für die das Internet ein Spiegel ist und die es selbst ständig erweitert, eine Beteiligung und Akzeptanz aller gesellschaftlicher Gruppen, so etwas wie die „volonté générale“ organisieren?)

Die Antwort von Goehler wäre vermutlich: durch Bildung, Aufklärung, Bewusstseinsänderung und letztlich ein anderes Konsumentenverhalten. Es bleibt an dieser Stelle offen, welche der genannten Positionen die überzeugenderen Argumente hat oder ob nicht noch andere Positionen denkbar sind, die der Prüfung wert wären. Die Diskussion wird daher von diesem vorläufigen Stand aus weitergeführt.

Walter Philipp

Neue Communities und neue soziale Sicherheiten durch das Internet

Vorbemerkungen

Die Ausführungen von Goehler haben den Eindruck vermittelt, dass die treibende Kraft hinter den Verflüssigungen traditioneller gesellschaftlicher Strukturen und gewohnter Denkschemata der künstlerische Bereich im weitesten Sinne ist oder jedenfalls sein sollte. Technologie und Ökonomie nehmen dabei eher eine Randstellung ein. Ein solches Verständnis bedarf der Korrektur.

Zunächst ist festzustellen, dass gerade die neuen Technologien ein außerordentlich innovativer und damit auch kreativer Bereich sind. Als ein Segment wird hier das Internet, das World Wide Web (www), herausgehoben. Bei den folgenden Ausführungen, die sich auf Schmidt/Rössler stützen¹, stehen die Verflechtungen von www und Ökonomie sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen im Mittelpunkt des Interesses. Das Internet

- verändert das Verhalten der Menschen,
- ermöglicht den weltweiten Datenaustausch, die globale Kommunikation,
- ermöglicht den Einstieg in virtuelle Welten und Modelle,
- entwickelt sich selbst mit zunehmender Geschwindigkeit.

Ein paar Informationen zur „Entwicklungsgeschwindigkeit“ des Internet sollen hier eingefügt werden:

Während 1973 die Übertragungsgeschwindigkeit von Daten/Nachrichten erstmals 110 Bits pro Sekunde erreichte, werden heute schon im Normalbetrieb X-hundert KB übertragen. Während 1993 das World Wide Web aus 50 Rechnern bestand, gab es bereits ein Jahr später 1.500 Webserver. Seit März kann das Internet über das Handy bedient werden.

Das Lokalblatt „The Capital Times“ erscheint ab 2008 nur zweimal in der Woche als gedruckte Fassung und wird dann kostenlos verteilt, im Übrigen erscheint diese Tageszeitung nur noch im Internet.

Im Wahlkampf um die Präsidentschaftskandidatur bei den Demokraten setzte Hillary Clinton vor allem auf das Fernsehen, Barack Obama baute bei seiner Kampagne auf das Internet; dort pflegte er sein Image, sammelte Spenden, traf das junge Amerika und bekanntlich gewann er die Wahl.

Vergleichbar der Erfindung des Buchdrucks, die bei der „Kopernikanischen Wende“ den Zerfall des Mittelalters und die Gestaltung der bürgerlichen Gesellschaft und der Aufklärung beschleunigte, könnte das Internet zunehmend an Bedeutung gewinnen bei einer Transformation der Gesellschaftsordnung „vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft“, oder anders ausgedrückt: eine Entwicklung von der materialistischen Wettbewerbsgesellschaft hin zu einer ökologisch-solidarischen (Kultur)-Gesellschaft.

¹ Schmidt, Artur P./Rössler, Otto E.(2000): Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information; Bern. Hier: Kapitel 6, „Cyber- Communities – Solidarität ist kein Fremdwort“. S. 73–88.

Die Autoren des hier zugrunde gelegten Buches sind ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Systemwissenschaften.

Artur P. Schmidt studierte Luft- und Raumfahrttechnik in Berlin. Sein Prinzip des Endo-Managements ermöglicht ein neues Verständnis von Unternehmen und deren Design. Er gibt das Online News Portal Wissensnavigator.com und mehrere Finanzportale heraus.

Otto E. Rössler ist einer der führenden Experten im Bereich der Chaosforschung. Aus dieser entwickelte er das Konzept der Endophysik, die die Welt als Interface versteht.

Wie und wohin sich unsere Gesellschaft weiter entwickeln wird, ist offen. Die folgenden Einzelbeiträge sollten daher vor allem unter dem Aspekt der mit ihnen verbundenen Möglichkeiten, der Chancen, Risiken und Gefahren diskutiert werden.

Im Einzelnen sollen – entsprechend der Gliederung von Schmidt/Rössler – folgende Punkte angesprochen werden:

1. Selbstorganisation der Teilnehmer
2. Neue Lebensstile und Rollenspiele
3. Virtuelle Evolution
4. Emergenz von Solidargemeinschaften
5. Zugangsbarrieren
6. Lokale Gemeinwesen
7. „Power to the People“
8. Evolution der Bürgernetzwerke
9. Qua vadis?
10. Gemeinsam sind wir stark
11. Gleiche Chancen für alle
12. Parallel verteilte Prozesse

1. Selbstorganisation der Teilnehmer

Schmidt/Rössler verstehen unter Kommunikation „eine gemeinschaftliche Aktivität von mindestens zwei Teilnehmern, die in manchen Fällen mit zunehmender Zahl der Teilnehmer immer besser funktioniert, falls geeignete Infrastrukturen zur Verfügung stehen“ (S. 73). Eine solche Infrastruktur ist das Internet; denn damit ist die Möglichkeit geschaffen worden, dass sich jederzeit und an jedem Ort virtuelle Gemeinschaften, sogenannte Online-Communities, bilden. Daran können sich (theoretisch) alle Menschen auf dieser Erde beteiligen.

Die Notwendigkeit, solche Gemeinschaften zu bilden, sehen Schmidt/Rössler vor allem darin, dass die Politik immer weniger in der Lage ist, die weltweiten Probleme (wie Umweltzerstörung, Armut, Arbeitslosigkeit) auf lokaler Ebene in den Griff zu bekommen. Neuartige, regional operierende Organisationen müssen sich spontan bilden können, um die Politik, d.i. staatliches Handeln, bei diesen Aufgaben zu unterstützen. Die entscheidende Frage wird dann sein, in welchem Umfang die sich selbstorganisierenden Communities sich derartigen Aufgaben stellen.

Im Verhältnis des Staates zu den Communities dürfte nach Schmidt/Rössler die Kryptographie-Diskussion, d.h. die Frage, wie weit das Fernmeldegeheimnis auch im Internet gewahrt bleibt bzw. ob der „Große Lauschangriff“ ermöglicht wird, eine entscheidende Rolle spielen. Für diese Auseinandersetzung zwischen den Communities, die den Schutz der Privatsphäre für unverzichtbar halten, und dem Staat, der eine umfassende Sicherheit gewährleisten und ggf. auch Präventivmaßnahmen ergreifen will, hat sich bereits der Begriff „Online- Krieg“ eingebürgert. Schmidt/Rössler plädieren dafür, die Überwachungsversuche des Staates auf-

zugeben; andernfalls würde nicht nur das Entstehen der notwendigen Communities behindert, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Politik erschüttert werden.

2. Neue Lebensstile und Rollenspiele

Zu den Vorteilen der Online-Communities gehören:

Die Möglichkeit, das in der ganzen Welt vorhandene Wissen zu nutzen (durch interaktive Enzyklopädien, virtuelle Universitäten, Wissensnavigationssysteme).

Die Möglichkeit, alternative Lebensstile in Rollenspielen zu testen, neue Freiräume für Kreativität zu schaffen, mit der eigenen Identität spielerisch umzugehen.

Der Umstand, dass Menschen nur nach dem beurteilt werden, was sie selbst mitteilen (ihrem Tun, Sagen, Schreiben), d.h. dass Einkommen und Statussymbole an Bedeutung verlieren.

Die Communities bringen damit Fähigkeiten, Eigenschaften, Talente der Teilnehmer zur Geltung, die bisher im gesellschaftlichen Leben eher verdeckt waren.

3. Virtuelle Evolution

In unserer Gesellschaft ist Egoismus oft das beherrschende Moment („Ellenbogengesellschaft“ bis hin zum Mobbing). Dagegen steht ein ursprüngliches Bedürfnis der Menschen, sich Gemeinschaften anzuschließen. Gemeinschaften als Zusammenschlüsse von Menschen mit gemeinsamen Zielen sind sowohl für den Einzelnen wichtig, um sich wohl zu fühlen, als auch für die Gesellschaft, um einen sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten. Gemeinschaften sind jedoch außerordentlich komplexe Gebilde, in denen es vielfältige Rückkopplungen gibt und die deswegen auch nur schwer lenkbar sind.

Communities oder Netzwerkgemeinschaften können ein wichtiger Schritt sein auf dem Weg zu Gemeinschaftsbildungen, bei denen das Wir-Gefühl dominant ist, bei denen gemeinsame Verantwortlichkeit im Vordergrund steht und bei denen demokratische Spielregeln gelten. Vorteile solcher Gemeinschaften sind ihre Entwicklungsfähigkeit, Redundanz, Unbegrenztheit und Innovationsfähigkeit. Damit diese positiven Möglichkeiten zum Tragen kommen, müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Teilnehmer der Communities ein Höchstmaß an Freiheit haben. Hierfür bedarf es einer netzwerkorientierten Politik; Politiker benötigen die (neue) Fähigkeit, die Bedeutung von Wissens-Designs richtig einzuschätzen.

4. Emergenz² von Solidargemeinschaften

Die Handlungsfähigkeit virtueller Gemeinschaften ist um ein Vielfaches größer als die physischer Gemeinschaften: sie können in Echtzeit agieren, sie können mehrere Themen parallel bearbeiten, sie können intelligente Mensch-Maschine-Schnittstellen einbeziehen, sie können die Unterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrieländern verringern, sie können Solidarität praktizieren.

Als eine der interaktiven Computerkulturen stellen Schmidt/Rössler den „Internet Relay Chat (IRC)“ besonders heraus, eine synchrone Multiuser-Chat-Verbindung, bei der Verstöße gegen die sogenannte „Nettiquette“, einen ethischen Code des Cyberspace, sanktioniert werden.

² Emergenz, d.i. hier das Auftreten neuer, nicht voraussagbarer Qualitäten beim Zusammenwirken mehrerer Faktoren.

Online-Communities kommen, anders als es im politischen Bereich üblich ist, nicht durch Kompromisse zu Ergebnissen (die dann oft für alle Seiten unbefriedigend sind), sondern durch relative Mehrheitsentscheidungen. Damit zeichnet sich eine alternative Form demokratischer Kulturen ab.

5. Zugangsbarrieren

Das Entstehen von immer mehr Online-Communities hat nicht nur das Anwachsen von Rückkopplungen innerhalb der virtuellen Endo-Welten zur Folge, sondern auch zunehmende Rückwirkungen auf die physische Exo-Welt. Damit wird die Anpassungsfähigkeit, man könnte vielleicht auch sagen: die Verflüssigung, der Gesellschaft als Ganzer gefördert. Werden die Vorteile der Endo- und der Exo-Welt miteinander verbunden, so ist dies zugleich auch zum Vorteil der Demokratie. Voraussetzung ist allerdings, dass allen Menschen der Zugang zum Internet und zu den Communities ermöglicht wird. Schmidt/Rössler entfalten die Zielvorstellung von einem „Blue Planet Team Network“, das auf Partnerschaft und Solidarität beruht“ (S.78).

6. Lokale Gemeinwesen

Community-Netzwerke gibt es in den USA bereits seit den 70er Jahren; ihren Ursprung haben sie in den „Grass- Roots- Bewegungen“. Die „National Information Infrastructure Initiative“ der Clinton/Gore-Administration diente dann vor allem dazu, die Kundenorientierung der Verwaltung gegenüber den Bürgern sowie die Kommunikation zwischen den Verwaltungen zu verbessern. Community-Netzwerke sind so in der Lage, die Politik nicht nur auf lokaler, sondern auch auf nationaler und internationaler Ebene zu unterstützen. Hier gibt es noch ungeahnte Entwicklungspotenziale.

Als Zukunftsperspektiven zeichnen sich für das Cyberspace zwei Entwicklungslinien ab:

- Navigationssysteme, die Wissensbedürfnisse umgehend befriedigen können und
- Kommunikationssysteme, die den Dialog zwischen den Teilnehmern der Communities verbessern.

Demgegenüber dürften sogar die Entwicklungen der kommerziellen Anwendungen von nachgeordneter Bedeutung sein.

7. „Power to the People“

Ende der 60er Jahre entstand in den USA die erste Initiative zur Popularisierung des Computers. Zu der Zeit wurde diese Technologie als Symbol der Befreiung und eines neuen Lebensstils gefeiert. An die Stelle von Konkurrenzkampf und Geheimhaltung sollten Kooperation und freier Zugang zum Wissen treten. Noch heute ist das Internet in den USA kostenfrei, insofern als die Telefongebühren für Ortsgespräche im Grundtarif bereits enthalten sind. Ein solcher kostenloser Zugang zum Internet ist nun für alle Menschen auf der ganzen Welt zu fordern.

8. Evolution der Bürgernetzwerke

Wichtige Schritte in der Entwicklung der Community-Netzwerke waren:

Das „Community Memory System“ von 1973 als erstes öffentlich zugängliches Informations- und Kommunikationssystem. Mit diesem System sollte es jedermann ermöglicht werden, mit jedem, der ähnliche Interessen hat, in einen freien Gedankenaustausch zu treten.

Die „Free Nets“, 1984 von der Medizinischen Fakultät in Cleveland/Ohio eingerichtet mit dem Ziel, Fragen und Antworten aus dem Bereich der Medizin für jedermann anzubieten.

Das „Boulder Community Network“ als 3. Generation der Community-Netzwerke, bei dem es nicht nur um den freien Zugang geht, sondern auch um die Bereitstellung von unbeschränkten Inhalten.

In der Zukunft werden, so die Erwartung von Schmidt/Rössler, „die Community-Netzwerke sich verstärkt auf Bereiche einstellen, die in den kommerziellen oder staatlichen Systemen vernachlässigt werden“ (S. 83). Hierfür werden zunehmend auch öffentliche Terminals zur Verfügung gestellt werden, so dass auch Personen ohne eigenen PC den Zugang finden.

9. Qua vadis?

Die Rahmenbedingungen für die Community-Netzwerke verändern sich ständig. Schmidt/Rössler heben drei Punkte besonders hervor:

Die Weiterentwicklung der E-Commerce-Ökonomie, die auf vielen Feldern mit den Community-Netzwerken in Konkurrenz treten.

Die offene Frage, wie weit es den Community-Netzwerken gelingt, Macht zu erlangen und damit in ein neues Verhältnis zur Politik zu treten.

Eine zunehmende Konzentration der Community-Netzwerke auf ihre Kernaufgaben: der Bereitstellung von Inhalten, der Verbesserung von Kontaktmöglichkeiten, der Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Schließlich werden die Community-Netzwerke neben der E-Commerce-Ökonomie eine Geschenkökonomie (siehe Tauschringe) entwickeln.

10. Gemeinsam sind wir stark

Als ein „Beispiel für ein öffentliches Gut, das eigentlich unmöglich ein öffentliches Gut sein kann“ (S. 84), führen Schmidt/Rössler das Computer-Betriebssystem „Linux“ an. Das ZEIT-Lexikon verzeichnet zu diesem System: „Linux [Kurzwort aus Linus Torvalds' UNIX], frei verfügbare Variante des Betriebssystems UNIX, die 1991 von dem Finnen Linus Torvalds (geb. 1969) entwickelt wurde und seither in weltweiter Zusammenarbeit weiterentwickelt wird. Durch den kostenlosen Zugang zum Quellcode des Betriebssystems (und die Verpflichtung, ihn mit vorgenommenen Modifikationen weiterzugeben) können neue Funktionen einfach integriert bzw. Programmierfehler schnell gefunden werden. Das Interesse an Linux ist weltweit stark gewachsen.“³

Schmidt/Rössler merken hierzu an: „Zwar lösen solche Online- Kooperationen nicht alle Probleme, sie zeigen jedoch auf, dass Netzkooperation in vielen Fällen äußerst nützlich sein kann, auch und gerade bei knappen Ressourcen.“ (S. 86)

³ ZEIT-Lexikon. Bd. 9. Hamburg 2005, S. 61.

11. Gleiche Chancen für alle

Damit das Ziel, dass jeder Mensch Teilnehmer von Communities werden kann, erreicht wird, muss nach Schmidt/Rössler vor allem an folgenden Entwicklungen gearbeitet werden:

„Non-Profit-Organisationen“ sowie ein allgemeines Wissens-Sponsoring der Wohlhabenden müssen dafür sorgen, dass auch die Ärmsten einen Computer, eine Computerausbildung und einen Netzzugang erhalten.

Möglichst viele Teilnehmer von Community-Netzwerken müssen darin geschult werden, potenzielle Teilnehmer zu motivieren und neue Teilnehmer zu Teams zu vereinen; d.h. sie müssen spezielle Managementfähigkeiten erwerben.

Zu den Fähigkeiten aller Community-Teilnehmer sollte es gehören, nicht nur sich selbst solidarisch zu verhalten, sondern darüber hinaus auch bei anderen Teilnehmern Solidarität zu wecken und zu fördern. In den Community-Netzwerken kommt es nicht in erster Linie darauf an, für ein Geschenk unmittelbar entgolten zu werden, sondern die Gewissheit zu haben, dass man nicht allein sein wird, wenn man in der Zukunft irgendwann einmal auf Hilfe angewiesen sein sollte.

12. Parallel verteilte Prozesse

Die Weiterentwicklung von Community-Netzwerken ist eine vielschichtige und zugleich spannende Herausforderung für die Menschheit. Software-Experten sehen oftmals nur die technologische Seite. Ein erfolgreiches Community-Netzwerk-Management verlangt darüber hinaus ein Gefühl für komplexe Systeme und ein Gespür für psychologische, soziologische und organisatorische Zusammenhänge.

Um Community-Netzwerke noch leistungsfähiger zu machen, wird es darauf ankommen, das Zusammenspiel der einzelnen Netzwerkknoten intelligenter zu gestalten. Dazu gehören dann auch die Einbeziehung von neuen Teilnehmergruppen, vor allem auch von Kindern, sowie von virtuellen Agenten.

Das besondere Merkmal von Community-Netzwerken besteht darin, dass sie selbst permanent neue Möglichkeiten kreieren. In ihnen bilden sich ständig Rückkopplungsschleifen, die zu immer neuen Zuständen des Systems führen. Formen der Selbstorganisation, der Ablauf autokatalytischer Prozesse sowie das Prinzip der Ko-Evolution, d.h. der relativen Autonomie von einzelnen Funktionszyklen innerhalb des Gesamtsystems, legen Vergleiche mit biologischen Systemen (z.B. Zellsystem, Immunsystem, Gehirn) nahe. In diesen Vergleich lässt sich auch einordnen, dass sich virtuelle Netzwerke, sobald ihre Ziele erreicht sind, auflösen. Wichtiger ist in dem hier diskutierten Zusammenhang, dass Netzwerke analog zu biologischen Systemen – nur sehr viel schneller als diese, da sich Endo-Welten in Echtzeit verändern können – aus sich heraus ihre Komplexität vergrößern, damit Lösungsmöglichkeiten für Probleme finden können, die für den Einzelnen unerreichbar wären, und somit neue Überlebenschancen in einer immer gefährlicheren Exo-Welt eröffnen.

Literatur:

SCHMIDT, ARTUR P. / RÖSSLER, OTTO E.(2000): Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information. Bern. Hier: Kapitel 6, „Cyber- Communities – Solidarität ist kein Fremdwort“, S. 73–88

Diskussionsergebnisse

Vorausgeschickt wird, dass die technische Entwicklung des Internet sich ständig selbst beschleunigt und eine Innovations-/Veränderungsgeschwindigkeit erreicht hat, die alle historischen technischen Umbrüche bei weitem übertrifft. Unbestritten ist, dass mit dieser technischen Entwicklung auch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen verbunden sind.

Vor dem Hintergrund der beobachtbaren technisch-gesellschaftlichen Neuerungen in den letzten Jahrzehnten sowie ihrer speziellen fachlichen Kompetenz weisen Schmidt/Rössler auf Potenziale hin, die unsere gesellschaftliche Zukunft bestimmen könnten. Dazu gehören u.a. die spontane Bildung – und das u. U. ebenso schnelle wieder Verschwinden – von selbstorganisierten Communities, wobei sich etwa folgende Reihung aufdrängt: Vereine – Aktionsgruppen – Cyber-Communities; der zunehmenden Geschwindigkeit von Gründung/Auflösung korrespondiert die Zunahme des Aktionsradius (lokal – global).

Wenn Schmidt/Rössler damit die Erwartung verbinden, dass Cyber-Communities zukünftig in der Lage sein werden, globale Probleme auf lokaler Ebene zu lösen und damit bisher staatliches Handeln zu übernehmen, so erscheint dies als eine zu optimistische Perspektive, weil die vorhandenen Machtstrukturen hierbei zu wenig Berücksichtigung finden. Der Rückzug des Staates aus vielen Bereichen (siehe Vermarktlichung, 3. Sektor) ist schlüssiger durch eine Durchsetzung neoliberaler Prinzipien und den damit verbundenen Privatisierungen zu erklären als durch die Entstehung von Cyber-Communities. Im Gegenteil scheint es eher so zu sein, dass die tatsächlichen politisch-ökonomischen Veränderungen gerade nicht im Internet abgebildet werden, weil sie sich bewusst jeder demokratischen Kontrolle entziehen.

Es ist nachvollziehbar, wenn Schmidt/Rössler fordern, dass das Fernmeldegeheimnis auch im Internet gewahrt bleiben und dass der „große Lauschangriff“, d.h. eine staatliche totale Datensammlung und -speicherung über jeden Bürger verhindert werden muss. Wie aber kann gewährleistet werden, wenn sowohl Individuen als auch Communities in der virtuellen Welt mit Lebensstilen, sozialen Rollen und Identitäten experimentieren, dass nicht umfassende und geheime private Datenbanken entstehen?

Die Teilnahme am Internet eröffnet eine Vielzahl von Chancen und positiven Perspektiven und wir werden uns seiner Nutzung immer weniger entziehen können. Um so notwendiger erscheint es jedoch, auf negative Begleiterscheinungen (von einseitiger körperlicher Beanspruchung und Überanstrengung bis zu Abhängigkeiten und Orientierungslosigkeit) und gefährlichen Entwicklungsmöglichkeiten (Verlust von Sicherheit und Verlässlichkeit über den „gläsernen Menschen“ bis hin zu terroristischen Bedrohungen) hinzuweisen, um ihnen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es ist zu beobachten und zu beachten, wie das Internet unser Leben, unsere Gesellschaft, unsere Kultur verändert. Aber verändert sich auch der Mensch in diesem Kontext, vollzieht er einen Sprung in seiner eigenen Evolution?

Schmidt/Rössler orientieren sich bei ihren Überlegungen an traditionellen Werten: Demokratie, Freiheit, soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit, Solidarität, Mitmenschlichkeit. Will man nicht einem naiven Fortschrittsglauben verfallen, wird es darum gehen, diese Begriffe unter den Bedingungen des Internet, d.i. der Vorstellung der einen Welt als Schnittstelle oder als das Gemeinsame, das Verbindende von physischer (Exo-) und virtueller (Endo-)Welt, mit neuen Inhalten zu füllen. Dabei darf es nicht darum gehen, diese traditionellen Werte den Begriffen des Internet anzupassen oder sie in diesem Sinne zu verändern, vielmehr muss das Internet und seine Entwicklung diesen Werten untergeordnet werden. Dazu aber ist es notwendig, das Verständnis dieser Werte so zu erweitern, dass auch die Endowelt sich darin wiederfindet. Weiter bedeutet z.B. die Wahrung der Individualität, dass – wenn der neue Mensch nicht mit der Geschwindigkeit der neuen Technologien zu entwickeln ist – das „Recht“ auf

Neue Communities und neue soziale Sicherheiten durch das Internet

Faulheit, Uninformiertheit, Abschalten, Muße, menschliche Nähe auch innerhalb von Cyber-Communities gelten muss.

Veränderungen der Grundlagen unserer Ökonomie durch das World Wide Web und ihre sozialen Auswirkungen

Vorbemerkungen

Das World Wide Web (www) ist nicht nur ein allgemein gesellschaftlicher, sondern auch ein eminent ökonomischer Faktor. Bei den folgenden Ausführungen, die sich auf Ausführungen von Schmidt/Rössler stützen¹, stehen die Verflechtungen von www und Ökonomie im Mittelpunkt des Interesses. Die ökonomischen Erörterungen erfolgen dabei weniger unter betriebswirtschaftlichem, als vielmehr unter volks- und weltwirtschaftlichem Aspekt. Eine solche Schwerpunktverlagerung in Verbindung mit dem Leitbild einer sozialen Marktwirtschaft hat durchaus die Qualität einer Verflüssigung unserer bisherigen Wirtschaftsauffassung, speziell eines neoliberalen Ansatzes.

Die im Folgenden zugrundegelegte Veröffentlichung „Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information“ von Schmidt/Rössler stammt aus dem Jahr 2000. Bedenkt man, dass die Vorarbeiten für ein solches Buch mehr als ein Jahr in Anspruch genommen haben können, so besteht heute ein Abstand von etwa zehn Jahren, eine für diese Thematik sehr große Zeitspanne. Auf diese zeitliche Differenz zwischen unserer Diskussion und der Entstehung des Textes von soll bereits an dieser Stelle aufmerksam gemacht werden.

Im Einzelnen sollen – entsprechend der Gliederung von Schmidt/Rössler – folgende Punkte angesprochen werden:

1. Aufbau Ost
2. Kapitalismus ohne Arbeit
3. Boom ohne Ende
4. Globalisierungsfalle
5. New Economy durch Wirtschaftsingenieure
6. Auf dem Weg zur Endo- Ökonomie
7. Lehre für die Ökonomen
8. Minimale Transaktionskosten
9. Evolution des E- Business
10. Ökonomie der Innovationen

1. Aufbau Ost – Ein Beispiel für das Versagen des Exo-Kapitalismus

Der Aufbau Ostdeutschlands ist ein hervorragendes Beispiel für die Außerachtlassung der Grundregeln Ludwig Erhards und damit ein Teil des Problems:

- Alte Industriezweige wurden erhalten anstatt in neue Technologien zu investieren.
- Die „märchenhaften Umrechnungskurse“ zeigen sich heute als Fehlleistung.

¹ Vgl. Schmidt, Artur P. / Rössler, Otto E.(2000): Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information. Bern. Hier: Kapitel 9 „New Economy - neue Regeln für ein neues Business“. S.117–130.

Veränderungen der Grundlagen unserer Ökonomie durch das World Wide Web

- „Der Freudentaumel der Wiedervereinigung ging nahtlos in die Entmündigung eines ganzen Landes über und wurde vielleicht zum grössten ‚Unfriendly-Takeover‘ der Wirtschaftsgeschichte.“ (S. 117)
- Die von den Westbanken zu günstigen Konditionen übernommenen Kreditforderungen an die Ostbürger mussten von diesen zu marktüblichen Zinsen zurückgezahlt werden.
- Es verschuldeten sich mehr Menschen und stärker als es der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ehemaligen DDR entsprach.

Der Aufschwung in den neuen Bundesländern konnte deshalb nicht einsetzen; er wird erst dort in Gang gesetzt, wo neue Basisinnovationen und Innovationsschübe entstehen. Die neuen Bundesländer benötigen eine „Neue Ökonomie“. Die überstürzte Privatisierung der Ex-DDR-Staatsbetriebe ist ein Lehrstück für den ausbeutenden Exo-Kapitalismus.

2. Kapitalismus ohne Arbeit – Die Dauerkrise der Erwerbsarbeit

Globaler Kapitalismus und potentiell neue Ökonomie unterscheiden sich dadurch, dass letztere „reversibel“ also umkehrbar (erneuerbar) sein sollte, weil die Erde sonst irreversibel zerstört würde (physische Ausbeutung). Arbeitslosigkeit und Armut nehmen in vielen Ländern dramatisch zu (nicht nur in Entwicklungsländern). Jedoch besteht in Entwicklungsländern oft ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung, da z.B. das Abholzen von Regenwäldern für viele Menschen die einzige Möglichkeit ist, den Lebensunterhalt zu sichern. Wir konstatieren: schwindende soziale Systeme in den Industriestaaten und zunehmende Armut in Entwicklungsländern (und in Industrieländern).

Der Neokapitalismus ist aus sich selbst heraus nicht in der Lage, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Nach Schmidt/Rössler kann die Globalisierung jedoch den Wohlstand verbessern, wenn transnationale Regeln eingeführt werden, die sich der Gerechtigkeitsfrage annehmen. Die Kernfrage lautet dann: Kann die „New Economy“ solche Regeln liefern?

3. Boom ohne Ende – in der Exo-Ökonomie ein Traum

Schmidt/Rössler gehen davon aus, dass Amerika folgende Wachstumsfelder der Wissensökonomie dominiert:

- Halbleitertechnik
- Personal Computer
- Computer-Netzwerk Server
- Biotechnologie
- Unterhaltungsindustrie
- Telekommunikation
- Finanzdienstleistungen.

Die amerikanische Wirtschaft geht in das zehnte Jahr eines permanenten Aufschwungs. Arbeitslosigkeit, Zinssätze, Inflation sind auf einem geringen Niveau.

Europa befindet sich in einer tiefgreifenden Umstrukturierungsphase. Zwar entwickeln sich die Wachstumsfelder positiv, jedoch fehlen die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Nach Analyse von Schmidt/Rössler liegt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit an der Verken-
nung der Bedeutung der Informationsindustrien für den wirtschaftlichen Aufschwung in einer
globalisierten Welt.

Von 1980–1998 hat sich der Wert der an der NASDAQ gehandelten Firmen verzwan-
zigfacht. Bei diesem zu schnellen Wachstum besteht die Gefahr der Überhitzung, noch dazu war der
Dollar stark und es gab eine Krise in Japan und den Tigerstaaten, die für geringe Importpreise
sorgte.

Es stellt sich für die Zukunft die entscheidende Frage, ob sich durch die Integration von tele-
matischen Infrastrukturen (z. B. dem Internet) und deren Kopplung durch intelligente Soft-
ware evtl. die Spielregeln der Ökonomie so verändern lassen, dass alte Regeln (zum Konjunk-
turzyklus) nicht mehr gelten.

4. Globalisierungsfalle – der Neokapitalismus an seiner Grenze

In den letzten Jahrzehnten war die Liberalisierung der entscheidende Antrieb für die Globali-
sierung der Märkte. Die Anzahl der Mitarbeiter in multinationalen Unternehmen stieg von 40
Mio. Mitte der 70er Jahre auf über 100 Mio. Anfang 2000.

Globalisierung ist heute ein Ergebnis der telematischen Vernetzung. Der Hauptmotor der glo-
balen Integration ist das „Electronic Business“, welches durch die virtuelle Vernetzung er-
möglicht wird und die neue Cyber-Ökonomie begründet.

Demnach können nur noch Länder im Globalisierungswettbewerb mithalten, die in den telemati-
schen Technologien führend sind. „Für den Soziologen Ulrich Beck haben wir deshalb zwei
große Gruppen in der Weltbevölkerung zu unterscheiden, „globalisierte Reiche“ und die „lo-
kalisierte Arme“, was er mit den beiden Trends der transnationalen Integration und der natio-
nalen Desintegration erklärt.“ (S. 120)

„Der von amerikanischen Finanzkreisen geschürte Globalisierungsmythos führt derzeit immer
mehr Länder in die Abhängigkeitskrise“ (S. 120) und in Krisenzeiten zahlen u.U. die Steuer-
zahler dieser Länder die Schulden der amerikanischen Bürger und des amerikanischen Staates
mit.

Finanzströme fließen nicht gleichmäßig, sondern je nach Gewinnmöglichkeiten in Länder
hinein und auch ganz schnell wieder heraus.

Die Übertreibungen in den Bewegungen des Kapitals müssen reduziert werden. Notwendig ist
eine größere Transparenz in den Bilanzen von Unternehmen; Überschuldungen auch von
Banken müssen früher erkannt werden,

Die Finanzmärkte sollten in kreativer Weise umgestaltet werden. Das zweifellos vorhandene
Kapital in einer globalisierten Wirtschaft muss in richtiger Weise eingesetzt werden. Die freie
Kapitalmobilität führt zu Überhitzungen, starken Kurseinbrüchen und zu Panikreaktionen der
Geldanleger. Der Neokapitalismus hat seine Grenzen erreicht.

Freiheit des Geistes ist nicht gleich zu setzen mit Freiheit des Kapitals, da Letzteres viele
Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut stürzen kann.

5. New Economy durch Wirtschaftsingenieure – eine globale win-win-Ökonomie

Produktivitätssteigerungen durch neue Technologien gibt es schon seit dem 18. Jahrhundert –
von der Druckmaschine bis zum Personalcomputer. Aber nicht nur die Produktivität erhöht

das Wachstum, sondern auch ein neuer Umgang mit Wissen. Wissen muss – so die Forderung von Schmidt/Rössler – weltweit kostenlos zur Verfügung gestellt werden; denn nur dann kann sich eine neue Ökonomie mit neuen Spielregeln entwickeln.

Auch die amerikanische Ökonomie kann nicht uneingeschränkt als Vorbild für eine Neue Economy dienen. Hier ist zwar das Venture Capital, aber auch die versteckte Arbeitslosigkeit und der Zwang für viele Menschen, mehrere schlecht bezahlte Jobs annehmen zu müssen, um den Lebensunterhalt zu verdienen.

In Europa dagegen hat es auch durch den Euro keine neue Economy gegeben, im Gegenteil, es wurden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen und der Wettbewerb hat sich verschärft, auch der Druck auf die Arbeitsmärkte.

Nach Meinung von Schmidt/Rössler macht die Entstehung der New Economy eine neue Art der Finanzierung von Innovationen erforderlich. Eine wirklich neue Economy erfordert eine Innovationslawine in allen Branchen. Den heute üblichen Problemlösungen, die meistens mit der Zerstörung der Umwelt einhergehen und mit der Spielcasino-Mentalität an den Finanzmärkten erkaufte werden, muss Einhalt geboten werden.

Die neue Ökonomie darf nicht zulasten der Entwicklungs- und Schwellenländer gehen und die neuen Rahmenbedingungen müssen die Spielcasino-Ökonomien in globale Marktplätze mit funktionierenden Strukturen überführen.

Die heutige Gewinner-Verlierer-Ökonomie muss in eine Gewinner-Gewinner-Ökonomie überführt werden, von der alle Menschen profitieren können. Nicht mehr Produktivitätssteigerung durch Informationstechnologie und ausufernde Kapitalmobilität sind entscheidend, sondern das Kapital muss in Innovationen fließen.

Nur einer innovationsorientierten Ökonomie, die nicht von Betriebswirten sondern von Wirtschaftsingenieuren gestaltet wird, kann es gelingen, allen Menschen einen größeren Wohlstand zu sichern.

6. Auf dem Weg zur Endo-Ökonomie – der Einstieg in virtuelle gesellschaftliche Realitäten

Das bisherige Marktprinzip beruht auf Exo-Prinzipien, bei denen das Geld entscheidet, wer am Markt teilnimmt.

Innerhalb der Cyber-Welten entstehen Endo-Ökonomien, die auf virtuellen Realitäten, digitalen Transaktionen und Simulationen basieren. Bisherige Produktions- und Verteilungssysteme der Güter werden dadurch verändert.

Die Endo-Ökonomie basiert auf dem Design von Interfaces, d.h. die Anschlussfähigkeit an Netzwerke entscheidet über die Teilnahme an der neuen Ökonomie. Die Anbieter von Waren haben Schwierigkeiten, eine Vielzahl von Menschen von der Nutzung von Waren auszu-schließen. Virtuelle Waren können einfach kopiert werden, wodurch die Transaktionskosten für die Nutzung stark sinken. Die Macht geht vom Verkäufer zum Käufer und von rivalisierenden zu nicht rivalisierenden Produkten und Dienstleistungen; es muss in neuer Weise über Märkte nachgedacht werden.

Zunehmende Datenflut und Vernetzung erfordern Transparenz! Demnach werden Produkte und Dienstleistungen, die die Endo-Ökonomie transparenter machen, die größten Wachstumsraten verzeichnen. Dies sind u.a.:

- intelligente Agenten-
- Wissensnavigatoren- und
- Warentransaktionssysteme.

Veränderungen der Grundlagen unserer Ökonomie durch das World Wide Web

In der Endo-Ökonomie gibt es eine Vielzahl von Produkten, die nicht im Wettbewerb zueinander stehen, weshalb ein Stückpreis keinen Sinn macht. Er würde nur die Verteilung des Produktes behindern. Die Geschenk-Ökonomie stellt das System infrage. Die fehlende Information des Kunden vor dem Kauf eines Softwareproduktes führte zur Entstehung des Shareware-Marktes, zu freien Beta-Versionen oder der Verteilung kostenloser Browser.

Die Einführung von sogenannten Commodity-Bots wie dem Datawarehousing von Living-Systems ermöglicht es, Wünsche zu artikulieren und Transaktionen in Echtzeit durchzuführen. Virtuelle Ware kann nahezu kostenfrei bezogen werden. Im Datawarehouse kann Zweite-Hand- Ware von Käufer zu Käufer verkauft, getauscht oder verschenkt werden. Transaktionen aus Zweiter- Hand führen zu geringerer Güterproduktion und niedrigeren Recycling- Kosten. Diese Entwicklungen führen zu völlig neuen ökonomischen Vorstellungen und Handlungsweisen.

<u>Wirtschaft</u>	<u>Exo-Kapitalismus</u>	<u>Cyber-Ökonomie</u>	<u>Wissens- Ökonomie</u>
Transaktion:	Preise	Eigentumsübertragung	Geschenke
Marketing:	Target Marketing	Mehrwertdienste	Wissens- Sponsoring
Handelsplatz:	Elektronische Märkte	E-Business	Interaktive Enzyklopädien
Evolution:	Unternehmen	Commodity Bots Communities	Ideenforen Virtuelle Zivilisationen

(Abbildung: Evolution von Endo-Ökonomien, S. 123)

7. Lehren für die Ökonomen – ein grundsätzliches Umdenken

Die freie Marktwirtschaft hat nicht dazu geführt, dass die armen Länder zu den Industriestaaten aufschließen konnten. Gemeinschaft und Solidarität werden deutlich geschwächt. Die Teilnahme am Wissen konnte mit Laissez-faire-Kapitalismus in den Entwicklungsländern nicht erreicht werden.

Nach Schmidt/Rössler kann mit der Endo-Ökonomie das bestehende Marktsystem in einer solchen Weise transformiert werden, dass alle Teilnehmer eine faire Chance haben für den Einstieg in die Ökonomie des 3. Jahrtausends.

Virtuelle Welten sind soziale virtuelle Wirklichkeiten, bei denen entfernte Teilnehmer über Computer in Interaktionen treten, um ständig miteinander zu kommunizieren. Die Menschen loggen sich ein, erwerben einen virtuellen Charakter, gewinnen Freunde und formen virtuelle Gemeinschaften. Virtuelle Personen sind nicht durch physische Beschränkungen wie Geschlecht, sozialer Rang, körperliche Einschränkungen oder sexuelle Neigungen begrenzt.

In der Endo- Ökonomie entscheidet alleine die Meinungskraft und nicht der Status. Die aufeinander treffende Vielfalt erzeugt einen riesigen Kreativitätsraum. Mitarbeiter diskutieren Probleme auch außerhalb der Firma z.B. mit Kooperationspartnern und Kunden auf dem ganzen Erdball. Virtuelle Diskussionsgruppen lösen Probleme aller Art, man erhält hunderte von Lösungsvorschlägen. Ziel ist es, jedermann das Wissen der Menschheit zugänglich zu machen, z.B. durch

- virtuelle Bibliotheken,
- virtuelle Universitäten,
- virtuelle Enzyklopädien.

Vor diesem Hintergrund stellen Schmidt/Rössler die Forderung auf: „Denn freier Zugang zu Informationen ist ein Menschenrecht.“ (S. 125)²

8. Minimale Transaktionskosten – neue Entwicklungschancen

Cyberspace und die darauf basierende Ökonomie schaffen neue Infrastrukturen und Transaktionsformen. E-Business löst ab bzw. ergänzt den bisherigen Handel. Die Online-Präsenz im Internet bietet Unternehmen die Chance, ihre Produkte ohne große Transaktionskosten einem großen Publikum anzubieten (z.B. Fluglinien, Handelsunternehmen, Buchverkauf, Werbung für Produkte, Hotelangebote und -buchung usw.)

Eine Vielzahl von hierarchischen Märkten wird verändert und aufgelöst. Das E-Business ermöglicht völlig neue Mehrwertdienste für die Kunden.

„Telematik impliziert die Aufhebung des physischen Raumes und die Möglichkeit der interaktiven Telepräsenz.“ (S. 125)

Informationstechnologie und Vernetzung senken die Kosten der Kommunikation. Endo-Ökonomie ist der physischen Ökonomie unter Kostengesichtspunkten überlegen. Das Internet wächst zunehmend mit steigender Zahl von Teilnehmern, so dass physische Marktaktivitäten zunehmend in digitale und virtuelle Transaktionen überführt werden.

Die Organisation wirtschaftlicher Abläufe wird durch die Kosteneffizienz der Transaktionen entscheidend beeinflusst. Wissensökonomie ermöglicht, dass mittlere Firmen mit größeren Firmen z.B. bei der Internetpräsenz absolut mithalten können. Hierdurch nimmt der Wettbewerb in diesen Märkten erheblich zu. Online-Dienste und Internet verändern die Spielregeln des Wettbewerbs. Kunden können durch 3D-Welten interaktiv in die Cyber-Welten einsteigen und elektronische Shopping-Centers begehen.

E-Business erlaubt auch völlig neue Leistungen im Finanz- und Logistikbereich (siehe Überseeversand). Weitere völlig neue Angebote:

- virtuelle Verkaufsstellen,
- Online-Überwachung des Lieferzustandes,
- interaktiver Kontakt des Kunden mit Lieferanten.

„In virtuellen Räumen lassen sich Zeitschriften, Finanzdienstleistungen, Werbung oder Reiseinformationen auf die Bedürfnisse des Kunden abstimmen.“ (S. 125)

9. Evolution des E-Business – Schaffung neuer Arbeitsplätze

E-Business wird sich dynamisch weiterentwickeln. Es umfasst bereits heute:

- An- und Verkäufe,
- Tauschbörsen,
- Auktionen,
- Schenkungen.

In E-Business gibt es jedoch deutlich mehr Wettbewerb und die Anbieter müssen sich über Mehrwertangebote profilieren. Diskussionsforen verbessern das Wissen über die angebotenen Produkte. Die Unternehmen müssen mitdiskutieren, um ihre Kunden auf sich aufmerksam zu machen. Das Cyberspace schärft das Bewusstsein für Anbietervergleiche in Echtzeit. Kunden

² Siehe hierzu auch GG Art. 5 [Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit; Kunst und Wissenschaft] sowie Art. 19 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, vom 10.12.1948“.

in virtuellen Welten zu gewinnen bedeutet, diesen Kunden mehr Nutzen zu bieten als in physischen Märkten.

Schmidt/Rössler prognostizieren, dass zwei Trends die Zukunft bestimmen werden:

1. Anbieten intelligenter Agenten, Wissensnavigatoren- und Warentransaktionssysteme und
2. Anbieten intelligenter Wissensplattformen (wie virtuelle Bibliotheken, virtuelle Universitäten, virtuelle Enzyklopädien).

Folglich werden die Anbieter von Produkten und Dienstleistungen verstärkt auf Wissens-Sponsoring setzen müssen. Es werden neuartige Win-Win-Spiele entstehen. Aber auch in den virtuellen Märkten wird niemand vor dem Ruin bewahrt, wenn die Aktien-Märkte zusammenbrechen. Milliarden-Verluste von großen Unternehmen sind in den virtuellen Transaktionsräumen geradezu vorprogrammiert.

Nach Meinung der Verfasser entgeht man diesen Risiken, wenn man Geld nicht in spekulative Zwecke investiert, sondern in Venture Capital, welches Innovationen befördert. Nur so ließe sich der Wohlstand steigern und die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die Arbeit geht uns nicht aus; die Spielcasino-Ökonomien verhindern jedoch die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

10. Ökonomie der Innovationen – einige Prognosen

Wachstum aufgrund von Globalisierung reicht nicht mehr aus; die Unternehmen müssen ihre Netze modifizieren, um ihre kommunikative Kompetenz voll auszuschöpfen. Vernetzte Wissens-Ökonomien basieren auf qualitativem Wachstum und nicht mehr nur auf quantitativem. Basisinnovationen und sich daraus entwickelnde Innovationsschübe sind entscheidend.

Die One-World-One-Order-Gesellschaft wird durch eine Many-Worlds-Many-Orders-Gesellschaft ersetzt. Grundlage ist immer das kostenfreie Wissen für alle Teilnehmer. „Nur so kann es gelingen, der Globalisierungsfalle zu entkommen.“ (S. 128)

Noch gibt es die „New Economy“ nicht, sie könnte jedoch bald entstehen, damit die weltweiten Ressourcen gerechter verteilt werden.

Im 21. Jahrhundert werden Innovationen hauptsächlich in Biotechnologie, Gentechnik und Nanotechnologie erfolgen. Es werden sich neue Bildungseinrichtungen, Finanzierungsformen, Organisationsstrukturen und Lebensweisen entwickeln. Die Aufdeckung der Funktionsweisen des menschlichen Gehirns wird der Anpassung des „Bildschirms im Netz“ an den „Bildschirm im Gehirn“ näher kommen.

In Endo- Ökonomien sollte derjenige steuerlich bestraft werden, der Geld nur zur Spekulation und übertriebenem Konsum einsetzt (im Sinne Silvio Gesells). Auch im freiesten Markt sind innovationsfördernde Spielregeln erforderlich.

Wichtig ist die Wiedereinführung eines Bildungssystems von höchster Qualität. Der Aufbau von Endo-Ökonomien erfordert Bildungseinrichtungen, die den Elite-Universitäten und Forschungslaboratorien der USA ebenbürtig sind. Nur mit dem Unterschied, dass sie *allen* und nicht nur den Eliten preiswert zugänglich sind.

Literatur:

SCHMIDT, ARTUR P./RÖSSLER, OTTO E. (2000): Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information. bern. Hier: Kap. 9 „New Economy – neue Regeln für ein neues Business“. S. 117–130

Diskussionsergebnisse

Zu 1. Anhand konkreter Beispiele zu dem Verhalten westdeutscher Unternehmen unmittelbar nach dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland lässt sich zeigen, dass die Thesen von Schmidt/Rössler zutreffend sind.

Zu 2. Wie bereits mehrfach im Diskurs herausgearbeitet wurde, stehen im heutigen Exo-Kapitalismus, trotz wirtschaftlichen Wachstums, immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung. Steuerminderleistungen und Steuerflucht von global agierenden Unternehmen führen dazu, dass Sozialleistungen gekürzt werden. Die Globalisierung exportiert Arbeitsplätze (Beispiel Nokia). Die Risiken müssen ebenso neu bewertet werden wie die Förderung der Regionalisierung. Die Reduzierung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Bilanzierung von Rekordgewinnen stellt die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit neu. Auch die sogenannte „Dritte Welt“ kann bei fortschreitender Automatisierung ohne die Verbesserung von Bildung und Weiterbildung keinen Anschluss an die Industrienationen finden.

Schmidt/Rössler beschäftigen sich mit der Frage, ob der Ansatz einer „New Economy“ Regeln für eine neue Wirtschaftsordnung und für ein neues Wirtschaften liefern kann. Darüber hinaus aber wäre zu fragen, wer solche Regeln als verbindlich durchsetzen und ihre Einhaltung kontrollieren kann. Angesichts des Umstandes, dass global agierende Unternehmen sowie die Lobbyisten der Wirtschaftsverbände offensichtlich über mehr Macht verfügen als die einzelnen Nationalstaaten, dass die Staaten untereinander nur schwer zu gemeinsamem Handeln finden, dass die UNO bestenfalls die Aufgaben eines Nothelfers übernehmen kann, dass die internationalen Finanzinstitutionen (wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds) vor allem die Interessen der Industrienationen vertreten, ist nicht zu erkennen, auf welchem Wege eine „New Economy“ realisiert werden könnte. Das aber bedeutet, die von Schmidt/Rössler angestrebte Überwindung des Neokapitalismus, ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und globalem Wohlstand verbleiben einstweilen im Bereich des Möglichen.

Ergänzend zu den Ausführungen im Referat ist darauf hinzuweisen, dass in den Entwicklungsländern nicht nur ein Zusammenhang zwischen Armut und Umweltzerstörung bei der einheimischen Bevölkerung besteht, sondern sich hier auch ein Zusammenhang zwischen Umweltzerstörungen in der sogenannten 3. Welt, und zwar einer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen im umfassenden Sinne, und Reichtum in den Industrieländern zeigt. Beide Tendenzen führen in ihrer Kombination zu Ergebnissen, die an die Grenzen einer Belastbarkeit der Natur führen.

Zu 3. Die amerikanische Dominanz auf den genannten Feldern (der Halbleitertechnik, Personal Computer, ...) ist inzwischen teilweise überholt, der Wendepunkt des amerikanischen Aufschwungs ist erreicht, Amerika steht vor einer Rezession mit steigenden Zinssätzen, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Inflation. Damit hat sich gezeigt, dass sich die Er-

wartung eines Booms ohne Ende durch permanentes Wachstum in der Exo- Ökonomie nicht erfüllt hat.

Die Beobachtung von Schmidt/Rössler, dass trotz einer positiven Entwicklung der Wachstumsfelder keine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt festzustellen ist, muss aus heutiger Sicht differenziert werden. Es gibt eine Zunahme an Arbeitsplätzen, aber es ist bisher nicht gelungen, Vollbeschäftigung wieder herzustellen.

Die Feststellungen von Schmidt/Rössler zum „starken Dollar“ und zur Krise in Japan und den Tigerstaaten sind inzwischen überholt. Heute gibt es eine außerordentliche Dollarschwäche, die Krise in Japan und den Tigerstaaten ist inzwischen überwunden. Die konjunkturellen Schwankungen in der Exo-Ökonomie sind damit bestätigt worden.

Während Schmidt/Rössler noch mutmaßten, ob in Amerika alles so bleiben oder ein Abschwung kommen würde, wissen wir heute, dass der Abschwung mit einer Gewalt gekommen ist, wie er nicht erwartet wurde. Auch ist die Erwartung von Schmidt/Rössler eingetreten, dass Europa im Technologiebereich aufholen und seine Wettbewerbsvorteile in der Anwendung dieser Technologien nutzen werde. Die Phase der Umstrukturierungen und des Aufholens ist inzwischen teilweise bereits abgeschlossen.

Zu 4. Ein Beispiel zu dem von Schmidt/Rössler bezeichneten „Globalisierungsmythos“ ist die Immobilienkrise, die in den USA ihren Ursprung hatte, auch deutsche Banken erfasste und bei der dann der Staat, d.h. der deutsche Steuerzahler, die Banken (wie IKB, Sächsische Landesbank, NRW Bank, Bayrische Landesbank) stützen musste.

Ein Beispiel für Schmidt/Rösslers These, dass die Finanzströme ihre Richtung nach den Gewinnmöglichkeiten bestimmen und diese auch in Bruchteilen einer Sekunde ändern, ist die Asienkrise 1997 in den Tigerstaaten.

Nach den Erfahrungen mit dem Kasinokapitalismus ist die Forderung, die Risiken in finanziellen Transaktionen der Banken müssen früher offen gelegt werden, schon um des Erhalts dieses Systems willen unausweichlich. Vernünftig wäre es zu prüfen, ob Geld überhaupt zu Spekulationszwecken oder nur für Investitionen zur Verfügung stehen sollte.

Zu 5. Zur amerikanischen Ökonomie ist anzumerken: Es erscheint fraglich, ob heute noch das notwendige Risikokapital in den USA zur Verfügung steht.

Zu 6. Wenn die „New Economy“ dahin tendiert, dass Macht vom Verkäufer zum Käufer verschoben wird, wenn also die Entscheidungsmacht des Nutzers, des Verbrauchers gestärkt wird, dann liegt darin nicht nur ein anzustrebendes Ziel, sondern auch die Chance, durch das Verbraucherverhalten (und durch Verbraucheraufklärung) die „New Economy“ zu realisieren.

Zu 7. Nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern konnte die Teilnahme aller Bevölkerungsgruppen am Wissen mit dem Laissez-faire-Kapitalismus nicht erreicht werden.

So viele Vorteile das Experimentieren mit virtuellen Personen haben mag, es stellt sich doch die Frage, ob nicht eine Eingrenzung durch bestehende Gesetze gegeben ist und auch gegeben sein sollte.

Zu 8. Mit elektronischen Einkaufszentren ergeben sich auch ganz neue Möglichkeiten für strukturschwache Gebiete.

Zu 9. Hinzu fügen sollte man, dass auch Venture Capital risikobehaftet ist, auch Investitionen in Innovationen enthalten ein spekulatives Element, dessen Größe äußerst schwierig vorher zu erkennen sein dürfte.

Zu 10. Die Entfaltung der Endo-Ökonomien dürfte nicht nur an entsprechende Bildungssysteme gebunden sein, sondern auch an die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Teilnehmer, d.h. die Befreiung der Teilnehmer von materieller Not. Damit rückt die Frage nach den Möglichkeiten eines Grund- / Bürgereinkommens wieder in das Blickfeld.

Marc von Miquel

Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen in Diktatur und Demokratie

Vortrag im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Diskurses zu der Wanderausstellung „Sozialversicherung in Diktatur und Demokratie“ in der Deutschen Rentenversicherung Westfalen am 22. April 2008¹

Zusammenschlüsse unter den Sozialversicherungsträgern sind im Bereich der medizinischen Forschung, der Prävention oder Rehabilitation keine Seltenheit. Neu und bundesweit einmalig ist dagegen, dass ein Verbund von 28 Institutionen ein Ausstellungs- und Dokumentationsprojekt zur Geschichte der Sozialversicherung (mit Ausnahme der Arbeitsverwaltung) auf den Weg gebracht hat. Das Spektrum reicht von den Trägern der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung in Nordrhein-Westfalen über die Ärzteschaft bis hin zum Landessozialgericht, Landesversicherungsamt und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW. Sie alle verbindet die Überzeugung, dass eine solche Ausstellungs- und Forschungsarbeit einen bedeutsamen Beitrag leisten kann, um sich den moralischen Herausforderungen des NS-Unrechts auch im Bereich der Sozialversicherung zu stellen, und zudem den Blick für die Frage schärft, wie sich unsere Arbeitsgesellschaft künftig am besten gegen die Lebensrisiken Krankheit, Altersarmut und Unfall absichern kann.

Eingerahmt wird die Ausstellung von zwei Figuren, einem Mann am Anfang und einer Frau am Schluss. Darauf präsentiert werden Aufnahmen des Essener Fotografen Willy van Heekern, der die Arbeits- und Lebenssituationen der Menschen im Ruhrgebiet von den 20er bis zu den 60er Jahren festgehalten hat. Was ist der Grundgedanke dieser Installation? Zum einen sollen die Fotos veranschaulichen, dass die gesetzliche Kranken-, Renten- und Unfallversicherung zentrale Lebensbereiche betrifft. So ist sie gebunden an die Erwerbsarbeit und maßgeblich daran beteiligt, dass in unserer Gesellschaft Gesundheit und Wohlstand bewahrt und vermehrt werden. Zum zweiten verweist die Unterteilung in Mann und Frau auf den Umstand, dass die Sozialversicherung in hohem Maße geschlechtsspezifische Unterschiede kennt. Denn die drei Gründungsgesetze im Kaiserreich zielten auf die männliche Industriearbeiterschaft. Mit der Ausweitung zur Arbeitnehmer- und Familienversicherung seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurden dann zunehmend Frauen einbezogen.

Und schließlich sind die beiden lebensgroßen Einzelfiguren ein Sinnbild dafür, dass ohne die sozialen Sicherungssysteme die freie Entfaltung des Einzelnen in unserer modernen Arbeitsgesellschaft nicht denkbar ist. Denn die Sozialversicherung hatte großen Anteil daran, dass der historische Widerspruch von Eigentum und Arbeit entschärft wurde. So haben deren Leistungen neben der Sphäre des Privateigentums und des Arbeitseinkommens den neuen Bereich des sozialen Eigentums geschaffen. Erst der gesetzlich gestaltete Finanztransfer bei Einkommensausfällen und bei Phasen der Erwerbslosigkeit, erst der Schutz vor Krankheit, Altersarmut und Arbeitslosigkeit bietet den abhängig Beschäftigten jene soziale Sicherheit, die erforderlich ist, um den eigenen Lebensentwurf selbstständig gestalten zu können. Die beiden Figuren rahmen die Epochen der Ausstellung ein. Sie stehen damit für die Erfahrung dieser Ge-

¹ Kontakt zum Referenten: Dr. Marc von Miquel, Geschichtsort Villa ten Hompel, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster; Internet: www.sozialversicherung-geschichte.de; Tel: 0251/492-711; E-Mail: miquelm@stadt-muenster.de

sellschaften, wie verletzlich die Güter der sozialen Sicherheit und des Wohlstands waren. Sie stehen zugleich für die Erfahrung gerade im Dritten Reich, dass die Verfügbarkeit über diese Güter je nach sozialer Gruppe höchst unterschiedlich war, abhängig davon, welche gesellschaftlichen Leitbilder jeweils vorherrschten.

Weimarer Republik

Blicken wir auf die erste Epoche der Ausstellung, auf die Weimarer Republik, so sehen wir gewissermaßen in einen Spiegel. Viele Problemstellungen und Konflikte, die uns in der Gegenwart unseres demokratischen Sozialstaates begegnen, traten bereits in der ersten deutschen Demokratie auf, nur wie im Brennglas: vergrößert, verzerrt und bis zum Extrem der Lösungsunfähigkeit. Dies betrifft vor allem die Rolle des Staates und die Reichweite staatlicher Verantwortung für die soziale Absicherung der Bevölkerung. In deutlicher Absetzung vom Kaiserreich enthielt die Verfassung der Weimarer Republik einen umfassenden Katalog sozialer Grundrechte und verkündete eine aktive Sozialpolitik. Mit seiner anfangs großen Akzeptanz in der Unternehmer- und Arbeiterschaft bildete der Sozialstaat die zentrale Integrationsformel der neuen Republik.

Dabei waren die Anfänge aufgrund von Kriegsschäden und massiver Geldentwertung schwer. Dennoch setzten die Sozialversicherungsträger auf die Ausweitung ihrer Leistungen, unterstützt von den wichtigsten Regierungsparteien, der SPD und dem Zentrum. So wurde in der Krankenversicherung der Kreis der Pflichtversicherten weit über die Industriearbeiterschaft hinaus erweitert. Die medizinische Versorgung wurde erheblich verbessert und die Familienangehörigen meist mitversichert. Weit reichend waren auch die Leistungssteigerungen in der Invalidenversicherung, wie die Rentenversicherung für Arbeiter hieß. Die Altersrenten wurden an die besser ausgestatteten Invalidenrenten angeglichen, die Altersgrenze wie in der Angestelltenversicherung von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt. Zudem wurden die Hinterbliebenenrenten erhöht und die Heilfürsorge erheblich ausgebaut. Damit trat auch und gerade im Bereich der Rentenversicherung der demokratische Staat als Garant für die soziale Sicherung der Bevölkerung ein.

Im Ergebnis erfolgte in der Weimarer Republik bis hin zum Sprachgebrauch der epochale Umbruch vom Greis zum Rentner. Denn zuvor bestand die Alterssicherung meist darin, nach der Haupterwerbsphase Hilfsarbeiten zu übernehmen und Landwirtschaft für den Eigenbedarf zu betreiben. In der Weimarer Republik ermöglichte die Rente zumindest eine Grundsicherung, während der Bedarf an Hilfsarbeitern deutlich sank. Altersarmut war gleichwohl weiterhin ein Massenphänomen, vor allem bei allein stehenden Frauen.

Der Gesetzgeber entscheidet heute wie damals über den Leistungsumfang der Rentenversicherung. Wie erfolgreich die staatlichen Vorgaben umgesetzt werden, ist und war allerdings in vielerlei Hinsicht von dem Engagement der Beschäftigten vor Ort abhängig. Hier zeigte sich die Landesversicherungsanstalt Westfalen seit ihren Anfängen im Kaiserreich als eine sehr agile Institution, um ihren Auftrag im Dienste der Arbeiterschaft zu erfüllen. Neben den rechtlich festgesetzten Rentenleistungen betraf dies vor allem den freiwilligen Einsatz gegen die damaligen Volkskrankheiten wie Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Rheuma und Alkoholismus. Die LVA Westfalen baute wie kaum ein anderer Versicherungsträger im Reich ein dichtes Netz an Beratungs- und Fürsorgestellen für die Erkrankten aus, so dass im Verein mit den eigenen Heilstätten die Gesundheitslage der gesamten westfälischen Bevölkerung deutlich verbessert werden konnte.

Diese Leistungen waren eng verbunden mit dem Namen Maximilian Krass, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung seit 1925. So führte seine enge Zusammenarbeit mit Medizinern an der Universität Münster zur Errichtung der reichsweit bekannten Heilstätte für Lupuskranke in Hornheide und des damals modernsten Tuberkulosekrankenhauses in Hoheneimberg im Sauerland. Der Werterahmen, nach dem Maximilian Krass und viele seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter handelten, war bestimmt von den Ideen des sozialen Katholizismus. Man war am Bispinghof, dem Sitz der LVA, traditionsbewusst und staatsreu. Im Zweifelsfall entschied man sich aber doch für die Belange des katholischen Westfalen und gegen die Wünsche aus der protestantischen Reichshauptstadt.

Die gesamte Zeit der Weimarer Republik war von Krisen geprägt, doch die Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 nahm geradezu katastrophale Ausmaße an. Statt Ausweitung der Vorsorge herrschten nun reichsweit Massenarmut und Fürsorge. So führte vor allem die hohe Arbeitslosigkeit dazu, dass 1932 mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausschließlich von öffentlicher Unterstützung leben musste. Für die Rentenkassen hatte der massenhafte Verlust versicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse einen dramatischen Einnahmerückgang zur Folge.

Welche Leitbilder wiesen den Sozialpolitikern damals den Weg für die erforderlichen Eingriffe und Sparmaßnahmen? Welche Interessen wurden mit dem vorgenommenen Umbau der Versicherungssysteme verfolgt? Das demokratische Lager verlor in der Endphase der Weimarer Republik rapide an öffentlicher Unterstützung. Auf viel Resonanz stieß dagegen die konservative Fundamentalkritik mit ihrem Vorwurf, dass die Verrechtlichung und Ausweitung der Sozialversicherung die sozialen Probleme nicht löse, sondern verschärfe. Die Ausschaltung des Reichstags 1930 und der Beginn der Präsidialregierungen verstanden die Gegner des Weimarer Sozialstaats daher als Fanal, die bestehende sozialpolitische Ordnung insgesamt abzuschaffen.

Per Notverordnungen erfolgte so ein weit reichender Leistungsabbau in allen Bereichen der Sozialversicherung. Am schlimmsten traf es die Invalidenversicherung. So wurden zunächst die Wartezeiten insbesondere für Witwen erhöht, so dass 130.000 ihre Rente verloren. 1932 folgte schließlich die radikale Absenkung aller Rentensätze. Die Folge war, dass ein Großteil der Rentenempfänger von staatlicher Fürsorge abhängig war, da die Beträge das Existenzminimum unterschritten.

Im Ergebnis sind gleichwohl nicht die Kürzungen als das Kernelement der Sozialpolitik am Ende der Weimarer Republik zu bewerten. Entscheidend war vielmehr der Umstand, dass die Sparverordnungen in die autoritäre Umwandlung des gesamten Versicherungssystems eingebunden waren. So verzeichnete vor allem die staatliche Verwaltung einen deutlichen Machtgewinn gegenüber den Versicherungsträgern. Sie beschnitt schrittweise deren Selbstverwaltungsrechte. Und anstatt einen sinnvollen Ausgleich zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern zu suchen, setzte die Ministerialbürokratie auf die riskante Strategie, allein durch Defizitabbau die Lage zu stabilisieren. Mit anderen Worten: Während die eigentliche Aufgabenstellung der sozialen Sicherungssysteme in den Hintergrund rückte, hatte sich das Sparen zu einem Selbstzweck entwickelt. Die darauf folgende Verschärfung der Krisensituation war durchaus beabsichtigt, um jede Rückkehr zur demokratischen Ordnung grundsätzlich auszuschließen. Als 1933 die Regierungsgewalt auf den Reichskanzler Adolf Hitler übertragen wurde, sahen die neuen Machthaber keine weiteren Kürzungen vor, sondern waren vielmehr darauf bedacht, die Loyalität der „Volksmassen“ zu gewinnen.

Drittes Reich

Einen fundamentalen Bruch in der Sozialversicherung stellt das Jahr 1933 dar: Das vorrangige Ziel der Nationalsozialisten in der Anfangsphase der so genannten „Machtergreifung“ war die Ausschaltung der politischen Gegner. So erfasste vor 75 Jahren eine beispiellose Terrorwelle das Deutsche Reich, deren Hauptziele die Organisationen der Kommunisten und Sozialdemokraten darstellten. Dieser Ausnahmezustand betraf in der Sozialversicherung in erster Linie jene Einrichtungen, die von der Arbeiterbewegung geprägt waren – die Knappschaften und Ortskrankenkassen. Deren Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzende wurden in Haft genommen, die Selbstverwaltung zerschlagen und insgesamt etwa 15 Prozent des Personals – politische Gegner und Juden – entlassen.

Auch in der LVA Westfalen hatte die „Machtergreifung“ tiefgreifende personelle Veränderungen zur Folge. Zuerst traf es den nebenamtlichen Vorstandsvorsitzenden der LVA, den Landeshauptmann des Provinzialverbandes Franz Dieckmann. Mit haltlosen Anschuldigungen wurde Dieckmann, der Mitglied der Zentrumspartei war, von dem neuen nationalsozialistischen Vorsitzenden des Provinzialausschusses aus dem Amt gedrängt: Im April ließ sich Dieckmann von allen Ämtern beurlauben, zermürbt von den öffentlichen Angriffen auf seine Person. Überprüft wurde ferner die hauptamtliche Geschäftsführung der LVA. Die drei Berufsbeamten Maximilian Krass, Karl Fix und Bernhard Salzmann waren ohne Parteimitgliedschaft und blieben daher zunächst unbehelligt. Die beiden so genannten politischen Beamten, die der Provinziallandtag in die Führungsetage der LVA entsandte, gerieten indes unter schweren Beschuss. Entlassen wurde der Sozialdemokrat Friedrich Haverkamp, im Sommer 1933 dann sein Kollege Franz Rediger vom Zentrum, beides gelernte Bergarbeiter und versierte Verwaltungsbeamte. Dieser personelle Umbruch war mit vielen Konflikten verbunden. So sahen in der LVA die nationalsozialistischen Aktivisten ihre Zeit gekommen, allen voran der Angestellte Aschoff, der zugleich Kreisleiter der NSDAP war. Er hatte vermeintliches Belastungsmaterial gegen Rediger gesammelt und weitergeleitet. Doch sein Plan, die Nachfolge des Entlassenen zu übernehmen, scheiterte an dem neuen Oberpräsidenten, der weiterhin Fachkompetenz vor Parteizugehörigkeit stellte.

Das Dritte Reich war die Zeit der jungen karrierebewussten Aufsteiger und so war es typisch, dass der neue Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Friedrich Karl Kolbow gerade mal 34 Jahre alt war. Kolbow stand nun als so genannter „Leiter“ an der Spitze der LVA und legte ein großes Interesse an der Rentenpolitik an den Tag, das ihn 1937 an die Spitze des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten führte. Er bewies Geschick im Umgang mit den bisherigen Geschäftsführern am Bispinghof und setzte auf den langfristigen personellen Umbau mit linientreuen Beamten. So bewegte er den gleichaltrigen Verwaltungsjuristen an der LVA, Dr. Otto Schultze-Rhonhof, zum Eintritt in die NSDAP 1933. Unter den Fittichen von Kolbow machte Schultze-Rhonhof dann Karriere im Provinzialverband, bis er 1938 den Vorsitz der Geschäftsführung am Bispinghof übernahm.

Otto Schultze-Rhonhof war kein typischer Nationalsozialist, sondern vielmehr ein Mann des Ausgleichs zwischen den konservativen Landesräten an der LVA und der stramm nationalsozialistisch ausgerichteten Hauptverwaltung. Dennoch: In der Bewertung, warum das NS-Regime so erfolgreich war, kann gerade die Laufbahn von Schultze-Rhonhof als ein Musterbeispiel der konservativen Verwaltungseliten gelten. Denn ohne deren Expertenschaft, Talent und Einsatzfreude hätte das Regime nicht funktionieren können. Dagegen legte sein Vorgänger Maximilian Krass viel Zivilcourage an den Tag, indem er den Machtanspruch von NS-Funktionären mehrfach zurückwies, den Verkauf von Heilstätten zu verhindern suchte und mit seinem Eigensinn auch ungeladene NSDAP-Kreisleiter vor die Tür setzte. Mit einem

Stoßseufzer schrieb Kolbow 1940, dass Krass, der nach seiner Pensionierung wieder aktiviert worden war, „trotz der großen Personalnot heute nicht mehr verwendungsfähig“ sei und betrieb die endgültige Versetzung in den Ruhestand.

Die institutionelle Eroberung der Sozialversicherungsträger schuf die Voraussetzungen, um die Ausgrenzung und Verfolgung von Minderheiten auch in diesem Bereich umzusetzen. Als Versicherte galt für Juden und angebliche „Staatsfeinde“ fortan nicht der Schutz vor sozialen Risiken, sondern der systematische Schutzverlust vor Krankheit, Armut, Invalidität und Tod. In der Rentenversicherung setzte der Ausschluss von Leistungen für Juden und „Staatsfeinde“ 1936 ein, indem der Paragraph 615a in die Reichsversicherungsordnung eingeführt wurde. Demzufolge hatte die Rente eines Berechtigten rückwirkend zu ruhen, wenn er als „Staatsfeind“ in Erscheinung getreten war. Betroffen waren alle Rentner, die wegen jeglicher Form „staatsfeindlicher“ Betätigung vom Hochverrat bis zum „Rassenschande“-Vergehen verurteilt worden waren. Die treibenden Kräfte hinter der Novelle waren bezeichnenderweise die Rentenversicherungsträger selbst, in erster Linie der Reichsverband Deutscher Landesversicherungsanstalten. Ihm war in gleicher Weise an der Bekämpfung etwaiger „Volksfeinde“ wie an Spareffekten gelegen. Die deutschen Juden waren 1941 mit einer weiteren Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts konfrontiert, die auch das Rentenversicherungsrecht betraf. So wurde entschieden, dass im Ausland lebende Juden keine deutschen Staatsbürger mehr sein konnten – und in der Folge die Renten der betroffenen Juden zu ruhen hatten. Mit dieser gesetzlichen Regelung profitierten die Rentenversicherungsträger sowohl von der erzwungenen Auswanderung der über 300.000 jüdischen Deutschen als auch von der Deportation der im Reich verbliebenen Juden.

Ein markantes Beispiel für die Beteiligung der Versicherungsträger am NS-Unrecht ist ein Schreiben des Landesrates der LVA Westfalen, Karl Fix, aus dem Jahr 1940. In dem Brief an das Reichsversicherungsamt schlägt der vermeintlich unpolitische Beamte Fix vor, die Einstellung der Rentenzahlung auszuweiten auf alle Empfänger im nunmehr besetzten Polen, die sich in Haft befinden. So schreibt er: „Ich nehme an, dass sich die Auffassung hier durch das Verhalten feindlicher Landesbewohner im Polenfeldzug gewandelt hat und bitte gegebenenfalls um Bestätigung meiner Ansicht.“ Das Reichsversicherungsamt stimmt dem allerdings in dem Antwortschreiben nicht zu, sondern hielt mit einem Rest an Rechtsstaatlichkeit daran fest, dass nicht generell, sondern von Fall zu Fall über die Rentenstreichung entschieden werden müsse. Ein weiterer wichtiger Bereich des NS-Unrechts, an dem die LVA Westfalen beteiligt war, betraf den Vertrauens-ärztlichen Dienst. 1936 wurde der Vertrauensärztliche Dienst von den Krankenkassen an die Rentenversicherungsträger übertragen. In den Vordergrund des neuen zentralisierten Vertrauensärztlichen Dienstes trat die Krankenkontrolle im Dienste der Rüstungspolitik. So sollte der Vertrauensärztliche Dienst eine medizinische Totalüberwachung der Arbeitnehmer einführen. Im Zuge des Krieges wurden sogar überregionale vertrauensärztliche Einsatzgruppen geschaffen, die Kontrolluntersuchungen in Industriebetrieben mit überdurchschnittlich hohen Krankenständen durchführten. Die Umsetzung kann als Terror gegen Kranke bezeichnet werden, denn im Ruhrgebiet wurden die Krankenhäuser regelrecht durchkämmt, so dass fast jeder zweite Patient – gegen die Stimmen der entsetzten Krankenhausärzte – die Arbeit wieder aufnehmen musste.

Parallel zu den hier skizzierten Verfolgungsmaßnahmen fand eine Entwicklung statt, die auf die Ausweitung des Versicherungsschutzes für weitere Bevölkerungsgruppen zielte. Dies betraf vor allem die Zeit der Kriegsvorbereitung und des Krieges selbst und veranschaulicht deutlich den Charakter des Dritten Reichs als „Zustimmungsdiktatur“, der an der Unterstützung der Massen gelegen war. So wurden neue Berufsgruppen in die Kranken- und Rentenversicherung einbezogen. 1941 wurde dann die Krankenversicherungspflicht für Rentner ein-

geführt. Hinzu traten Leistungsverbesserungen, die vor allem dem Bergbau als kriegswichtige Branche eine reformierte und höhere soziale Absicherung bescherten. Obschon dieser Wandel der Sozialversicherung hin zur „Volksversicherung“ stets eingebunden blieb in die „Volksgemeinschafts“-Ideologie des NS-Regimes, folgte er zugleich auch den generellen Expansionstendenzen der europäischen Sozialstaaten zu dieser Zeit. Somit verweist dieser spezifische Entwicklungspfad der deutschen Sozialversicherung in der Diktatur auf das spätere Versicherungssystem in der Bundesrepublik, das nunmehr auf demokratischem Wege an das Versprechen einer Versicherung für alle anknüpfte.

Bundesrepublik

In der Nachkriegszeit war die Grundfrage zunächst, in welchem Maße eine Neuordnung in der Sozialversicherung erfolgen sollte. Neuanfang oder Kontinuität standen hier zur Debatte. So entwickelten die Alliierten neue Konzepte, die auf die Einführung einer Einheitsversicherung zielten. Geradezu ein Paukenschlag war die Entscheidung des Berliner Magistrats vom Juli 1945, eine einzige Versicherungsanstalt für Unfall-, Renten- und Krankenversicherung zu errichten. Während in der sowjetischen Besatzungszone dieses Modell als Vorbild für die Einheitsversicherung übernommen wurde, rückte seine Verwirklichung in den Westzonen in immer weitere Ferne. Die Briten und Amerikaner vertraten seit 1947 die Ansicht, dass die Entscheidung über die Neugestaltung der Sozialversicherung in die Hände der westdeutschen Gesetzgeber zu legen sei. Die Landesregierungen aber, unterstützt von einem breiten Bündnis von den Arbeitgebern bis weit in das Gewerkschaftslager hinein, zeigten kein Interesse, das altbewährte gegliederte Versicherungssystem aufzugeben. Und damit war auch die Entscheidung gefallen, die Vielfalt und den Traditionsreichtum der Versicherungsträger zu bewahren, der sicherlich zu den Vorzügen des deutschen Sozialstaats im internationalen Vergleich zählt.

Zugleich hat diese Traditionsbewahrung keine Neuerungen verhindert, sondern war die Grundlage für eine Neubegründung der Sozialversicherung, für die vor allem zwei Leitbegriffe stehen: Sozialpartnerschaft und Lebensstandardsicherung. Wichtig für die politische Prägung der Träger war der Umstand, dass zahlreiche verfolgte Führungskräfte in ihre früheren Positionen zurückkehrten. Dort setzten sie sich dafür ein, die Traditionslinie der Sozialdemokratie und des Zentrums aus der Zeit der Weimarer Republik wiederzubeleben. In der LVA Westfalen wurde etwa der Zentrumsmann Franz Rediger wieder als Mitglied der Geschäftsführung eingesetzt, zugleich war Rediger der erste frei gewählte Oberbürgermeister in Münster nach Kriegsende und ein führender Kopf bei der Entnazifizierung der LVA Westfalen und der westfälischen Krankenkassen.

Da die LVA Westfalen eher mit Bedacht die Zeit des Dritten Reichs überstand, im Unterschied etwa zur Schwesteranstalt in Düsseldorf, die vom Bruder von Joseph Goebbels geleitet wurde, konnte auch der Neuaufbau ohne große Umbrüche vonstatten gehen. Zu nennen ist hier vor allem Bernhard Salzmann, der sich bis Kriegsende weigerte der NSDAP beizutreten, obwohl er in leitender Position in der LVA und im Krieg in der Provinzialverwaltung tätig war. Als neuer Landeshauptmann und Leiter der LVA nach Kriegsende setzte sich Salzmann dafür ein, die Ausbreitung der Tuberkulose zu bekämpfen. Hinzu kam sein besonderes Engagement, die demokratische Selbstverwaltung noch vor der gesetzlichen Regelung 1951 wieder einzuführen. Gemessen an den Konflikten aus der Weimarer Zeit, erwies sich in Westfalen wie in der gesamten Bundesrepublik die Selbstverwaltung als Erfolgsmodell, das zu einem Stützpfiler der neuen Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern wurde.

Nachdem die Wiederherstellung des Systems der sozialen Sicherung in den Anfangsjahren der Ära Adenauer weitgehend abgeschlossen war, richtete sich die Aufmerksamkeit auf die Höhe der Leistungen. Verbesserungen wurden vor allem für jene gefordert, die vom einsetzenden Wirtschaftsaufschwung nicht profitieren konnten. Dies betraf in erster Linie die Rentner, die weit mehr als alle anderen Bevölkerungsgruppen Anfang der fünfziger Jahre mit Armut zu kämpfen hatten. So heißt es in der Ausstellung auf dem Plakat des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, des heutigen Sozialverbandes, als Aufruf für eine Kundgebung von 1954: „Sozialrentner, seid Ihr zufrieden? Reicht Eure Rente aus?“

Hier setzte vor gut fünfzig Jahren die Rentenreform von 1957 ein, die zu Recht als die wichtigste sozialpolitische Zäsur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik gilt. Dazu präsentiert die Ausstellung auch die Titelseite einer Broschüre der Bundesregierung mit den drei Leitbegriffen „Arbeit – Rente – Sicherheit“. Mit dem Anstieg der Rente um fast 60 % – hier mit steigenden DM- Stapeln veranschaulicht – veränderte sich der Charakter der Rente grundlegend. So diente die einstige „Zuschussrente“ nun zur Sicherung des Lebensstandards, indem sie als „dynamische“ Rente an die Lohnentwicklung gekoppelt wurde. Auf diese Weise verlor die Rentenversicherung den Ruf, nur ein Notbehelf für arme Leute zu sein. Lebensstandardsicherung bedeutete zugleich, dass die soziale Position im Erwerbsleben stärker als zuvor auf die Sozialeinkommen übertragen wurde. Doch angesichts der historischen Ausnahmesituation eines fast kontinuierlichen Wirtschaftswachstums von der Währungsreform bis Mitte der 70er Jahre standen die Zeichen auf Aufstieg. Anders als in der Weimarer Republik konnte der Wohlstand über Wachstum verteilt werden, ohne gravierende Verteilungskonflikte.

In der LVA Westfalen, der bundesweit zweitgrößten Landesversicherungsanstalt, führte die Rentenreform zu einer Verdoppelung der Ausgaben auf über eine Milliarde DM. Zudem mussten etwa 900 Bedienstete innerhalb von fünf Jahren neu eingestellt werden, um die Aufgaben zu bewältigen. Das wäre heute vermutlich weitaus schwieriger durchzusetzen gewesen. Eine besondere Tradition der Deutschen Rentenversicherung Westfalen ist die Auskunft und Beratung für ihre Versicherten. So wurde früh ein dichtes Netz von festen und mobilen Beratungsstellen eingerichtet. Ab den 80er Jahren ermöglichte die moderne Datenverarbeitung die Durchführung von zahlreichen Sprechtagen mit direkter Einsicht in das Versicherungskonto. Und im Sinne der Kundennähe haben sie erst vor kurzem das regionalen Auskunfts- und Beratungsnetz der Deutschen Rentenversicherung Bund übernommen und bauen es weiter aus.

Diskussionsergebnisse

Für die Gegenwart werden unter Bezug auf das Ausstellungsmaterial folgende Herausforderungen bezeichnet:

- Überwindung / Vermeidung von Altersarmut
- Reduzierung / Abfederung von Arbeitslosigkeit
- Auffangen der steigenden Kosten im Gesundheitswesen (medizinischer Fortschritt, steigende Lebenserwartungen, demographischer Wandel)
- Erkennen und Beheben neuer Unfallursachen.

Dabei zeichnen sich vor allem folgende politische Konfliktfelder ab:

- die intergenerationelle Lastenverteilung
- die vorhandene Intransparenz der Finanzströme in den Versicherungen (Stichworte: Zuschüsse aus Steuermitteln, Aufbau Ost)
- der Konflikt zwischen privatwirtschaftlichen (Kapital-)Interessen und staatlicher Verantwortung

Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen in Diktatur und Demokratie

- das Ausbalancieren von Leistungsprinzip und sozialer Gerechtigkeit (bei Beiträgen und Leistungen).

Die Ausstellung zeigt in überzeugender Weise historische Zusammenhänge auf und macht dadurch bewusst, dass vieles, was heute als selbstverständlich erscheint, erst in einem langen Prozess entstanden ist. Diese Prozesse sind keineswegs geradlinig verlaufen, sie waren immer gekennzeichnet durch massive politische Auseinandersetzungen und Kämpfe und es lassen sich aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft in dem Sinne ableiten, dass Entscheidungen über „lebensunwertes Leben“ oder Aufrechnungen zwischen dem Leben eines Menschen und den Kosten für die Allgemeinheit ausgeschlossen bleiben müssen.

Hat man den Weg der Sozialversicherungen vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft bis zur Bundesrepublik vor Augen, dann sind die heutigen Probleme erheblich besser einzuordnen.

Literatur:

MIQUEL, MARC VON (Hrsg.) (2007): Sozialversicherung in Diktatur und Demokratie. Begleitband zur Wanderausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Erinnerung und Verantwortung“ der Sozialversicherungsträger NRW. Essen (Villa ten Hompel, Schriften 8).

MIQUEL, MARC VON (2007): Sozialversicherung in Diktatur und Demokratie – Lernen und Forschen. Begleitbroschüre zur Wanderausstellung. Münster (Villa ten Hompel, Didaktische Bausteine 5).

Sabine Klocke-Daffa

Denkanstöße aus ethnologischer Sicht zur Ausgestaltung der Sozialstaatsidee unter den zukünftigen Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft

Vortrag im Rahmen des sozialwissenschaftlichen Diskurses am 1. Juli 2008¹

1. Ausgangspositionen

In der Ethnologie sind wir – weil wir es mit ganz unterschiedlichen Kulturen zu tun haben – mit vielen möglichen Definitionen und Auslegungen konfrontiert, ganz gleich, ob es sich um Wertesysteme, Glaubensvorstellungen, Wirtschaftsformen, politische Institutionen oder auch um soziale Sicherungsmechanismen handelt. Es gibt keinen fixen Maßstab, von dem ausgehend man sagen könnte, dass eine Gesellschaft weiter entwickelt ist oder weniger weit, besser oder schlechter als andere ist. Das würde den Respekt verletzen, der jeder Gesellschaft entgegen gebracht werden sollte. Bei der Diskussion um soziale Sicherungsmechanismen im internationalen Vergleich sollten folgende Prämissen akzeptiert sein:

1. Kulturrelativistische Perspektive: Jede Gesellschaft ist nur an ihren eigenen Maßstäben zu messen (aber: man kann von anderen lernen)
2. Jede Gesellschaft ist eine Kulturgesellschaft. Es gibt keine „Naturgesellschaften“
3. Jede Kultur ist einem kontinuierlichen Veränderungs- und Entwicklungsprozess unterworfen. Es gibt keine statischen Kulturen. Sie entwickeln sich kontinuierlich weiter.
4. Entwicklung heißt, Veränderungen zu akzeptieren. Entwicklungsprozesse sind in dem Maße erfolgreich, wie es gelingt, Veränderungen aufzugreifen und zu gestalten.
5. Veränderung heißt, Altes zu bewahren und Neues zu wagen.

Eine Gesellschaft, die alles Alte über Bord wirft (oder werfen muss), ist vielen Risiken ausgesetzt, denn nichts gefährdet eine Gesellschaft mehr, als die gewohnte Ordnung zu verlieren, solange es keine neue gibt, die mehrheitsfähig ist, d.h. von der Mehrheit angenommen wird. Unter dieser Voraussetzung ist ein Buch wie das von Adrienne Goehler: *Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft* (das die Grundlage dieses Seminars bildete) aus ethnologischer Sicht eine gewisse Herausforderung. Sozialstaat und Kulturgesellschaft sind ja keine Gegensätze. Denn jede Gesellschaft ist per se eine Kulturgesellschaft, ob sie nun in einem Sozialstaat mit formellen Institutionen der sozialen Sicherung lebt oder ob sie nur über informelle Sicherungsmechanismen verfügt. Soziale Sicherheit ist ein

¹ Kontakt: Dr. Sabine Klocke-Daffa, Institut für Ethnologie, Universität Münster,
E-Mail: sklocke@uni-muenster.de

Teil jeder Gesellschaft. Es gibt weltweit viele Länder, die keine oder nur wenige formelle Einrichtungen in Form unserer Versicherungen kennen, aber das heißt nicht, dass es dort keine soziale Sicherheit gibt.

Auch die Forderung von Adrienne Goehler, mit Traditionen radikal zu brechen, weil nur so Neues entstehen kann, würde ich aus ethnologischer Sicht skeptisch beurteilen. Für das *Individuum* mag eine solche Forderung gerechtfertigt und manchmal auch erforderlich sein. Individuen sind oft gut beraten, wenn sie etwas Neues wagen, um Chancen zu nutzen – in Krisenzeiten müssen Menschen oftmals notgedrungen neue Wege gehen, weil sie keine andere Wahl haben. Für *Gesellschaften* gilt aber nicht dasselbe wie für jeden Einzelnen. Gesellschaften sind mehr als eine Ansammlung von Individuen. Sie sind – wie Emil Durkheim einmal gesagt hat – überindividuelle Einheiten, die über die Dauer des Lebens des Individuums hinausreichen. Sie waren vor ihm schon da und werden nach ihm existieren. Sie verfügen über gemeinsame Werte, Normen und Traditionen, die der Einzelne nicht in jedem Falle teilen mag, die aber trotzdem erforderlich sind, um die Kontinuität des Ganzen zu gewährleisten.

Traditionen sind wichtige Voraussetzungen dafür, die Gegenwart gestalten zu können und Wege in die Zukunft zu finden. Sie bilden die Fundamente, auf denen überhaupt erst Neues entsteht und das Bestehende so transformiert werden kann, dass es in der Zukunft und gegenüber neuen Herausforderungen Bestand haben kann. Das soll nicht heißen „weiter so wie immer“, aber auch nicht „weg mit den alten Strukturen“.

2. Was ist soziale Sicherheit?

Was bedeutet das nun für unser soziales Sicherungssystem? Dass etwas geändert werden muss, dürfte klar sein, wenn man sich die Bevölkerungsentwicklung und den finanziellen Zustand unserer Sozialsysteme anschaut. Was aber ist die Alternative?

Es erscheint mir sinnvoll, als erstes zu fragen, was denn für uns soziale Sicherheit bedeutet? Festzuhalten ist zunächst, dass Sicherheit zum einen ein *Zustand* ist (bedeutet Stabilität, Festigkeit, Verlässlichkeit). Sicherheit ist aber vor allem ein *Gefühl* (Gefahrenvermeidung, geringe Eintrittswahrscheinlichkeit, Schutz vor unabweisbaren Gefahren). Eine absolute Sicherheit kann es nicht geben.

a) Sicherheit ist relativ

- bezieht sich immer auf bestimmte Zeitumstände, soziale, politische oder ökonomischen Bedingungen, Lebensumfeld
- hängt ab von Wissensstand, individuellen und kollektiven Erfahrungen
- unterscheidet sich nach Alter, Geschlecht, Besitzstand
- kann nur „hinreichende Unwahrscheinlichkeit“ bedeuten
- wird bei steigendem Nutzen vernachlässigt
- kann individuelle Freiheit einschränken

These: „Sicherheit“ wird in jeder Gesellschaft und jeder Generation anders definiert.

b) Sicherheit bezieht sich auf verschiedene Einheiten

- Individuen (physische, materielle, emotionale Sicherheit)
- Kollektive (innere Sicherheit, äußere Sicherheit, Rechtssicherheit, Ordnung, wirtschaftliche Sicherheit)
- Systeme (Regelmäßigkeit, Kontrolle)
- Objekte/Technik (Zuverlässigkeit, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, Fehlerarmut)

These: Die technische Sicherheit hat in unserer Gesellschaft zugenommen – zum Nachteil der zwischenmenschlichen Sicherheit.

c) Was bedeutet soziale Sicherheit in Deutschland?

- Verhinderung von wirtschaftlicher Not
- Vermeidung von Abhängigkeit und Armut
- Abwehr wirtschaftlicher, sozialer, physischer und psychischer Risiken
- Vermeidung von Ungleichheit des Zugangs zu öffentlichen Ressourcen
- Ausgleichende Gerechtigkeit (nicht Gleichheit aller Bürger, sondern gleiche Chancen für alle Bürger)

These: Wir verlangen immer mehr Sicherheit in immer besserer Qualität, wollen aber immer weniger dafür zahlen.

d) Säulen der sozialen Sicherheit in Deutschland

- Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip
- Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeprinzip
- Soziales Netz

Dafür zuständig sind

- Staatliche Einrichtungen
- Versicherungen
- Karitative Institutionen (gemeinnützige, kirchliche)
- Familie, Vereine, Nachbarschaften, Freundeskreise

These: In unserer Gesellschaft ist die Kompetenz der sozialen Sicherung dem sozialen Netz immer mehr entzogen worden.

e) Versicherungen

- Wenden keine Gefahren ab, ersetzen nicht das soziale Netz
- Entschädigung für Verlust (überwiegend materielle Verluste)
- Mildern Konsequenzen
- Vergrößern aber das Gefühl von Sicherheit

These: Wir vertrauen formellen Versicherungen mehr als sozialen Beziehungen.

3. Ein ethnologisches Beispiel aus Namibia

Das ist nicht in allen Gesellschaften so. Ich möchte hier von einem Beispiel aus dem südlichen Afrika berichten. Namibia verfügt, im Unterschied zu den meisten afrikanischen Staaten, über ein relativ gut ausgebautes soziales Sicherungssystem. Dazu gehört ein Gesundheitssystem, das für wenig finanzielle Mittel allen offen steht. Dazu gehören Unfall-, Behinderten- und Waisenunterstützung und eine staatliche Mindestrente für jeden über 60 Jahren. Das ist sehr wenig und garantiert nicht einmal ein Leben am Existenzminimum, aber: Es gibt jedem, der sich nicht selbst helfen kann, die Möglichkeit, Partner im *Austauschsystem* zu bleiben. Zumindest für den größten Teil der schwarzen Bevölkerung ist das ein unschätzbare Vorteil, der mit ihren traditionellen Sicherungssystemen zu tun hat. Bei dem Beispiel, das ich hier vorstellen möchte, geht es um die Nama, eine ethnische Gruppe im Süden Namibias.

Ihre soziale Sicherheit basiert auf einem Austauschsystem, das jeden dazu verpflichtet, zu geben, wenn er kann, und jedem anderen das Recht gibt zu nehmen, wenn er es nötig hat.

a) „Wenn du hast, musst du geben“

Die für alle Situationen im Leben gültige Regel heißt: „Wenn du hast, musst du geben.“ Gegeben und erbeten werden kann alles, was der Einzelne zum Leben braucht: Lebensmittel oder Hilfe im Haushalt, Geld für die Miete oder ein geliehenes Auto, Schulgebühren für die Kinder oder Trost in schweren Lebenskrisen. Wer immer etwas braucht, das er selbst nicht aufzubringen im Stande ist, kann bei anderen „fragen gehen“. Das wird nicht immer und nicht von jedem gerne gesehen und leistet bisweilen parasitärem Ausnutzen Vorschub, ist aber gesellschaftlich grundsätzlich akzeptabel. Denn dafür ist Gesellschaft da: dass Menschen miteinander in Kooperation und Kommunikation stehen, um sich zu unterstützen und sich wertzuschätzen. Gegeben und genommen wird deshalb in vielen Fällen auch dann, wenn gar kein existenzieller Notfall vorliegt. Wer etwas hat, das er entbehren kann, schickt es manchmal auch ungefragt für jemanden, der es gebrauchen kann. Dadurch wird ein umfassendes System von reziproken Austauschbeziehungen in Gang gehalten, denn „Leben“ ist für die Nama nur als Leben in sozialen Beziehungen möglich. Es ist für sie das Einzige, was wirklich zählt, das Einzige, was dem Individuum Halt in allen Lebenslagen gibt und „Gesellschaft“ zusammenhält.

Dahinter steht ein Wertesystem, welches das *Geben* positiv sanktioniert, ohne das *Haben* auszuschließen. Wer viel für andere tut, ist in dieser Gesellschaft höher angesehen als derjenige, der viel besitzt ohne zu teilen – und angesehen möchte ja jeder gerne sein. Das „rechnet“ sich für den Einzelnen nicht im ökonomischen Sinne, sondern nur dadurch, dass soziales Kapital angesammelt wird. Gesamtgesellschaftlich ist der ökonomische Faktor jedoch nicht außer Acht zu lassen, denn auf diese Weise werden u.a. soziale Sicherungsleistungen erbracht, für die dem namibischen Staat die finanziellen Mittel fehlen. Dazu gehören vor allem Versorgungsleistungen gegenüber Unversorgten und Bedürftigen wie Aids-Waisen, jugendlichen Müttern oder gebrechlichen älteren Personen. Bei Arbeitslosigkeit werden teilweise ganze Familien über Jahre mit durchgezogen, Behinderte und Kranke werden ebenso aufgenommen wie herumvagabundierende Alkoholiker mitversorgt werden.

Wer fragt und wirklich bedürftig ist, dem muss gegeben werden. Aber: Gefragt wird auch, wenn man es selbst nicht unbedingt nötig hat; geben muss auch derjenige, der sonst immer nimmt. Wer nicht hat, der kann immer noch „mit den Händen“ geben und Dienstleistungen anbieten.

b) Kontrolle und Sanktion

Dass das alles funktioniert, dafür sorgt eine Kontrollinstanz, an der man nicht vorbeikommt: Die Nama sind seit gut 150 Jahren protestantische Christen, die den christlichen Auftrag der Nächstenliebe wörtlich nehmen: Geben gilt als Dankeschuld an den HERRN. Dieses System funktioniert ohne staatliche Eingriffe und organisatorische Hilfen – aber eben nicht ohne Kontrolle. Die Religion liefert die abstrakte Instanz im Hintergrund, die das System in Gang hält. Sicherheitshalber gibt es auch sehr profane Sanktionsmittel, um Geber zum Geben zu animieren und Nehmer daran zu hindern, allzu dreiste Ausbeutung zu betreiben.

Wer langfristig seiner Verpflichtung zum Geben nicht nachkommt, dem wird mit teils sehr drastischen Mittel deutlich gemacht, welches die Prioritäten in dieser Gesellschaft sind. Das reicht von sozial schädlichem Gerede und eindringlichen Aufforderungen bis hin zur öffentlichen Anprangerung im staatlichen Radiosender. Solchermaßen bloßgestellt zu werden als jemand, der sich nicht kümmert und seinen sozialen Verpflichtungen nicht nachkommt, ist gesellschaftlich überaus schädlich und hat fast immer den gewünschten Erfolg. Wer hingegen über mehr Besitz oder Einkommen verfügt als seine Mitmenschen und somit Gefahr läuft unentwegt zur Kasse gebeten zu werden, hat das Recht auf Gegenwehr. Eine Reihe von Vermeidungsstrategien verhindert einseitiges Ausbeuten und wird so lange toleriert, wie der gute Wille zum Geben ersichtlich bleibt. Zugleich haben auch die Geber ein Recht, selbst einmal „fragen“ zu können – und nicht nur dann, wenn sie in ökonomischen Schwierigkeiten stecken. Denn die Nama sind davon überzeugt, dass der soziale Austausch langfristig gesehen in der Balance zwischen Geben und Nehmen sein sollte, um das System insgesamt nicht aus den Fugen geraten zu lassen.

4. Was lernen wir daraus für unsere eigene Gesellschaft?

Nicht: Wir machen es wie die Nama. Wir haben unsere eigene Kultur mit ihrer eigenen Entwicklung, und wir können nur an uns selbst arbeiten, *aber* wir können von anderen lernen und sehen, was wir ggf. davon übernehmen können.

- Austauschsysteme funktionieren nur, wenn in der Zeit ein (subjektiv empfundener) Ausgleich von Geben und Nehmen gewährleistet ist.
- Nicht nur sollten Geber die Pflicht haben zu geben, sondern auch ein Recht zu nehmen, wie umgekehrt bedürftige Nehmer nicht nur ein Recht zu nehmen haben, sondern auch eine Pflicht zu geben.
- Gaben und Gegengaben müssen nicht immer ausgeglichen sein, aber sie sollten grundsätzlich einen (kulturell definierten) Wert haben.
- Soziale Beziehungen sind die verlässlichste Form der sozialen Sicherheit – auch in unserer ökonomisierten Welt, in der alles in wirtschaftlichen Kriterien erfasst wird und sich auch der Einzelne wesentlich durch Leistung definiert.
- Soziale Beziehungen sind das Einzige, was dauerhaft Bestand hat, aber sie haben einen Preis.

5. Denkanstöße und Diskussionsergebnisse

1. Aktuellen Zustand und Voraussetzungen für Neues klären: Was wollen wir haben? Was können wir leisten?
 - Wir wollen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit behalten, können sie aber wie bisher nicht mehr bezahlen.
 - Wir könnten viele Sicherungsmechanismen auf soziale Netzwerke übertragen (überall auf der Welt sehen wir, dass das funktioniert), scheuen uns aber vor persönlichen Verpflichtungen.
2. Geber und Nehmer in die Pflicht nehmen; ihnen aber auch Rechte zugestehen.
 - Nicht Geber immer mehr fordern und Nehmer immer mehr mit Gaben ruhigstellen.
3. Stärkung und Neubewertung sozialer Netzwerke (z.B. bürgerschaftliches Engagement), weil die jetzigen Strukturen finanziell nicht mehr tragbar sind.

4. Soziale Leistungen haben ihren Preis.
 - Sie müssen nicht grundsätzlich wertmäßig ausgeglichen werden, aber sie sollten in einer Form honoriert werden, die in unserer Gesellschaft für akzeptabel gehalten wird.
 - Ehrenamt monetär oder in Leistungen honorieren;
 - Infrastruktur stellen, Personalkosten durch Beihilfen stützen;
 - Organisation übernehmen (staatliche, kirchliche u.a. Stellen);
 - Qualitätssicherung und Kontrolle übernehmen (Zertifizieren).

5. Lernen von anderen.
 - Um soziale Sicherheit in einer Gesellschaft dauerhaft zu gewährleisten (für uns heißt das: Grundsicherung, staatliche Transferleistungen, Sozialversicherungen), sind alle gefordert, ihren Beitrag dafür zu leisten.
 - Ein ganz persönlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Sicherheit leisten kostet „Opfer“, die von allen zu erbringen sind, die sich als Mitglieder eines Gemeinwesens bezeichnen.

Zu 1. Eine Beantwortung dieser Fragen (Was wollen wir haben? Was können wir leisten?) erweist sich bei genauerem Hinsehen als unerwartet schwierig: Was wir alles wollen, ist für sich genommen schon nicht kohärent, und, konfrontiert mit der zweiten Frage, was wir leisten können oder zu leisten bereit sind, werden die Unvereinbarkeiten offensichtlich.

Zunächst wäre zu unterscheiden, was „Sicherheit“ auf der gesellschaftlichen Ebene bedeutet (innere und äußere Sicherheit, Sicherheit der Sozialsysteme) und was „Sicherheit“ für den Einzelnen heißt. „Sicherheit“, ein Wert mit hoher Priorität bei uns, bezieht sich einerseits auf bestimmte äußere Umstände („in gesicherten Verhältnissen leben“), andererseits auf ein Gefühl des Geschütztseins, auf Vertrauen. Unser Vertrauen ist (im Hinblick auf Verlässlichkeit) am größten in technische Systeme, es ist sehr viel geringer in soziale Bindungen und am geringsten in transzendente Beziehungen – was bei ethnologischen Vergleichen nicht unwichtig ist.

Zu beachten ist auch, dass unsere Gesellschaft heterogener geworden ist; die einzelnen Gruppen und die verschiedenen Generationen haben unterschiedliche Vorstellungen von dem, was sie unter Sicherheit verstehen, und was sie für ihre eigene Sicherheit tun können und wollen.

Bei dem, was wir wollen, stehen scheinbar im Vordergrund weiter wachsender materieller Wohlstand zu kleinem Preis („Geiz ist geil!“) verbunden mit einer zunehmenden Absicherung gegen alle Lebensrisiken. Da wir aber (im Grunde) wissen, dass es nur eine relative, keine absolute Sicherheit gibt, dass keine Versicherung Schaden verhindern, sondern nur die Folgen mildern kann, und dass sich Versicherungsleistungen nur auf materielle (bzw. finanziell bewertbare) Schädigungen beziehen, nicht aber auf die menschliche Seite in Krisensituationen, bleibt ein so nicht zu befriedigendes Bedürfnis nach einem sozialen Netz, nach mitmenschlicher Nähe. Alle Versicherungen haben ein nicht ausgleichendes emotionales und spirituelles Defizit.

Aus der unmittelbaren Nachkriegszeit ebenso wie bei Katastrophenfällen (siehe Elbehochwasser) ist bekannt, dass spontan Nachbarschaftshilfe praktiziert wird. Jetzt aber ginge es

darum, stabile soziale Netze für den normalen Alltag zu haben, auch und gerade unter Verhältnissen, in denen sich die Großfamilien mehr und mehr auflösen.

Zu 2. Entscheidend für die Stabilität sozialer Systeme und damit für die Gewährleistung von Sicherheit ist die Balance von Geben und Nehmen – zwei Momente, die auch für unsere Situation bedenkenswert sind, wie ethnologische Vergleiche bewusst macht:

Es geht bei sozialen Systemen nicht unbedingt um einen kurzfristigen Ausgleich von Geben und Nehmen; wichtig ist zunächst nur, nicht aus diesem System heraus zu fallen. So heißt in dem Volk der Nama „leben“ vor allem, „leben in Austauschbeziehungen“. Das Ergebnis eines solchen Lebens zeigt sich an seinem Ende, wenn bei der Totenfeier das ganze soziale Netz eines Menschen sichtbar wird.

Geben und Nehmen bezieht sich auf alles Lebensnotwendige; es geht hier nicht in erster Linie um nur finanzielle Transferleistungen. Bei den Nama heißt es: Man „geht fragen“ und das heißt dort: Man fordert ein, was gebraucht wird. Das funktioniert vor dem moralischen Imperativ „Wenn du hast, musst du geben!“ Und es funktioniert, weil es ein inoffizielles System sozialer Kontrollen und Sanktionen gibt.

Beide Momente, das der lebenslangen Dauer und das eines alle Lebensbereiche umfassenden Austauschsystems, sind in einer sich dynamisch verändernden Massengesellschaft, in der die Anonymisierung immer weiter zunimmt, nur schwer einlösbar. Man wird eine Lösung für die Aufgabe, Nehmen und Geben immer wieder neu in ein Gleichgewicht zu bringen, nur auf einer höheren Abstraktionsstufe finden, nämlich in einem institutionellen Rahmen, der aber zugleich von dem Einzelnen verstanden und akzeptiert werden muss.

Zu 3. und 4. Bei diesen beiden Punkten geht es darum, das Verhältnis von kommunalen Behörden zu sozialen Dienstleistern und bürgerschaftlichem Engagement / Ehrenämtern neu zu bestimmen und dabei die jeweiligen Funktionen zu verändern.

Funktion und öffentliches Ansehen des bürgerschaftlichen Engagements müssten sich wesentlich wandeln, damit es im System der sozialen Sicherheiten eine unverzichtbare Rolle spielen kann. Ehrenamtliche Kräfte dürfen nicht dazu eingesetzt werden, hauptamtliche Stellen einzusparen. Vielmehr muss es darum gehen, ganz nahe an den Menschen, die Hilfe benötigen, soziale Dienste so zu erbringen, dass kostspieligere Einrichtungen nicht in Anspruch genommen werden, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist (häusliche Pflege statt Heimunterbringung, Nachbarschaftshilfe statt kommerzielle Dienstleistungen, Selbsthilfegruppen statt kommerzielle Behandlungen). Solche ehrenamtlichen Tätigkeiten müssen in anderer Weise anerkannt und entgolten werden als bisher; die tatsächliche Ökonomisierung aller Lebensbereiche bei uns darf nicht ausgeblendet werden: statt Urkunden und Ehrennadeln (ausgenommen in den Niederlanden einen Orden der Königin) z. B. Steuervorteile, Gutschriften auf Zeitbudgets in Tauschringen, kommunale Gratifikationen. Vor allem aber müssen soziale Dienstleister (wie z. B. kirchliche Organisationen) Hilfestellung geben bei Anleitung / Einweisung, Organisation / Aufbau von Netzwerken, Qualitätskontrolle, ggf. Supervision. Die kommunalen Behörden müssen die entsprechenden Infrastrukturen schaffen bzw. unterstützen (z. B. durch Übernahme der Bürokosten, Entgeltung von Personal für Aufgaben der Koordination, Abrechnung, Organisation) und für Rechtssicherheit sorgen.

Unter derart veränderten Rahmenbedingungen ließen sich in unserer Gesellschaft bisher nicht genutzte Ressourcen mobilisieren. Gerade ein Vergleich mit anderen Gesellschaften zeigt, dass ein Gefühl des Gebrauchtwerdens, des gesellschaftlichen Involviertseins, sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesamtgesellschaft von Nutzen ist.

Zu 5. Der ethnografische Vergleich kann uns folgende Hinweise geben: Kultur ist immer ein dynamischer Prozess. Für eine positive Entwicklung, d. h. eine selbst bestimmte und bewusst gestaltete Entwicklung, ist das Moment der Kontinuität unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Thesen von Goehler tatsächlich einseitig und überspitzt.

Geben und Nehmen müssen bei sozialen Systemen in eine Balance, ein dynamisches Gleichgewicht gebracht werden; kein Mitglied einer Gesellschaft darf dabei in eine Position kommen, aus der heraus es nur geben muss oder nur nehmen kann. Unter diesem Aspekt sollten sowohl die staatlichen Leistungen als auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten kritisch überprüft werden. Im Kern geht es darum, dem „Leistungsempfänger“ mit dem Akt der Unterstützung nicht zugleich auch seine Würde zu nehmen.

Im sozialen Austauschsystem der Nama geht es nicht darum, das Geben und Nehmen nur von Waren und Geld zu organisieren, sondern vor allem auch von Arbeit / Zeit / Personen (z. B. Kinder). Nicht nur hiesige Tauschringe, vor allem auch Online-Communities (siehe den Beitrag von Walter Philipp) können sich hier Anregungen holen.

Auch in einem ganz anders verankerten und ausgestalteten System sozialer Sicherheiten wie dem der Nama ist es nicht vermeidbar, dass einzelne Mitglieder der Gesellschaft aus diesem System der Gesellschaft herausfallen (u. a. Alkoholabhängige). Wichtiger jedoch ist die Frage, wie diese Systeme mit neuen Herausforderungen fertig werden (hier vor allem Aids). Die beiden Grundprinzipien heißen Kontinuität (Erhalt der informellen sozialen Systeme und Pflege ihrer Werte) und Wandel (z. B. versuchsweise Einführung eines „bedingungslosen Grundeinkommens“, das es *jedem* Bürger ermöglicht, an dem Austauschsystem teilzunehmen). Die Erfahrungen mit einer punktuellen Einführung eines Grundeinkommens BIG (Basic Income Grant, in der Erprobung seit 2008) könnten auch für unsere Diskussionen um ein „Bürgereinkommen“ von unmittelbarem Nutzen sein.

Weiterführende Literatur

KLOCKE-DAFFA, SABINE: "Wenn du hast, mußt du geben". Soziale Sicherheit im Ritus und im Alltag bei den Nama von Berseba/ Namibia. Münster 2001.

WITTERSTÄDTER, KURT: Soziale Sicherung – eine Darstellung mit Schwerpunkt Grundversicherung. Berlin 2006.

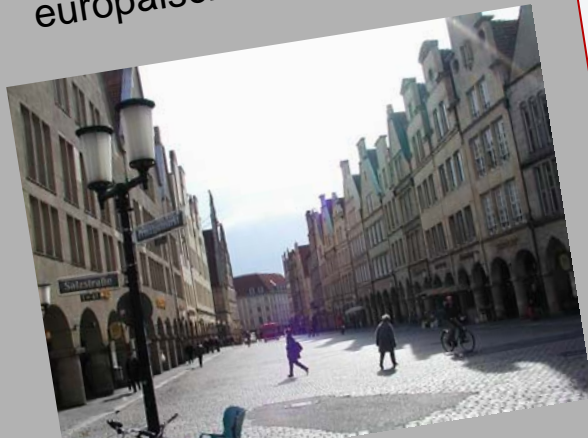


Westfälische



Fokus der NWG

Verortung des Stellenwerts von
zivildgesellschaftlichen bzw.
Dritte-Sektor-Organisationen
für die
Demokratie & Effizienz
europäischen Regierens



Christoph Golbeck, M.A.

*Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft
und Multilevel Governance*

Forschungsstand Dritter Sektor

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft
für die
Erneuerung des Sozialstaates

Sozialwissenschaftlicher Diskurs

» *Studium im Alter* «, *Westfälische
Wilhelms-Universität Münster*

10. Juni 2008



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Überblick

1. Erste Einordnung: Gesellschaftliche Sphären
2. Begriffsbestimmung
3. Definition *Dritte-Sektor-Forschung* & **Sozialstaat**
4. ZG als intermediäres Bindeglied
5. Aktuelle Forschung
6. Multifunktionalität & **Vermarktlichung**
7. Fazit: Sinnsuche und Professionalisierung



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

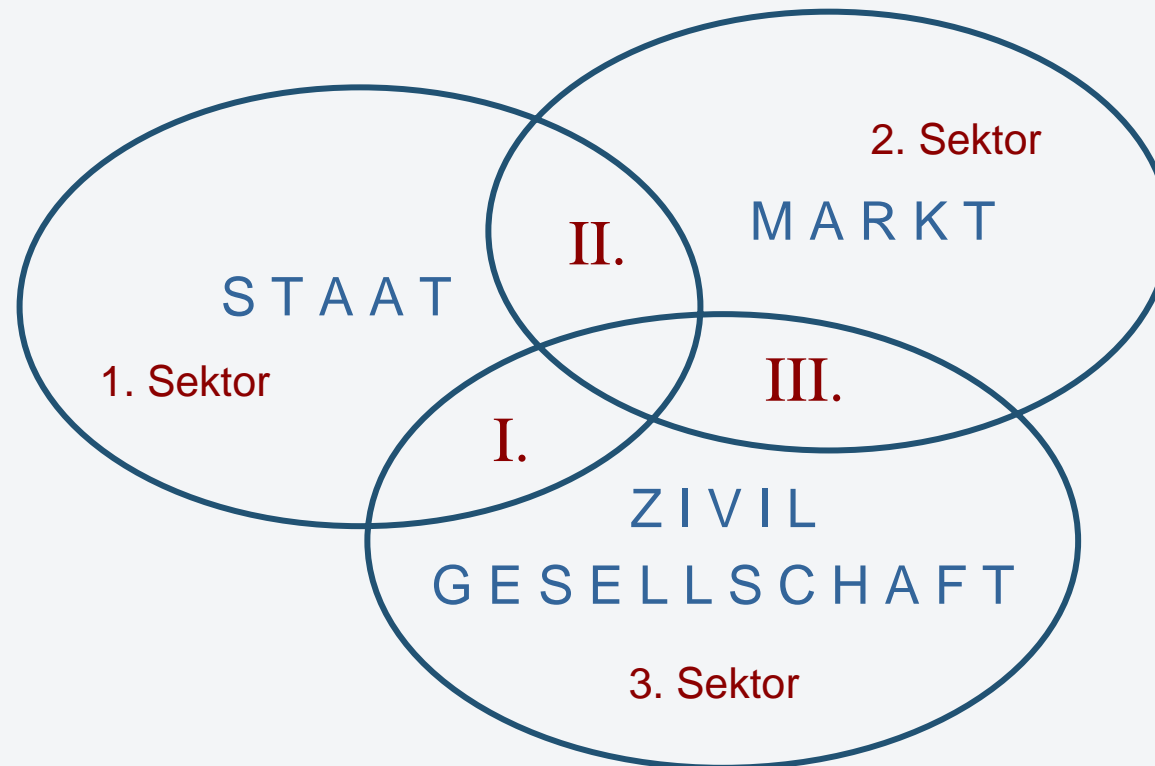
Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Zivilgesellschaft als gesellschaftliche Sphäre



Sektorale Überschneidungen im Bildungsbereich

I: Network.21 (BMFSFJ & T.-Morus-Akademie) → [N.21](#)

II: McKinsey *bildet* (Beratung “berät” Politik) → [McK](#)

III: Civil Academy (B.B.E. & BP) → [CA](#)



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

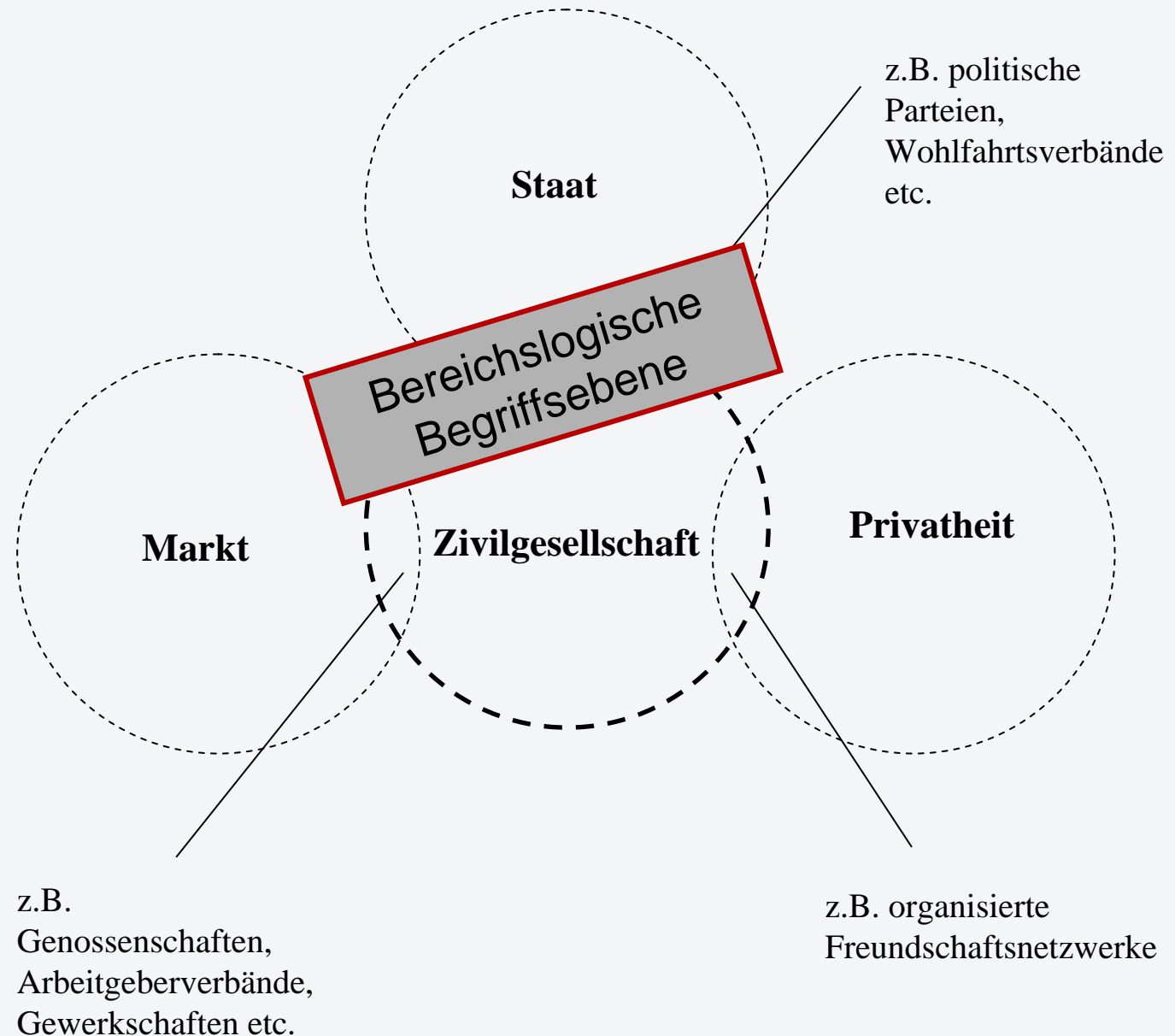
Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Zivilgesellschaft als gesellschaftliche Sphäre





Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Begriffsbestimmung: Drei Ebenen der ZG

Utopisch (demokratiethoretische)

Begriffsebene

Handlungslogische

Begriffsebene





Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Begriffsbestimmung: (Historischer) Wirrwarr

- Unabhängiger Sektor
- Non-Profit-Sektor
- Gemeinnütziger Sektor
- Wohltätiger Sektor
- Freiwilliger Sektor
- Stiftungssektor
- Zivilgesellschaftlicher Sektor
- DRITTER SEKTOR

1965 Richard Cornuelle:
"When you push back the curtain
that has strangely hidden the
independent sector from the
public eye, one surprise follows
another. You notice dozens of
agencies that serve you daily.
The sector's dimensions are
fantastic, its raw strength
awesome."

1973 – Amitai ETZIONI:

„Organizations for the Future“ zwischen Staat und Markt: Mehr
Vertrauen in den dritten Sektor sinnvoll, um öffentliche
Leistungserstellung zu reduzieren und die Privatwirtschaft in die
Wohlfahrtsproduktion einzubeziehen



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Begriffsbestimmung: Definitionen

Jürgen Habermas, Dt. Philosoph

ZG setzt sich aus Organisationen & Bewegungen zusammen, welche die Fähigkeit besitzen, soziale Probleme zu identifizieren, zu katalysieren und auf die politische Agenda zu setzen

Jean Louise Cohen, Architekturhistoriker (NYU)

Als Kontrollinstanz repräsentativer Politik ist die ZG das Herz liberaler Demokratie

Jürgen Kocka, Sozialhistoriker (FU)

ZG meint den Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Ökonomie und Privatheit, die Sphäre der Vereine, Zirkel und sozialen Beziehungen

Wirtschafts- und Sozialausschuss (EU)

ZG ist die Summe aller Organisationsformen deren Mitglieder „Ziele von allgemeinem Interesse“ verpflichtet sind und als Vermittler zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgern auftreten



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Begriffsbestimmung: Zivil.G *versus* 3ter Sektor

Jürgen Kocka – Wissenschaftszentrum Berlin

(1) Der Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Ökonomie und Privatheit, die Sphäre der Vereine, Zirkel, sozialen Beziehungen und NGOs

→ **Zivilgesellschaft als politisches Programm**

(2) Zivilgesellschaft konzeptionalisiert als **Dritter Sektor**, gewissermaßen als Kernelement oder Infrastruktur der zivilen Gesellschaft.

→ **Korporatistischer Wohlfahrts- / Sozialstaat**



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Begriffsbestimmung: Zivil.G *versus* 3ter Sektor

→ **Zivilgesellschaft als politisches Programm**

George H.W. Bush:
**a kinder and
gentler nation!**

versus

→ **ZG im korporatistischen**

Wohlfahrts- / Sozialstaat

Dritte-Sektor-Organisationen

als Produzent sozialer
Dienstleistungen von
allgemeinem Interesse

→ Vermarktlichung

→ Professionalisierung

→ Ökonomisierung



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Definition „Dritte-Sektor-Forschung“

PROGRESSIV-FORTSCHRITTLICH

→ **Zivilgesellschaftsforschung**: Bedeutung freiwilliger
Vereinigungen für Weiterentwicklung
demokratischer Gesellschaften

Utopie

Dritte-Sektor-Organisationen

als Produzent sozialer
Dienstleistungen von
allgemeinem Interesse

→ Vermarktlichung

→ Professionalisierung

→ Ökonomisierung

STATUS-QUO

→ **Dritte-Sektor-Forschung** erhebt empirisch
valide Daten zur ökonomischen Entwicklung
des Assoziationswesens

Evaluation



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Definition „Dritte-Sektor-Forschung“

Soziologische Perspektive

- Partizipations- und Integrationspotential
- *Indikator: Ehrenamt und freiwillige Tätigkeit*

Politikwissenschaftliche Perspektive

- Stellung der Organisation im Politikprozess
- *Indikator: Institutionelle Einbindung (Governance-Forschung)*

Wirtschaftswissenschaftliche Perspektive

- Funktion der Organisationen als Dienstleister
- *Indikator: wirtschaftliche Größe & Stellenwert*



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

**ZG als intermediäres
Bindeglied**

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Intermediäres Bindeglied & Freiwilligkeit

Michael Walzer

In den vernetzten Vereinigungen der ZIVILEN GESELLSCHAFT werden viele kleine Entscheidungen getroffen, die bis zu gewissem Grad die weiter weg liegenden **Beschlüsse in Staat und Wirtschaft mitgestalten.**

(„Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie“, 1992)

→ Organisationen mit freiwilliger Mitgliedschaft haben **integrierende & sozialisierende** Funktion, sie vermitteln Kompromißfähigkeit & zivilen Umgang miteinander



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Johns Hopkins Project

Zentrale Ergebnisse für Industrieländer:

- Bürokratisierung und Kommerzialisierung einschränken
- Inhaltliche & personelle Erneuerungsstrategie
- Transparenz, Effizienz und Erfolg
- **Mehr Philanthropie!**
- Internationale Integration (Europäisierung)



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

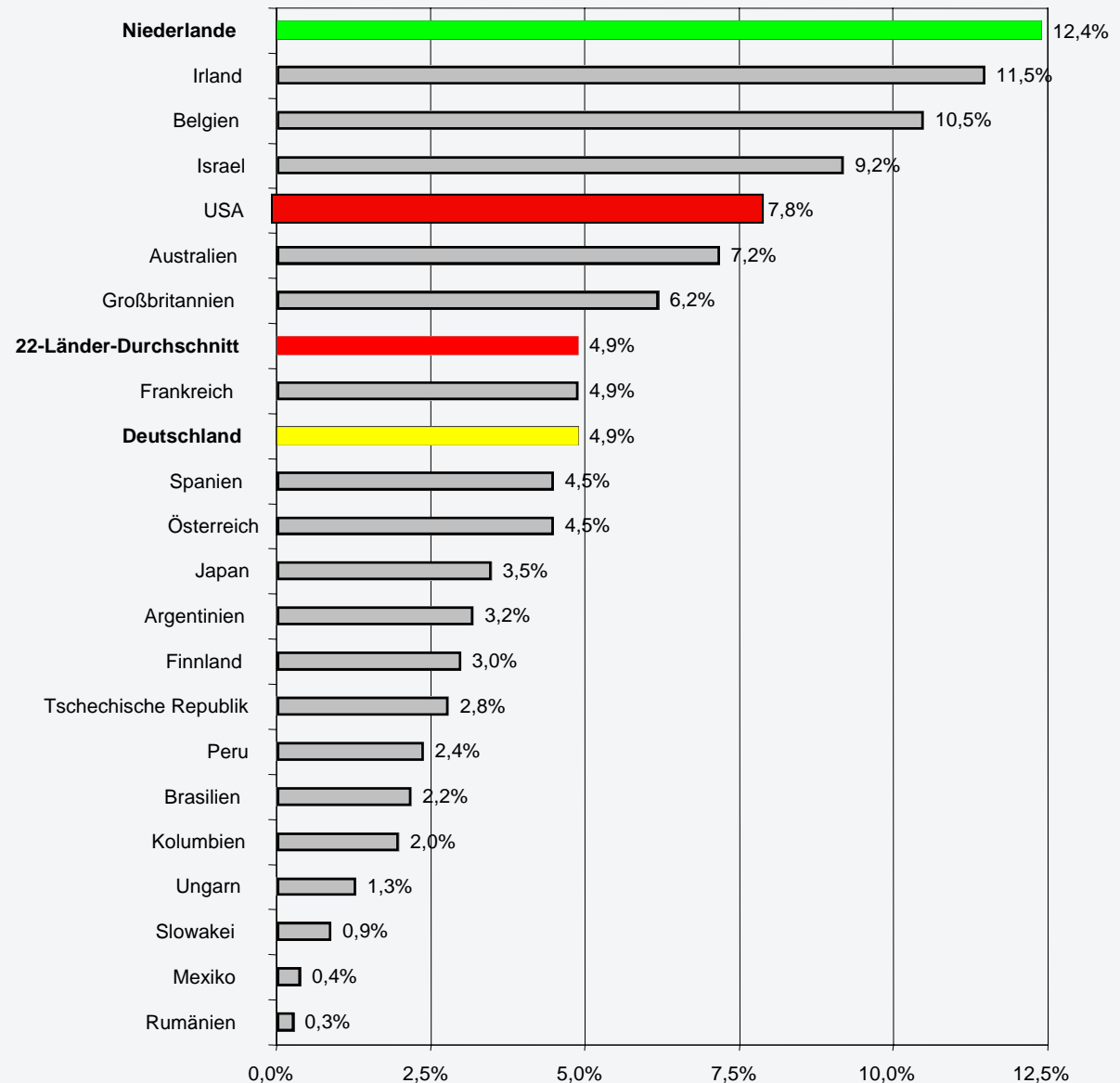
Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Beschäftigte in Non-profit Organisationen



Anteil der NPO-Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung in Prozent,
Quelle: John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Weißbuch „Europäisches Regieren“ (2001)

„European Governance“

- Die Einbindung der Zivilgesellschaft eröffnet neue Beteiligungsformen
- Minderheiten und Randgruppen erhalten Stimme
- EU-Institutionen profitieren von Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen
- Abgabe, Verwaltung und Überwachung von EU-Projekten durch ZG führt zu Legitimitätssteigerung des Integrationsprozesses
- Europäische Integration wird durch transnational handelnde NGOs und Interessenverbände vertieft

→ European Multilevel Governance

→ Fragliche Rolle der Zivilgesellschaft



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jh.“ (Nov. 2007)

→ **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:**

Ihre Erbringung unterliegt den Binnenmarkt- und Wettbewerbsregeln des EG-Vertrags, da die damit verbundenen Tätigkeiten wirtschaftlicher Natur sind.

(...) Sofern allerdings die Anwendung dieser Bestimmungen die Erfüllung der ihnen übertragenen besonderen Aufgabe rechtlich oder tatsächlich verhindert, können unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmeregeln greifen.

(...) Daher ist die Frage zulässig, ob die uneingeschränkte Anwendung dieser Regeln mit der Erfüllung der ihr übertragenen besonderen Aufgabe von allgemeinem Interesse vereinbar ist.



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

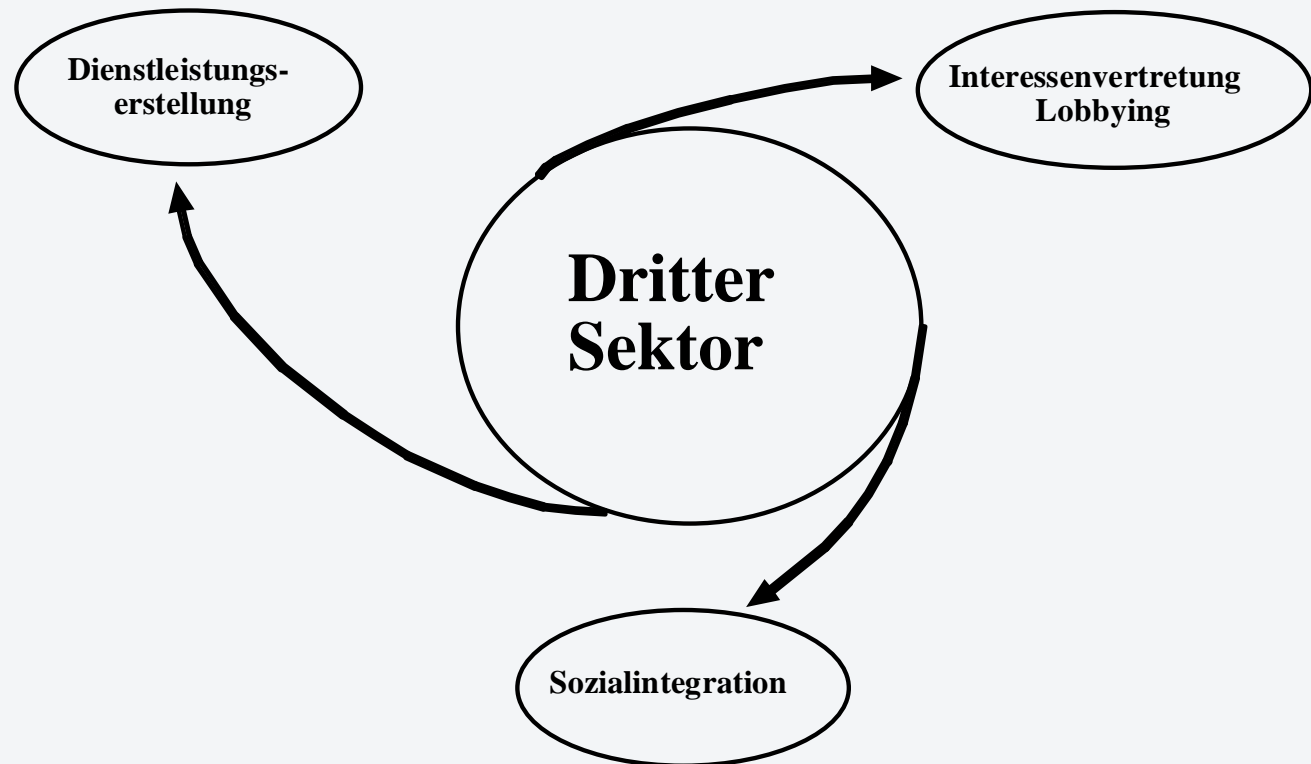
Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Multifunktionalität des Dritten Sektors





Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Multifunktionalität des Dritten Sektors

Wirtschaftswiss. Perspektive

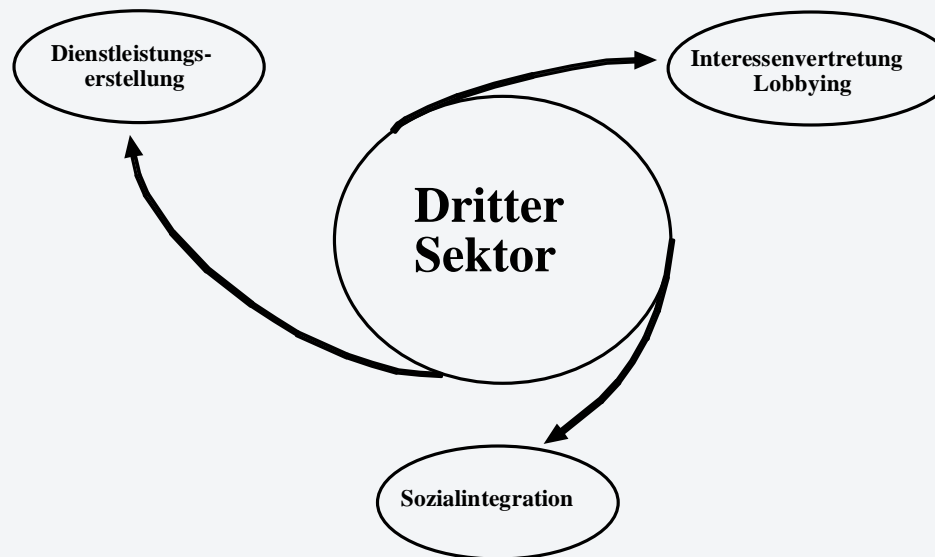
→ Rolle der Organisationen als
Dienstleister

→ *Indikator: wirtschaftliche
Größe & Stellenwert*

Politikwiss. Perspektive

→ Stellung der Organisation
im Politikprozess

→ *Indikator: Institutionelle
Einbindung*



Soziologische Perspektive

→ Partizipations- und Integrationspotential der Organisation

→ *Indikator: Ehrenamt und freiwillige Tätigkeit*



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit

Multifunktionalität: Biedermeier-Variante

→ **Im Verein - Glück allein!**

- Fokus auf Sozialintegration
- Konzentration auf Mitglieder
- Kaum Interessenvertretung
- Politische Passivität und unpolitisches Image



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit

Multifunktionalität: „GmbH-Philosophie“

→ **Dienstleistungserstellung ist Trumpf!**

- Konsequente Marktorientierung
- Management durch Betriebswirte
- Konkurrenz- und Gewinnorientierung
- Abbau von Ehrenamtlichkeit



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit

Multifunktionalität: „Moralunternehmen“

→ **Hauptsache Lobbying!**

- „Modernes“ Management
- Professionelles Fundraising
- Mitgliederbindung durch Produkte
- Geringschätzung von Ehrenamtlichkeit
- Betonung der Mission



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Multifunktionalität: Spannungen

Staat und Kommunen

- Allgemeinwohlbezogene Zielvorgaben
- Durchsetzung allg. verbindlicher Standards
- Hierarchische Entscheidungsprinzipien
- Verwirklichung entsprechender rechtlicher Vorgaben

Dienst und
Einrichtungen im
öffentlichen
Dienst

- Betriebliche wirtschaftliche
Effizienzziele

- Einzelwirtschaftliche Ertragsziele
- Marketing- und Werbestrategien
- Effizientes Personalmanagement

- Gruppen- & situations-
und lokal spezifische Ziele

- Zusatzeffekte für Gemeinwohl
- Vertrauensbeziehungen
- Gemeinschaftsbindungen

entscheidungen

Vermarktlichung

Professionalisierung

Markt

**Bürger-
Gesellschaft**

Quelle: Evers, Rauch & Sitz 2002



Fokus der NWG

Verortung des Stellenwerts von zivilgesellschaftlichen bzw. Dritte-Sektor-Organisationen für die Demokratie & Effizienz europäischen Regierens

Wahrfunktionalität

Fazit



Fazit I: Professionalisierung & Sinnsuche

1) Dritte-Sektor-Organisationen als Dienstleister im Bereich der sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Zunehmende Entwicklung zu:

- Professionalisierung
- Vermarktlichung
- Ökonomisierung/ Kommerzialisierung

Mein Forschungsinteresse

(2) Lokale, ehrenamtliche, **sinnstiftende** Dimension der Zivilgesellschaft

Sinn I

BE als Quelle nachbarschaftlicher Hilfe

Sinn II

BE als Quelle von Bestätigung, sozialer Interaktion und Lebensmut



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Gesellschaftliche
Sphären

Begriffsbestimmung

Definition

ZG als intermediäres
Bindeglied

Aktuelle Forschung

Multifunktionalität

Fazit



Fazit II: Drei Schlussfolgerungen

- I. Der dritte Sektor ist so etwas wie der **Kernbereich der Zivilgesellschaft**.
 - II. Liberalisierung des Marktes führt zur Vermarktlichung und **Professionalisierung des Dritten Sektors!**
 - III. Zivilgesellschaftliches Engagement und effektives Management in den Organisationen des Dritten Sektors müssen stärker als bisher in **Einklang** gebracht werden.
- **Notwendigkeit eines neuen bürgerschaftlichen Engagements (neue Anerkennungsmechanismen)?**
- **Weiterentwicklung des Sozialstaats?**
- **Notwendigkeit einer „Kinder and Gentler Nation“ auch in Deutschland?**



Westfälische
Wilhelms-Universität
Münster

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Christoph Golbeck, M.A.

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
*Nachwuchsgruppe Europäische Zivilgesellschaft
und Multilevel Governance*

fon 0251.5103825

fax 0251.5103824

christoph.golbeck@uni-muenster.de

<http://nez.uni-muenster.de>



Diskussionspunkte zum Thema „Dritter Sektor“

Die Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen werden häufig im Kontext des Abbaus staatlicher Sozialleistungen diskutiert. Dabei handelt es sich jedoch um eine verkürzte Argumentation, bei der die besonderen Chancen einer stärkeren Einbindung des „Dritten Sektors“, insbesondere bei der Produktion sozialer Dienstleistungen, nicht genügend Beachtung finden.

Zunächst ist festzuhalten, dass unter dem Einfluss europäischer Gesetzgebung der zweite Sektor, namentlich der europäische Binnenmarkt, zunehmend an Bedeutung in vielen Lebensbereichen gewinnt. Das trifft auch und insbesondere auf den Bereich der „Sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ zu, also bspw. auf Fragen der Altenpflege oder der frühkindlichen Erziehung, deren Erstellung bislang in vielen Staaten der EU durch eine Reihe von Ausnahmeregelungen begünstigt wurde. In Deutschland trifft das in besonderer Weise auf die Arbeit der großen Wohlfahrtsverbände (AWO, Diakonie u. a.) zu, die unter dem Druck von Vermarktlichungs- und Professionalisierungsprozessen viele ihrer bisherigen Strukturen und Organisationsformen überdenken müssen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass im Kontext der historischen Entwicklung der Sozialsysteme sowohl die Anforderungen an diese ständig gewachsen sind (z. B. medizinisch-technischer Fortschritt) als auch die Komplexität der zu lösenden Aufgaben gestiegen ist (z.B. Altenpflege unter den Bedingungen der Auflösung von Großfamilien). Das bedeutet, dass der aktuelle Problemdruck eine Reform der traditionellen sozialen Sicherungssysteme erzwingt. Die Frage ist also weniger, ob Veränderungen erfolgen müssen, sondern vielmehr, in welcher Weise die bisherigen Strukturen verändert werden sollen.

Aus der Sicht vieler Organisationen des Dritten Sektors fallen die entsprechenden Reaktionen zweigeteilt aus: eine verstärkte Vermarktlichung und Professionalisierung gemeinnütziger Akteure kann dazu beitragen, neuen Anforderungen besser gerecht zu werden. So kann dadurch die innovative Weiterentwicklung sozialer Dienstleistungen befördert werden, bspw. mittels einer besseren Verzahnung positiver Momente des ersten und zweiten Sektors. Es ist jedoch auch darauf hinzuweisen, dass im Zuge einer zunehmenden Professionalisierung bürgerschaftlichen Engagements wichtige Aspekte der Sozialintegration sowie der Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in das Gemeinwesen verloren gehen können.

Die Diskussion resultierte vor allem in zwei kritischen Anmerkungen: Zum einen wurde festgestellt, dass durch Aktivitäten im gemeinnützigen Bereich – insbesondere durch eine verstärkte Einbindung ehrenamtlicher Kapazitäten in die Erstellung sozialer Dienstleistungen – Festarbeitsplätze abgebaut sowie tarifvertragliche Regelungen unterlaufen werden könnten. Zudem wurde aus Sicht der Diskutanten als fragwürdig eingestuft, welche Chance einer dauerhaften Sicherung und flächendeckenden Übertragung zivilgesellschaftlicher „Best Practice“-Beispiele beizumessen ist, wenn Kontinuität sichernde Finanzierungsmechanismen des Sozialstaats fortwährend abgebaut werden.

Eine Expansion des Dritten Sektors erscheint somit als doppelgesichtig: der Entfaltung von Kreativität/Innovationsbereitschaft/Privatinitiative sowie Effizienzsteigerung stehen eine Reduzierung von Planbarkeit/Verlässlichkeit und „stärkere Personenabhängigkeit“ gegenüber. Für eine Klärung der Frage, welche Entwicklungen als wünschenswert für die zukünftige Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens anzusehen sind, können Vergleiche mit anderen Staaten innerhalb der EU (siehe Folie 14, pdf-Dokument Golbeck) hilfreich sein.

Annika Ritter

Das garantierte Grundeinkommen – Ein Thesenpapier aus der Sicht von attac –

Was ist attac?

- Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen
- zählt zur globalisierungskritischen Bewegung
- Was meinen wir mit Globalisierung?
 - Neoliberalismus setzt sich allgemein durch
 - Privatisierung von öffentlichem Eigentum
 - Deregulierung der Finanzmärkte und anderer Märkte
 - Produktion für einen Weltmarkt anstatt für Regionen
 - Abbau von sozialen Rechten und Umweltgesetzen
- Wir wollen stattdessen:
 - Mensch und Umwelt sollten wirtschaftlichen Interessen nicht untergeordnet sein
 - Staat soll seine Aufgaben wahrnehmen, bzw. bestimmte Dinge sollten nicht über einen Markt reguliert werden: Gesundheit, Bildung, Daseinsvorsorge, ...
 - Lebensqualität (intakte Umwelt,), Gerechtigkeit, Demokratie, ...
- Was sind unsere Methoden?
 - Lokal und global
 - Veröffentlichung von Broschüren, Büchern, Flyer, Fachartikeln, Pressemitteilungen
 - Kampagnen
 - Straßenaktionen
- Kontakt attac Münster: Annika Ritter: 0251-81539; A.Ritter-@gmx.de
- Plenum attac Münster: Jeder 2. und 4. Montag im Monat. ITP (Friedrich Ebertstr. 7)

1. Thesen und Fragen

- Es wird keine Vollbeschäftigung mehr geben
 - Ist es in Ordnung ohne Gegenleistung Geld zu bekommen?
 - Was kann in Zukunft integrierend wirken und sinnstiftend sein, wenn nicht mehr die Erwerbsarbeit?
- Das jetzige Soziale Sicherungssystem finanziert sich nur durch Vollbeschäftigung
 - Wollen wir ein Soziales Sicherungssystem? Wenn ja, wie kann es in Zukunft finanziert werden?
- Es ist genug für alle da:
- Weltweit s. Nahrung
- Gesamtvermögen durch Anzahl aller Menschen teilen...
 - Haben wir vielleicht ein Verteilungsproblem?
- Es gibt bezahlte und unbezahlte Arbeit. Die bezahlte Arbeit ist in unserer Gesellschaft höher angesehen, aber nicht unbedingt wichtiger (Vgl. Werbebranche – Erziehung)

Das garantierte Grundeinkommen

- Wichtigere Arbeit wird nicht unbedingt besser bezahlt (Vgl. Toilettenfrau – Werbefachfrau)
 - Ist das gerecht?

Kann das Grundeinkommen eine Antwort sein?

2. Modell der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) als Beispiel

Ziel, Anspruch

- Garantierte Grundeinkommen (GG) ist als Menschenrecht gedacht, d.h. für alle und weltweit
- Solidarische Marktwirtschaft
- gutes Leben und gute Arbeit für alle
- GG soll keine Stilllegungs- und Stillhalteprämie sein
- GG soll keine Subventionierung des Niedriglohnssektors bewirken

Funktionsweise

Für wen?

- JedeR BürgerIn mit Wohnsitz in Deutschland unabhängig von Einkommen, Vermögen und Lebensweise
- Zugezogene MitbürgerInnen nach einer Wartezeit von 5 Jahren.
- keine Gegenseitige Anrechnung im Rahmen von Bedarfsgemeinschaften
- Bedingungslos: keine Pflicht zur Jobsuche, keine Kontrolle unbezahlter Arbeit

Höhe

- Existenzsichernd: bescheidene, jedoch dem sozialen und kulturellen Standard entsprechende Lebensführung
- Orientiert sich an der neu definierten Armutsvermeidungsgrenze des 2. Lebenslagenberichts: 938 €inkl. Miete für einen Haushalt
- Kinder 400 €
- Erwachsene: 670 €
- Wohngeldanspruch bleibt erhalten, *unklar*
- Mehrbedarfe für Schwerbehinderte, Schwangere, Alleinerziehende, chronisch Kranke (z. B. Diabetiker) in Höhe von 180 € sind einzuführen

Finanzierung

Erhalten bleiben:

Sozialversicherungen: wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Lohnbestandteile und keine Lohnnebenkosten. Es dürfen keine Leistungen gestrichen werden. Prinzip einer flächendeckenden Bürgerversicherung, alle Einkunftsarten werden mit einbezogen, Beitragsbemessungsgrenze wird verdoppelt, Versicherungspflichtgrenze wird auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze angehoben, sollten neben dem GE keinerlei Einkünfte bezogen werden, sind die Beiträge zur KV und PV vom Staat zu übernehmen. Finanzierung in Zukunft durch Wertschöpfungsabgabe.

Zusätzliche Maßnahmen:

- Mindestlohn: Wirkung als flächendeckendes Kombilohnmodell wäre Missbrauch

- Arbeitszeitverkürzung: gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Erwerbsarbeit
- Infrastruktur und Bildungsoffensive: Keine Kommerzialisierung der Infrastruktur. Ausbau und kostenloser Zugang zu Infrastruktur. Sonst können Chancen, die das GG bieten würde nicht genutzt werden.
- Europäische Dimension: Soziale Grundrechte dürfen nicht dem Standortwettbewerb geopfert werden
- Neuorientierung in der Arbeitswelt
-

3. Auswirkungen

Auf die Gesellschaft

- Keine Armut mehr
- Freiheit und Menschenwürde für den Einzelnen
- Andere Wertvorstellungen:
 - Rolle des Geldes
 - Wertschätzung von Kindern
 - Rolle der Erwerbsarbeit
 - Bildung wieder als Selbstzweck möglich
- Tätigkeitsgesellschaft:
 - Höhere Wertschätzung unbezahlter Arbeit
 - Notwendige, aber nicht profitable Arbeit: Pflege, Erziehung, Naturschutz, Reparaturen, Recycling, Landwirtschaft, Kunst, Kultur
- Besitzstände werden nicht angegriffen

Auf Frauen

- Frauen weiterhin für Erziehung und Pflege zuständig
- Andererseits mehr Kindergartenplätze, ...

Auf Familien und andere Lebensgemeinschaften

- kein Armutsrisiko durch Scheidung
- kein Armutsrisiko durch ungeplante Schwangerschaft
- keine ökonomische Abhängigkeit von Jugendlichen (?)
- Mehr Geburten
- Gemeinsames Hauswirtschaften wird nicht bestraft
- Ungelöst bleibt das Problem der Vernachlässigung von Kindern durch Eltern

Auf Erwerbslose

- Keine Armut mehr
- Keine Bedingungen, keine Pflicht zur Arbeit
- Keine Erniedrigung durch Bedürftigkeitsprüfung
- Erwerbslose werden endgültig aufs Abstellgleis gestellt
- Bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz: es werden Stellen frei, da ein Teil der Erwerbstätigen kündigen könnte, durch Arbeitszeitverkürzung
- Neues Selbstwertgefühl durch höhere Wertschätzung von unbezahlter Arbeit
- Personal in Arbeitsagenturen wird nicht ausgetauscht (?)

Auf ArbeitnehmerInnen

- Kein Armutsrisiko durch Verlust der Arbeit

Das garantierte Grundeinkommen

- Keine arbeitenden Armen
- Keine Konkurrenz zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden: Jeder verdrängt Jede von irgendeinem Job
- Arbeitsmarkt würde entlastet. Es wäre auch möglich ohne Lohnarbeit zu leben
- Stärkung von ArbeitnehmerInnen:
- Keine Wochenarbeitszeit bis zur Leistungsgrenze
- Man muss keine schlechte Arbeit mehr annehmen
- Schlechte Arbeit müsste entsprechend bezahlt werden, damit jemand bereit ist sie zu machen
- Bei schlechten Arbeitsbedingungen wäre Kündigung möglich

Auf die Wirtschaft

- Mehr Einkommen bei unteren Schichten – mehr Konsum – Wachstum – weniger Erwerbslose
- Abwanderung von Unternehmen (?)

Diskussionsergebnisse im Diskurs

Das KAB- Modell bezieht sich auf das Jahr 2000. Seit dieser Zeit gibt es viele Entwicklungen, die die Distanz zu den KAB-Vorschlägen vergrößert haben. So stellt sich u.a. das Inflationsproblem heute in verschärfter Form. (Siehe hierzu auch den „Beschluss zum Antrag der Bundesleitung zum Grundeinkommen“ auf dem 13. Bundesverbandstag vom 19.–21. Oktober 2007 in Erfurt.)

Bisher ist das Thema „Grundeinkommen“ in der breiten Öffentlichkeit noch gar nicht angekommen. Es erscheint eher als eine besonders interessante Herausforderung für Fachzirkel. Verglichen mit einer so grundsätzlichen Neuorientierung, wie es die Einführung eines Grundeinkommens bedeuten würde, stehen im Bewusstsein der Mehrheit unserer Bevölkerung vermutlich andere Fragen im Vordergrund, wie z. B. die individuelle Absicherung bei aktuellen (und auch bei später zu erwartenden) Notsituationen – das Über-die-Runden-Kommen verdrängt die langfristigen Perspektiven. Dabei ist das Vertrauen in eine solidarische Gesellschaft entschieden geringer geworden.

Dem KAB- Modell liegt ein „positives Menschenbild“ zugrunde (siehe hierzu auch die Erwartungen bei Adrienne Goehler). Es geht in unserem Diskurs nicht darum, diese durch ein „negatives“ (pessimistisches, kritisches) zu ersetzen, sondern vielmehr um das Bemühen, an einem positiven Menschenbild durch alle empirischen Befunde, historischen Erfahrungen und auch die alltäglichen Beobachtungen hindurch festzuhalten.

In der weiteren Diskussion zeichnen sich unterschiedliche Grundpositionen im Diskurs ab:

- a. Eine funktionierende Marktwirtschaft macht ein „bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ überflüssig und ist gesamtgesellschaftlich das bessere Modell, weil sie nicht nur Eigenverantwortung und Eigenvorsorge in besonderer Weise stärkt, sondern vor allem den Menschen über die erbrachten beruflichen Leistungen ein begründetes Selbstbewusstsein gibt.
- b. Mehr soziale Gerechtigkeit lässt sich besser durch gezielte Einzelmaßnahmen innerhalb der bestehenden sozialen Sicherungssysteme als durch ein garantiertes Grundeinkommen erreichen und auch eher politisch durchsetzen (Beispiele wären: Änderung der Zuver-

Das garantierte Grundeinkommen

dienstgrenze bei der Sozialhilfe, die Einführung einer negativen Einkommenssteuer, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe bei den Unternehmen). Es sollte der Grundsatz von „Nehmen und Geben“ erhalten bleiben; die Verpflichtung für alle Jugendlichen, ein „soziales Jahr“ abzuleisten, könnte dem dienen.

- c. Wir gebrauchen angesichts der über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausgehenden Produktivitätssteigerungen, der damit verbundenen „Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ sowie einer die Würde der Empfänger verletzenden Gewährung von Sozialleistungen ein Umdenken im Hinblick auf unser Verhältnis zu unseren Mitbürgern, auf unseren Umgang mit den Wirtschaftsgütern und auch mit unserer natürlichen Umwelt. Ein „Bürger Einkommen“ wäre in diesem Zusammenhang ein Baustein. Die Politiker sollten aufgefordert werden, die erforderlichen finanziellen, sozialen, pädagogischen Rahmenbedingungen für eine schrittweise und kontrollierte Einführung eines Grundeinkommens zu schaffen.

Nicht unerheblich für die weiteren Überlegungen scheint die Beantwortung der Fragen zu sein, wie groß die Gruppe derjenigen sein wird, die tatsächlich ein Grundeinkommen in Anspruch nehmen werden (d.h. letztlich über Mehreinnahmen verfügen), und welche Aussagen sich zum Verhalten dieser Gruppe machen lassen.

Da die Erwerbsquote (d.i. der Anteil der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung) in Deutschland seit 1992 nahezu konstant bei über 49 % liegt, lässt sich die Dringlichkeit der Einführung eines garantierten Grundeinkommens für alle Bürger durchaus in Frage stellen.

Neben dem KAB-Modell sind eine Reihe weiterer Modelle in der (Fach-)Diskussion, z. B. von Dieter Althaus (CDU), Götz Werner (Unternehmer), die von ganz anderen Intentionen getragen werden.¹

Sollte das „Grundeinkommen“ angesichts zahlreicher divergierender Modelle sowie einer ungenügenden Informiertheit der Öffentlichkeit zu einem Wahlkampfthema (2009) gemacht werden, so könnte es sein, dass damit der Sache nicht gedient wird. Vielleicht trägt der „Grundeinkommenskongress“ vom 24–26.10.2008 in Berlin zu einer Klärung bei.

Das KAB-Modell tritt mit dem Anspruch auf weltweite Gültigkeit an. Ein solcher Anspruch ist in einer globalisierten Welt, in der z. B. die Klima-, Flüchtlings-, Ernährungs-, Energie-, Wasser-Probleme u.v.a. nicht mehr auf nationaler Ebene gelöst werden können, sicher richtig. Zugleich steigen damit die Schwierigkeiten einer Durchsetzung des „Grundeinkommens“ unermesslich. Zwei Fragen drängen sich sofort auf:

- Kann der Anspruch auf ein Grundeinkommen ein einklagbarer Rechtsanspruch werden? – Auf die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ z.B. besteht bei uns ein gesetzlicher Anspruch (siehe BSHG). –
- Wie hoch soll/kann ein weltweiter Anspruch auf ein Grundeinkommen sein (siehe den Modellversuch in Namibia mit ca. 10 €pro Person und Monat²)?

Die Frage nach der Höhe eines Grundeinkommens zeigt zugleich die Vernetztheit aller Aspekte: es geht nicht nur um die Frage des Finanzvolumens und dessen Aufkommen, sondern auch um Fragen von Leistung und Gegenleistung, von gesellschaftlichen Kontrollen und Sanktionen, von Verwaltungsaufwand und Einsparmöglichkeiten, von der Abhängigkeit von einem (permanenten) Wirtschaftswachstum, u.v.a.m.

¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Grundeinkommen> (Abruf: 1.9.2008)

² Vgl. den Beitrag von Klocke-Daffa in dieser Publikation.

Das garantierte Grundeinkommen

Wenn bei dem KAB-Modell mit einer Übergangs- oder Einführungszeit von etwa 20 Jahren gerechnet wurde – das war 2000; vom heutigen Stand aus muss eine größere Zeitspanne angenommen werden –, dann wird sehr deutlich, dass es sich hier nicht um ein Vorhaben für eine Wahlperiode handelt.

Der erste Schritt müsste vermutlich darin bestehen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für mehr Investitionen in die Bereiche „Bildung, Erziehung, Information, Aufklärung“ zu erzielen. Noch bevor ein Grundeinkommen ausgezahlt werden könnte, müsste Gewissheit darüber bestehen, dass die Empfänger gelernt haben, mit Geld vernünftig umzugehen. (Dazu dürften kulturelle Basisfertigkeiten ebenso wie Werteorientierungen gehören).

Strittig ist die Frage, ob in einem folgenden Schritt die Einführung stufenweise erfolgen könnte (zunächst kleine Beträge in ausgewählten Versuchsregionen und dann eine schrittweise Erweiterung) oder ob sie umfassend und konsequent durchgezogen werden muss. Für den ersten Vorschlag spräche eine Minimierung der Risiken bei einem hochkomplexen Vorhaben; der zweite Vorschlag berücksichtigt den Umstand, dass es bei uns (vielleicht im Unterschied zu Namibia) keine in sich geschlossenen, abgrenzbaren Gemeinschaften mehr gibt.

Eine eingehende Diskussion der „Auswirkungen“ eines Grundeinkommens sowie die Fragen nach der Höhe eines Grundeinkommens und der Finanzierungsmodalitäten soll im kommenden Semester erfolgen.

Anmerkungen der Referentin

Dem stimme ich zu. Was für mich außerdem bemerkenswert war:

Es war die Rede davon, dass es Missbrauch, wäre wenn Geld, das z.B. für einen Schulausflug gedacht war, für etwas anderes ausgegeben werden würde. Da sprechen Sie natürlich ein besonders brisantes Beispiel an. Ein anderes Beispiel wäre, wenn Geld, das für Essen gedacht wäre, z. B. für Elektrogeräte ausgegeben wird. Man kann natürlich darüber diskutieren, wie man dazu steht. Meine persönliche Meinung ist folgende: Wer hier von Missbrauch redet hat die Idee nicht verstanden. Jemand, der/die sein Geld mit Erwerbsarbeit verdient, muss sich auch nicht dafür rechtfertigen, was er mit seinem Geld macht. Das Neue am Grundeinkommen soll auch sein, dass Empfänger von Transferleistungen nicht mehr wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Stichwort Menschenwürde usw.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Thema angesprochen, ob der Staat Studieren kostenlos ermöglichen soll oder Geld zur Verfügung stellen soll, das es jedem ermöglicht, bei Interesse zu studieren. Da kann ich nur sagen, wir wollen beides: Studieren soll kostenlos sein und der Lebensunterhalt soll auch ohne Erwerbsarbeit finanziert werden.

Einen wichtigen Einwand Ihrerseits möchte ich hier noch mal wiederholen: Viele Erwachsene sind von ihrem Elternhaus her nicht darauf vorbereitet worden selbstständig zu wirtschaften und mit ihrem Geld auszukommen. Das bleibt ein zentrales Problem, das sich in Zukunft eher noch verstärken wird. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde an dieser Situation auch nichts ändern.

Bemerkenswert fand ich auch, dass von Ihrer Seite geäußert wurde, dass ein Teil der Ziele, die man mit dem Grundeinkommen verfolgt, schon umgesetzt wären, bzw. man sich auf dem richtigen Weg befände. Das sehe ich ganz anders: Während es in den 70er Jahren noch ein Ziel aller Parteien war, Armut zu bekämpfen, ist es inzwischen auch von der SPD aufgegeben worden. Armut wird als Schicksal verstanden und nicht als Erscheinung, gegen die man poli-

Das garantierte Grundeinkommen

tisch handeln kann. Studiengebühren sind eingeführt worden. Das ist eine riesengroße Niederlage...

Noch ein Wort zur Finanzierung: wenn das BIP wächst, weniger bezahlte Arbeitsstunden geleistet werden und gleichzeitig geringere Reallöhne gezahlt werden, dann muss das Geld, das früher als Lohn unter die Leute gebracht wurde, jetzt woanders sein. Vermutlich in Gewinnen und privaten Vermögen (?)

Gesellschaftliche Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit

Vorbemerkung

Dieses, unsere Diskussion einleitende Referat stützt sich auf einen Essay von Uwe Jean Heuser, der unter der Überschrift: „Ungleichheit ist nicht immer schlecht ... aber zu viele Bürger bekommen überhaupt keine Chance“ in der ZEIT erschienen ist.¹ Bereits in dieser Überschrift werden zwei Punkte angesprochen, die für unsere weiteren Überlegungen zum Thema „Verflüssigung“ wichtig sein können:

- a. Es gibt eine gesellschaftliche Ungleichheit, dieser Sachverhalt ist für sich genommen und im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft nicht negativ zu bewerten – Ungleichheiten können geradezu ein Zeichen für eine vitale und freie Gesellschaft sein.
- b. Aber es ist schlecht, so Heuser, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft – und man müsste hinzufügen: für die betroffenen Menschen –, wenn viele Bürger überhaupt keine Chance haben, auf irgendeinem Feld zu den Gewinnern zu gehören.

In diesem Kontext stellt sich für unseren Diskurs die Frage: Was bewirkt eine zunehmende „Verflüssigung“ gesellschaftlicher Strukturen? Wird damit ein Beitrag geleistet zu mehr Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit?

1. Soziales Gerechtigkeitsempfinden und die Hartz-Reformen

Heuser bezieht sich auf Ergebnisse der Fairnessforschung und stellt heraus, dass die Mehrheit der Bevölkerung es als „gerecht“ empfindet, wenn das Prinzip von Geben und Nehmen gilt; wobei im besten Fall beides einander entspricht (Verhältnis der Reziprozität), mindestens aber erkennbar sein muss, dass der Gebende etwas zurückbekommt und der Nehmende alle Anstrengungen unternimmt, etwas zurückzugeben. Diese Grundeinstellung bestimmt wesentlich die Bewertung unseres Sozialsystems.

Vor diesem Hintergrund fällt eine Bewertung der Hartz-Reformen als das größte Reformvorhaben in der gegenwärtigen Sozialpolitik, bei dem es mit der Einführung des Grundsatzes „Fördern und Fordern“ nicht zuletzt auch um ein Aufbrechen, „Verflüssigen“ traditioneller Strukturen und Denkgewohnheiten geht, eindeutig negativ aus. Die wesentlichen Gründe für dieses Urteil, so die Einschätzung von Heuser, sind:

- Der Widerspruch, der darin besteht, dass Hartz-Empfänger vor einer Inanspruchnahme staatlicher Leistungen erst alle privaten Vermögen aufbrauchen müssen, zugleich aber eine private Vorsorge für ihr Alter betreiben sollen.
- Das falsche Versprechen der Politiker, durch diese Reform würden zugleich Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen.
- Das falsche politische Ziel, mit dieser sozialen Reform die öffentlichen Haushalte entlasten zu wollen.

Unter dem Gesichtspunkt der Reziprozität von Geben und Nehmen entsteht bei den Bürgern der Eindruck einer Ungerechtigkeit: die Bürger haben dem Staat gegeben, sie haben die Last der Hartz-Gesetze zu tragen, sie haben die Erhöhung der Mehrwertsteuer hinzunehmen, sie

¹ Heuser, Uwe Jean (2008) : Ungleichheit ist nicht immer schlecht ... aber zu viele Bürger bekommen überhaupt keine Chance. Das ist verheerend für die Wirtschaft und für das Land. In: ZEIT ONLINE 05/2008, S. 23. [www.zeit.de/2008/05/Gerechtigkeit-Essay]

haben steigende Energie- und Lebensmittelpreise zu akzeptieren, und noch bevor die Bürger durch mehr Arbeitsplätze und steigende Einkommen etwas zurückbekommen, zeichnet sich ein Abschwung der Konjunktur ab. Für die große Mehrheit der Bürger – nicht für alle! – bedeutet diese Entwicklung, sie hatten gar keine Chance für ihre (Verzicht-)Leistungen eine Gegenleistung zu bekommen.

2. Wohlstandsentwicklung und Chancenverteilung

Die Wohlstandsentwicklung in Deutschland wird nach Heuser maßgeblich durch folgende Faktoren bestimmt:

- Die alte Bundesrepublik hatte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte ständig anwachsen lassen, wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, was sich in der steigenden Arbeitslosenzahl und den wachsenden Sozialausgaben spiegelt.
- Die Wiedervereinigung war mit dem Problem verbunden, zwei höchst unterschiedliche Volkswirtschaften in das System der Marktwirtschaft überzuleiten, dabei für eine (rasche) Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Bundesländern zu sorgen und gleichzeitig das Wohlstandsniveau der alten Bundesrepublik zu halten.
- Die wirtschaftliche Globalisierung bedeutet für die Unternehmen einerseits steigende Umsätze und Gewinne (zu Gunsten der Kapitaleigner) und andererseits eine Verschärfung des Kampfes um Arbeitsplätze und Löhne (zu Lasten der Arbeitnehmer).

Vor diesem Hintergrund ist das Entstehen von Ungleichheiten unausweichlich. Dieser Sachverhalt, so die Einschätzung von Heuser, ist nicht nur den Bürgern vermittelbar, sondern kann auch als Chance von ihnen verstanden werden, sofern es sich dabei um Anpassungsprozesse handelt, die im Ergebnis zu größerem Wohlstand und zu mehr Aufstiegschancen für die Mehrheit führen. Die Grundvoraussetzung für eine Zustimmung zu den geforderten Anpassungsleistungen sind jedoch eine gerechte Lastenverteilung und Gerechtigkeit bei der Chancenverteilung. Hier geht es nicht mehr nur um die Reziprozität von Geben und Nehmen, sondern zusätzlich um den Ausgleich von Startnachteilen, etwa im Bildungswesen, sowie um die Minderung von Abstiegsängsten durch soziale Auffangnetze. Die Politik sendet jedoch auch hier irritierende Signale aus:

- Die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge begünstigt vor allem die Vermögenden.
- Die Senkung der Sparerfreibeträge belastet vor allem die Mittelschicht.
- Das Renteneintrittsalter wird (sicher aus gutem Grund) auf 67 Jahre erhöht und gleichzeitig fallen über 60-jährige Arbeitslose aus der Betreuung der Arbeitsagenturen heraus (was nicht sein dürfte).
- Die Unternehmenserben erhalten Steuererleichterungen (was sinnvoll sein kann), aber gleichzeitig steigen die Leistungen für arme Familien nicht entsprechend der Inflation (was doch sein müsste).

Die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen der Bürger in die soziale Gerechtigkeit werden damit gleichermaßen beschädigt.

3. Die Auseinandersetzung um „Mindestlöhne“

Bei dem Streit um die gesetzliche Einführung von Mindestlöhnen dürfen zwei Grundsätze nicht außer Acht gelassen werden:

1. Es müssen möglichst viele Menschen einen Arbeitsplatz bekommen, d.h. neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und
2. die Menschen müssen von ihrem Arbeitseinkommen ein ordentliches Leben führen können.

Erst in zweiter Linie ist es dann von Interesse, ob diese Ziele durch Mindestlöhne oder durch Kombilöhne erreicht werden. Vor allem aber, so betont Heuser, müssen die Bürger Vermögen im weitesten Sinne aufbauen können:

- ein Vermögen an Fähigkeiten, Kenntnissen, Erfahrungen, sozialen Beziehungen und Bildung,
- ein finanzielles Vermögen, vor allem zur Alterssicherung.

Die Herausforderung für die Politiker besteht darin, gleichzeitig in der Wirtschaftspolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern, in der Sozialpolitik Anreize für Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Leistungs- und Aufstiegswillen zu schaffen, in der Bildungspolitik für Chancengleichheit vom Kindergarten über die Schulen und Hochschulen bis zur beruflichen Weiterbildung zu sorgen und dabei den Bürgern die Gewissheit zu vermitteln, dass Fairness in unserer Gesellschaft herrscht. Heuser mahnt, die Gunst der Stunde, die noch gute Konjunktur, in diesem Sinne zu nutzen. Man kann hinzufügen, in den letzten Jahren haben sich viele Sicherheiten, Gewohnheiten, Orientierungen „verflüssigt“, die Akzeptanz für diese Entwicklung ist bei der Mehrheit der Bevölkerung geschwunden.

Diskussionsergebnisse

Zu 1. Hartz- Reformen

Der Absatz schildert, was die meisten empfinden. Die Politiker sind einem Irrtum erlegen mit der Annahme, die Menschen würden es verstehen, dass sie zuerst ihre Vermögen aufbrauchen müssen, bevor sie Leistungen vom Staat empfangen können. Die Politiker haben die Menschen falsch eingeschätzt, was die Stimmung angeht. Bei diesem Gesetz gibt es persönliche Härten, es bedeutet Ungerechtigkeit für Menschen, die immer ihre Abgaben bezahlt haben. Besser wäre eine Versicherung, mit der man rechnen kann. Bei den Hartz-Gesetzen gibt es keine Sicherheit. Die Menschen sind der Meinung, sie müssten für das Eingezahlte auch wieder etwas herauskommen. Politiker machen Versprechungen, die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Das Ganze entwickelt sich hin zu einer Grundversorgung.

Zu 2. Entwicklung und Verteilung

Die Wiedervereinigung kostet immer noch enorm viel. Beim Zusammenbruch der DDR war überhaupt kein Kapital vorhanden. Auch die Renten müssen aus der westdeutschen Rentenversicherung bezahlt werden. Der Satz: „Das alte Westdeutschland hat über seine Verhältnisse gelebt“ wird für falsch gehalten.

Frage: War es die Idee der Agenda 2010, dass die Menschen von unten nach oben kommen sollen? Antwort: Durch die Arbeitsagenturen und die Förderung sollten die Menschen leichter aus der Arbeitslosigkeit herauskommen. Die Agenda 2010 umfasst aber viel mehr, um die Gesellschaft zukunftsfest zu machen: Schule, Gesundheit usw.

Zur Abgeltungssteuer: Ab 01.01.2009 werden nur noch 25 % Steuern auf Kapitalerträge fällig, die Kapitalerträge müssen dann nicht mehr in der Steuererklärung angegeben werden, wodurch die Vermögenden profitieren. Die Absicht dabei ist wohl, dass das Kapital im Lande bleibt. Es wurde dazu festgestellt, dass es bei uns keinen Kapitalmangel gibt. Kapital kann aus der ganzen Welt kommen, um damit zu investieren. Die Abgeltungssteuer liegt aber auf internationalem Niveau. Wenn man die Sparerefreibeträge wie bisher gelassen hätte, wäre es gerechter gewesen.

Zu 3. Mindestlohn

Die Mittelschicht sollte nicht nach unten gedrückt, sondern die Unterschicht nach oben gehoben werden. Förderung muss schon im Kindergarten beginnen. Armut und Unterschicht können nur durch Bildung etwas beseitigt werden. Bildung steht bei den Politikern angeblich ganz oben, aber in der Realität wird an vielen Stellen wieder gestrichen. Wie kann es passieren, dass 10 % der Hauptschüler keinen Abschluss haben?

Mindestlohn: Es arbeiten viele Menschen unter ca. 7,50 € Stundenlohn brutto. Das ist unwürdig. Flächendeckenden Mindestlohn kann es nicht geben. Es konnte kein abschließendes Ergebnis zum Mindestlohn gefunden werden.

Ein sozialpolitischer Paradigmenwechsel: vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum aktivierenden Sozialstaat

Einleitung

Eine Beschäftigung mit dem Aufsatz von Dingeldey¹ im Rahmen unseres Diskurses kann zwei Zielen dienen. Zum einen kann es uns dazu verhelfen besser zu verstehen, welche politisch gewollten grundlegenden Veränderungen an unserem Sozialsystem gegenwärtig vorgenommen werden. Zum anderen können wir diskutieren, ob diese Reformen einen Schritt in die Richtung „vom Sozialstaat zu einer Kultargesellschaft“ bedeuten bzw. wie diese Neuorientierung zu bewerten ist.

Dabei ist zu beachten, dass der Grundlagentext von 2006 ist und dass damit die sozialpolitischen Prophezeiungen Dingeldeys nicht mehr genau mit der Realität übereinstimmen.

Der Beitrag von Dingeldey, der im Folgenden zusammengefasst wird, gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Vom fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat
 - 1.1 Der fürsorgende Wohlfahrtsstaat
 - 1.2 Krise des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates
 - 1.3 Der britische Diskurs zum Social Investment State
 - 1.4 Der deutsche Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat
2. Das Konzept des aktivierenden Staates in der Kritik

1. Vom fürsorgenden zum aktivierenden Wohlfahrtsstaat

Der gegenwärtig zu beobachtende Übergang eines fürsorgenden zu einem aktivierenden Wohlfahrtsstaat wird als „ein grundsätzlicher Wandel des Sozialstaates und seiner normativen Prämissen“ (S. 3) eingeschätzt; d.h. ihm kommt eine viel grundsätzlichere Bedeutung zu als den vorangegangenen Reformen.

1.1 Der fürsorgende Wohlfahrtsstaat

In allen europäischen Ländern galt in der Nachkriegsphase das *keynesianische Nachfragemodell* als Steuerungsinstrument, um den Wirtschaftszyklus zu stabilisieren und Vollbeschäftigung zu garantieren. Vor diesem Hintergrund haben sich in den westeuropäischen Ländern Wohlfahrtsstaatsmodelle entwickelt, die eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen:

- Sie alle verfolgen das Ziel, die strukturellen Folgen marktwirtschaftlicher Prozesse sozial abzufedern.
- Ihnen liegt ein übereinstimmendes Verständnis von Freiheit und Gleichheit sowie von der Gewährung sozialer Rechte zu Grunde.

¹ Dingeldey, Irene: Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 8–9/2006. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. S. 3–9.

- Sie teilen die Staats- und Steuerungsvorstellung zur Umsetzung der sozialpolitischen Ziele; d.i. die uneingeschränkte Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft durch den Staat verbunden mit der Verpflichtung des Staates, die sozialen Probleme planerisch zu lösen.

Trotz dieser Übereinstimmungen in den Grundsätzen haben sich die Wohlfahrtsstaaten seit ihrer Entstehung Mitte bzw. Ende des 19. Jahrhunderts sehr unterschiedlich entwickelt.

Gøsta Esping-Andersen² hat dabei drei Typen unterschieden:

- der universalistische Typ (Skandinavien),
- der konservativ- korporatistische Typ (Bundesrepublik),
- der liberale Wohlfahrtsstaattypus (Großbritannien und USA).

Diese drei Typen unterscheiden sich voneinander durch:

- die Organisation der sozialen Sicherungssysteme,
- das Niveau der De-Kommodifizierung, d.h. der Freistellung vom Arbeitszwang durch Gewährung von Transferleistungen,
- die De-Familialisierung, d.h. den Umfang von Dienstleistungsangeboten zur Entlastung vor allem der Frauen von Familienaufgaben.

Zu den Besonderheiten des deutschen Wohlfahrtsstaates gehören:

- umfassende Regelungen und Schutzbestimmungen des individuellen Arbeitsverhältnisses bzw. Arbeitnehmers (z. B. Normalarbeitsverhältnis, Kündigungsschutz) bei gleichzeitigem Ausbau einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Fortbildungs- und Umschulungsprogramme, Arbeitskräfteanwerbung);
- eine primär reaktive bzw. kompensatorische Sozialpolitik: Geld, Anspruchsrechte und Anreize waren zentrale Interventionsformen, Kontrolle spielte eine eher untergeordnete Rolle;
- *Freiheit* wurde weitgehend als *Freiheit von materieller Not* interpretiert;
- *Gleichheit* wurde weitgehend als *Angleichung materieller Lebens- und Einkommensverhältnisse* angestrebt und am „*Outcome*“ gemessen;
- die Sozialleistungen waren mit der Tendenz einer Universalisierung und Standardisierung verbunden; die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen wurde quasi in den Bürgerstatus integriert.

1.2 Krise des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates

Das Scheitern der keynesianischen Wirtschaftssteuerung (Ölpreisschock 1973) führte zu einem Wandel der Wirtschaftspolitik und zu einem veränderten Staats- und Steuerungsverständnis. Zu den Ursachen einer Einschränkung staatlicher Steuerungssouveränität gehören einerseits die Globalisierung der Wirtschaft, andererseits die Abhängigkeit von „internen Veto-Spielern“ (z.B. Gewerkschaften, föderale Akteure). Es gelang den Regierungen immer weniger, die andauernde Inflation und Arbeitslosigkeit zu beherrschen.

„Sowohl die faktischen Struktur- und Steuerungsprobleme des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates als auch der Krisendiskurs verhalfen letztlich den vom Neoliberalismus inspirierten wirtschaftspolitischen Steuerungsvorstellungen zum Durchbruch.“ (S. 5)

Dies bedeutete vor allem eine Verschlankung des Staates durch:

- Verringerung der Leistungstiefe öffentlicher Verwaltungen,
- Ausgliederung von Aufgaben (durch Vergabe von Maßnahmen an Dritte, Gründung von Profit Center),
- Privatisierungen.

Damit verbunden waren jedoch:

- eine Reduzierung sozialer Dienstleistungsangebote,
- Qualitätsverschlechterungen,

² Zur Quellenangabe vgl. Dingeldey, S. 3; Fußnote 1

- Entstehung neuer sozialer Probleme.

Solche Nachteile zeigten sich besonders deutlich in Großbritannien beim Gesundheitswesen und im öffentlichen Nahverkehr.

Das Versagen des Sozialstaates im Hinblick auf die Globalisierung der Wirtschaft und bei den angebotsorientierten Reformen führte in den 80er Jahren zu Überlegungen zum „*Social Investment State*“.

1.3 Der britische Diskurs zum Social Investment State

Die vor allem von dem Soziologen Anthony Giddens geprägte Vorstellung von einem „Dritten Weg“ (New Labour als Mittelweg zwischen „alter Sozialdemokratie“ und „Neoliberalismus“) ist gekennzeichnet durch folgende Momente:

- Ablehnung der bedingungslosen Gewährung sozialer Rechte: *No Rights without Responsibilities*;
- *Gleichheit* wird nicht mehr als materielle Gleichheit, sondern als *Chancengleichheit* verstanden, zu erreichen durch die Umverteilung von Möglichkeiten (Possibilities);
- *Freiheit* wird als *Handlungsautonomie* definiert – „und im Rahmen einer Politik der Lebenschancen quasi mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit versöhnt“ (S. 6);
- an die Stelle sektoraler staatlicher Steuerung tritt zunehmend das Konzept der *Holistic Governance*, womit ganzheitliche, präventive, Outcome-orientierte sowie auf Kultur- und Einstellungsveränderungen zielende Interventionsformen bezeichnet werden.

An zentraler Stelle stehen die Bildung von *Human Kapital* und das lebenslange Lernen.

Das neue politische Konzept geht nicht nur mit einem partiellen Rückzug des Staates bei der Leistungserbringung einher, es beinhaltet auch die Entwicklung neuer Formen reflexiver Steuerung und politischen Lernens.

1.4 Der deutsche Diskurs zum aktivierenden Sozialstaat

Seit Ende der 90er Jahre versucht die Politik, „eine neue Balance von individuellen Rechten und Pflichten“ (S. 6) zu finden, wobei „der verwaltende, Recht setzende und Daseinsvorsorge betreibende Staat seinen Bürgern wieder mehr zutrauen und zumuten müsse“ (S. 6)³. Dabei geht es auf der einen Seite um das Prinzip „Fordern und Fördern“ (Hartz- Gesetze), auf der anderen Seite um ein neues Steuerungsmodell. „Die Einführung von betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten [in der staatlichen Verwaltung; L. W.] sollte ... immer wieder über den Dialog mit den Bürgern und Leistungsempfängern [die als ‚Kunden‘ gesehen wurden; L. W.] rückgekoppelt werden, wobei Fragen der Gegenleistungen und Verantwortungsteilung geklärt werden sollten.“ (S. 7)

Der britische und der deutsche Diskurs können als sich gegenseitig ergänzend interpretiert werden.

2. Das Konzept des aktivierenden Staates in der Kritik

Der aktivierende Staat hat bisher keine Antwort gefunden auf die Fragen:

- Wie kann eine ausreichende Arbeitskräftenachfrage geschaffen werden?
- Wozu und wofür sollen Arbeitslose aktiviert werden?

Angesichts struktureller Massenarbeitslosigkeit wird der Verdacht geäußert, dass von der Politik „ein Blame-the-Victim-Spiel betrieben werde, das heißt, die Opfer der Entwicklung werden zu Tätern umdefiniert, die entweder umzuerziehen oder aus der Solidargemeinschaft auszuschließen sind ...“ (S. 8).

³ Vgl. Dingeldey, S. 7, Fußnote 10

Wollte der aktivierende Staat seine Ziele in die Praxis umsetzen,

- müssten neben die arbeitsmarktpolitischen Förderungen eine Reihe aufeinander abgestimmter Dienstleistungsangebote treten (z.B. Kinderbetreuung, Wohnungsvermittlung, Schuldnerberatung, Gesundheitsdienste, u.v.a.m.);
- müsste der Staat als „employer of last resort“ agieren, d.h. ein Recht auf Arbeit durch staatliche Beschäftigungsangebote gewährleisten.

Zugleich sieht sich der Staat gezwungen, über Arbeitsanreize sowie über Sanktionen und pädagogisierende Elemente das Arbeitsmarktverhalten der Erwerbstätigen zu steuern. Es ist jedoch zu erwarten, dass „entsprechende restriktive Regulierungen ... nicht nur auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger beschränkt bleiben, sondern auch auf andere Personengruppen bezogen werden“ (S. 9) könnten (z.B. beim Übergang Erwerbstätigkeit / Rente, Übergang Ausbildung / Berufstätigkeit, Übergang in Nichterwerbstätigkeit für Geburt und Kindererziehung). Das aber würde „eine deutliche Zunahme der [staatlichen; L. W.] Intervention in Bereichen der bislang privaten Lebensführung“ (S. 9) bedeuten.

Dingeldey kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. „Das Konzept des aktivierenden Staates kann ... als durchaus ambivalent bewertet werden, da es eine Ausweitung befähigender Politiken mit der Ausweitung von Zwang und sozialer Kontrolle unauflösbar miteinander verbindet.“ (S. 9)
2. „Die hyperkomplexen Steuerungsanforderungen lassen die Umsetzung ... tendenziell vom Scheitern bedroht erscheinen. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass ... das Label der Aktivierung genutzt wird, um einseitige Leistungskürzungen und die Erhöhung des Arbeitszwanges zu kaschieren, ohne dass ein umfassender Wandel in Richtung ... Erhöhung von Eigenverantwortung *und* sozialstaatlicher Gewährleistungsverantwortung stattfindet.“ (S. 9)

3. Diskussionsergebnisse

Die referierten Aussagen von Dingeldey über den „aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ werden in der Diskussion durch Rückfragen und eigene Erfahrungsberichte bestätigt:

Der „fürsorgende Wohlfahrtsstaat“ führte in Deutschland bereits in den 70er Jahren zu „planenden Eingriffen“ der Politik in die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung, z.B. durch die Subventionierung von Kohle und Stahl. Leider wurden letztlich keine Lehren aus den Ölpreisschocks 1973 und 1979 gezogen. Zwar wurde der „Monetarismus“ in Form der politischen Unabhängigkeit der Geldpolitik bzw. der DZB eingeführt und von der EZB konsequent durchgehalten, aber es wurde durch die Ausweitung der verschiedenen Fördermaßnahmen sozialer wie wirtschaftlicher Art eine wachsende Staatsverschuldung in Kauf genommen.

Offenbar führte „die Krise“ in Deutschland wohl zu vielen Diskursen und Reformansätzen, nicht aber zu einer grundsätzlichen Neuorientierung. So veränderte sich in Deutschland auch nicht – wie offenbar in Großbritannien – das Verständnis von Freiheit und Gleichheit: Freiheit als „Freiheit von materieller Not“ zur „Freiheit als Handlungsautonomie“ und „Gleichheit als Angleichung materieller Lebens- und Einkommensverhältnisse“ zur „Gleichheit als Chancengleichheit“.

Unklar blieb in der Diskussion die Bedeutung des Leitbildes von New Labour, der „Holistic Governance“. Wieweit ist dieses Leitbild nicht schon das des „aktivierenden Wohlfahrtsstaates“, des „Forderns und Förderns“?

Ein sozialpolitischer Paradigmenwechsel

Zentral dürfte tatsächlich die schon mehrfach im Diskurs andiskutierte Bestimmung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage in Bezug auf die Erwerbsarbeit sein (hier: die „Universalisierung der Arbeitsmarktteilhabe“ für „alle Bürger“), grundsätzlicher die Bestimmung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und unbezahlter Tätigkeit (Eigen-, Familien-, Gemeinwesenarbeit).

Vorbehalte werden angemeldet gegen die referierte Bewertung, dass bereits jetzt „ein Scheitern des neuen wohlfahrtsstaatlichen Paradigmas unterstellt werden“ kann.

Peter Werner

Ergebnisse des Sommersemesters 2008 und Ausblick auf das Wintersemester 2008/2009

Der Diskurs hatte sich selbst das Thema gestellt

„Weiterentwicklung des Sozialstaats unter den Einflüssen von Polarisierungen in der Gesellschaft und ‚Verflüssigungen‘ traditioneller Strukturen“.

Dabei war über „Polarisierungen in der Gesellschaft“ in den vorangegangenen Semestern bereits diskutiert worden: Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft mit den Folgen für die Entwicklung von „Wohlfahrtsmärkten“ sowie für die Verhältnisse von Beschäftigung / Arbeitslosigkeit, Arbeit / Kapital, Gewinner / Verlierer, Gebildet / Ungebildet.

Im Vordergrund steht daher in diesem Semester der von Adrienne Goehler¹ in die öffentliche Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates eingebrachte Begriff „Verflüssigungen“.

Goehler fasst den Begriff „Verflüssigung“ sehr weit: zunächst einmal geht es ihr um die Auflösung von Denkblockaden, um ein Sich-Öffnen, eine Verflüssigung des Denkens. Sodann bedeutet dieser Begriff „Durchlässigkeiten unter Wahrung des Eigenen herstellen, nicht Auflösung der Widersprüche, sondern im Bewusstsein von Differenz und Ambivalenz neue Erfahrungen zulassen“ (S. 16). Schließlich wird „Verflüssigung“ zur Kennzeichnung unserer Epoche, zur Beschreibung einer allgemeinen Zeiterscheinung, verwendet: „Die ‚flüssige Moderne‘ unterscheidet sich von der klassischen Moderne dadurch, dass alles Stabile und Verlässliche sich auflöst, zerfließt, verdampft, was auch heißt: Entmachtung der Vergangenheit, der Tradition.“ (S. 17) Damit ist mit diesem Begriff von vornherein die Gefahr eines fast beliebigen Gebrauchs verbunden, jede Veränderung kann nun auch als eine Verflüssigung gedeutet werden, jedes Festhalten an Traditionen oder bestehenden Strukturen als nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Auf der anderen Seite erscheint es als unumgänglich, ein ganz breites Spektrum von Reformmöglichkeiten ins Auge zu fassen, will man den mit „Polarisierungen“ bezeichneten bzw. mit dem Auseinanderdriften der Gesellschaft verbundenen Herausforderungen angemessen begegnen.

Die Auseinandersetzung im Diskurs über den Goehlerschen Ansatz verläuft kontrovers. Eine eher zustimmende Position geht davon aus, dass die Überlegungen von Goehler hilfreich sind, weil sie

- in Kenntnis der Problemfelder offen sind für ganz unterschiedliche Wege zu Lösungen;
- bewusst den Schwerpunkt weg von den festgefahrenen Strukturen und Denkmustern in Politik und Ökonomie (Stichworte: „Das lässt sich nicht durchsetzen!“, „Das ist nicht bezahlbar!“) hinlenkt auf jene Felder, auf denen neue Ideen entstehen, auf denen sich Kreativität entfaltet;
- gerade nicht eine neue, umfassende und fertige Lösung parat hat, sondern dafür wirbt, Ungewissheiten, Zwischenlösungen, Risiken auszuhalten;

¹ Goehler, Adrienne (2006): *Verflüssigungen. Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft*; Frankfurt a.M.

- trotz des Plädoyers für „Verflüssigungen“, das Aufbrechen von Traditionen und Gewohnheiten nicht Selbstzweck ist, sondern nur dann und nur soweit erfolgen soll, wie sinnvollere Lösungen dadurch behindert / verhindert werden;
- darauf setzt, dass es gelingen kann, durch überzeugende Beispiele immer mehr Menschen nicht nur mitzunehmen und einzubeziehen, sondern dazu zu ermutigen, auch selbst Ideen und Aktivitäten zu entwickeln, selbst schöpferisch zu werden.

Das Hauptmotiv dieser Position liegt darin, nicht zu früh die Frage der Realisierbarkeit, der ökonomischen Rahmenbedingungen, der politischen Implikationen, der eventuellen Folgen und Konsequenzen zu thematisieren, weil sonst der Horizont möglicher neuer Lösungen zu schnell eingeengt wird. Das zentrale Argument ist, dass im Vordergrund zunächst die Diskussion der Sinnhaftigkeit von Vorschlägen stehen muss. Erst dann wäre deren Umsetzung zu überlegen und es ergibt sich u. U. die Notwendigkeit, einige der vorgefundenen Rahmenbedingungen radikal in Frage zu stellen.

Demgegenüber betont die eher kritische Position, man stimme zwar in der Beschreibung der Probleme des Sozialstaats, speziell der Sozialversicherungssysteme, überein, aber Goehler versäume es, nach den Ursachen der Krisen zu fragen. Verfolgt man aber den Gedanken einer radikalen Gesellschaftskritik, so gelangt man zu dem zunächst paradox erscheinenden Ergebnis, dass es weniger um eine Veränderung als um den Erhalt des Sozialstaats bzw. seiner Wiederherstellung, speziell der Stärkung seiner Sicherungssysteme – aber nicht um deren „Verflüssigung“, „Vermarktlichung“ oder gar Abschaffung! – gehen muss. Die radikale Gesellschaftskritik führt somit in einer Zeit, in der viele Erscheinungen auf den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts hindeuten (die sich immer weiter öffnenden Scheren), zu eher konservativen Lösungen („keine Experimente!“ mit dem Sozialstaat) und somit zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Goehlerschen Ansatz, der verdächtigt wird, in der Praxis neo-liberalen Tendenzen, vielleicht unbeabsichtigt, Vorschub zu leisten, oder aber mit dem Ziel einer „Kulturgesellschaft“ im Bereich der Visionen, des Wunschdenkens zu verbleiben.

Die Kontroverse um den Goehlerschen Ansatz erhält einen neuen Akzent durch den weiteren Diskussionsimpuls, ein kurzes Eingehen auf Wirkungen und Entwicklungsmöglichkeiten des Internet. Die Überlegungen zu zwei Teilbereichen, den Online-Communities und der Endo-Ökonomie², führen zu dem Schluss: mit „Verflüssigungen“ müssen wir uns bereits heute auseinandersetzen, sie sind nicht erst eine Zukunftsvision. Diese Auseinandersetzung wird uns durch die alltägliche Praxis aufgezwungen und sie lässt sich vernünftig nur führen, wenn wir über beides verfügen, sowohl Kreativität, Phantasie, Gestaltungswillen als auch über feste Bezugspunkte, Orientierungen, Regeln und Wertvorstellungen, die sich in der Tradition bewährt haben und Sicherheit vermitteln können.

Die Teilnahme am Internet eröffnet eine Vielzahl von Chancen und positiven Perspektiven und wir werden uns seiner Nutzung in der Zukunft immer weniger entziehen können. Vor dem Hintergrund der beobachtbaren technisch-gesellschaftlichen Neuerungen in den letzten Jahrzehnten lassen sich Potenziale erkennen, die unsere gesellschaftliche Entwicklung entscheidend bestimmen könnten. Dazu gehören u.a. die spontane Bildung – und das u. U. ebenso schnelle wieder Verschwinden – von selbstorganisierten Communities. So neu diese Technik ist, orientieren sich ihre Nutzer doch in der Regel an traditionellen Werten: Demokratie, Freiheit, soziale Marktwirtschaft, Gerechtigkeit, Solidarität, Mitmenschlichkeit. Will man nicht einem naiven Fortschrittsglauben verfallen, wird es darum gehen, diese Begriffe unter den Bedingungen des Internet, d.i. der Vorstellung der einen Welt als Schnittstelle oder als das Gemeinsame, das Verbindende von physischer (Exo-) und virtueller (Endo-) Welt, mit

² Vgl. Schmidt, Artur P./Rössler, Otto E.(2000): Medium des Wissens. Das Menschenrecht auf Information. Bern.

neuen Inhalten zu füllen. Dabei darf es nicht darum gehen, diese traditionellen Werte den Begriffen des Internet anzupassen oder sie in diesem Sinne zu verändern, vielmehr muss das Internet und seine Entwicklung diesen Werten untergeordnet werden. Dazu aber ist es notwendig, das Verständnis dieser Werte so zu erweitern, dass auch die Endowelt sich darin wiederfindet.

Gelingt ein solcher Schritt, dann ergäben sich auch völlig neue Perspektiven für die Weiterentwicklung der Ökonomie. Das bisherige Markt-Prinzip beruht auf Exo-Prinzipien, bei denen das Geld entscheidet, wer am Markt teilnimmt. Innerhalb der Cyber-Welten entstehen dagegen Endo-Ökonomien, die auf virtuellen Realitäten, digitalen Transaktionen und Simulationen basieren. Bisherige Produktions- und Verteilungssysteme der Güter werden dadurch verändert. Die Macht geht vom Verkäufer zum Käufer und von rivalisierenden zu nicht rivalisierenden Produkten und Dienstleistungen, es muss in neuer Weise über Märkte nachgedacht werden. Die heutige Gewinner-Verlierer-Ökonomie könnte in eine Gewinner-Gewinner-Ökonomie überführt werden, von der alle Menschen profitieren würden. Aber die Entfaltung der Endo-Ökonomien dürfte nicht nur an entsprechende Bildungssysteme gebunden sein, sondern auch an die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Teilnehmer, d.h. die Befreiung der Teilnehmer von materieller Not.

Damit zeigt sich auch hier, dass die Realisierung der vorhandenen Chancen davon abhängen wird, in welchem Maße „Verflüssigungen“ und Verlässlichkeit, Innovationen und Traditionen miteinander verbunden werden.

Die Einschätzung, dass es bei einer zukunftsbezogenen Ausgestaltung der Sozialstaatlichkeit weniger um ein entweder Umbauen oder Bewahren gesellschaftlicher Beziehungen, sondern vielmehr um ein Sowohl-als-auch gehen wird, bestätigen in unterschiedlicher Weise die Expertenbeiträge für diesen Diskurs.

Die *historische Betrachtung* unserer Sozialsysteme zeigt: Was uns heute als selbstverständlich erscheint, ist erst in einem langen Prozess entstanden. Diese Prozesse sind keineswegs geradlinig verlaufen, sie waren immer gekennzeichnet durch massive politische Auseinandersetzungen und Kämpfe und es lassen sich aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft in dem Sinne ableiten, dass Entscheidungen über „lebensunwertes Leben“ oder Aufrechnungen zwischen dem Leben eines Menschen und den Kosten für die Allgemeinheit ausgeschlossen bleiben müssen. Zugleich zeichnen sich für die Gegenwart und unmittelbare Zukunft folgende Konfliktfelder ab:

- die intergenerationelle Lastenverteilung,
- die vorhandene Intransparenz der Finanzströme in den Versicherungen (Stichworte: Zu-schüsse aus Steuermitteln, Aufbau Ost),
- der Konflikt zwischen privatwirtschaftlichen (Kapital-) Interessen und staatlicher Verantwortung,
- das Ausbalancieren von Leistungsprinzip und sozialer Gerechtigkeit (bei Beiträgen und Leistungen).

Bei einer *ethnologisch-vergleichenden Betrachtung*, speziell einem Vergleich mit den sozialen Beziehungen bei dem Volk der Nama, lässt sich folgender Hinweis gewinnen: Jede Gesellschaft ist eine Kultargesellschaft, mit je eigenen Traditionen und Wertvorstellungen. Kultur ist immer ein dynamischer Prozess. Für eine positive Entwicklung, d.h. eine selbstbestimmte und bewusst gestaltete Entwicklung, ist das Moment der Kontinuität unverzichtbar. Geben und Nehmen müssen bei sozialen Systemen in eine Balance, ein dynamisches Gleichgewicht, gebracht werden; kein Mitglied einer Gesellschaft darf dabei in eine Position kommen, aus der heraus es nur geben oder nur nehmen kann. Unter diesem Aspekt sollten sowohl die staatlichen Leistungen als auch die ehrenamtlichen Tätigkeiten bei uns kritisch überprüft

werden. Im Kern geht es darum, dem „Leistungsempfänger“ mit dem Akt der Unterstützung nicht zugleich auch seine Würde zu nehmen.

Bei einer *systemischen Betrachtung* unserer Gesellschaft kommt dem Dritten Sektor besondere Aufmerksamkeit zu. Eine Expansion des Dritten Sektors erscheint als doppelgesichtig: der Entfaltung von Kreativität / Innovationsbereitschaft / Privatinitiative sowie Effizienzsteigerung stehen eine Reduzierung von Planbarkeit / Verlässlichkeit und „stärkere Personenabhängigkeit“ gegenüber. Für eine Entscheidung darüber, welche Entwicklungen als wünschenswert für die zukünftige Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens anzusehen sind, sollten Vergleiche mit anderen Staaten innerhalb der EU herangezogen werden; die Entwicklungen in Deutschland erscheinen dann als durchaus gemäßigt.

Durch die verschiedenen Beiträge zieht sich immer wieder die Frage, ob nicht ein „Grund- / Bürgereinkommen“ wesentlich dazu beitragen könnte, Konflikte zu entschärfen und Perspektiven zu eröffnen. Der Diskurs kommt bei einer Beschäftigung mit dem KAB-Modell für ein garantiertes Grundeinkommen zu folgenden Ansichten und Fragen:

- Kann der Anspruch auf ein Grundeinkommen ein einklagbarer Rechtsanspruch werden?
- Wie hoch soll / kann ein weltweiter Anspruch auf ein Grundeinkommen sein?

Wenn bei dem KAB-Modell mit einer Übergangs- oder Einführungszeit von etwa 20 Jahren gerechnet wurde, dann wird sehr deutlich, dass es sich hier nicht um ein Vorhaben für eine Wahlperiode handelt. Der erste Schritt müsste vermutlich darin bestehen, einen breiten gesellschaftlichen Konsens für mehr Investitionen in die Bereiche „Bildung, Erziehung, Information, Aufklärung“ zu erzielen. Noch bevor ein Grundeinkommen ausgezahlt werden könnte, müsste Gewissheit darüber bestehen, dass die Empfänger gelernt haben, mit Geld vernünftig umzugehen.

In der weiteren Diskussion zeichnen sich unterschiedliche Grundpositionen im Diskurs ab:

- a. Eine funktionierende Marktwirtschaft macht ein „bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ überflüssig und ist gesamtgesellschaftlich das bessere Modell, weil sie nicht nur Eigenverantwortung und Eigenvorsorge in besonderer Weise stärkt, sondern vor allem den Menschen über die erbrachten beruflichen Leistungen ein begründetes Selbstbewusstsein gibt.
- b. Mehr soziale Gerechtigkeit lässt sich besser als durch ein garantiertes Grundeinkommen durch gezielte Einzelmaßnahmen innerhalb der bestehenden sozialen Sicherungssysteme erreichen und auch eher politisch durchsetzen (Beispiele wären: Änderung der Zuverdienstgrenze bei der Sozialhilfe, die Einführung einer negativen Einkommenssteuer, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe bei den Unternehmen). Es sollte der Grundsatz von „Nehmen und Geben“ erhalten bleiben; die Verpflichtung für alle Jugendlichen, ein „soziales Jahr“ abzuleisten, könnte dem dienen.
- c. Wir brauchen angesichts der über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinausgehenden Produktivitätssteigerungen, der damit verbundenen „Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft“ sowie einer die Würde der Empfänger verletzenden Gewährung von Sozialleistungen ein Umdenken im Hinblick auf unser Verhältnis zu unseren Mitbürgern, auf unseren Umgang mit den Wirtschaftsgütern und auch mit unserer natürlichen Umwelt. Ein „Bürgereinkommen“ wäre in diesem Zusammenhang ein Baustein. Die Politiker sollten aufgefordert werden, die erforderlichen finanziellen, sozialen, pädagogischen Rahmenbedingungen für eine schrittweise und kontrollierte Einführung eines Grundeinkommens zu schaffen.

Eine eingehende Diskussion der „Auswirkungen“ eines Grundeinkommens sowie der Fragen nach der Höhe eines Grundeinkommens und der Finanzierungsmodalitäten soll im kommenden Semester erfolgen.

Zwei Diskussionsimpulse, die sich auf aktuelle politische Fragen beziehen, stehen am Abschluss dieses Semesters:

Wie viel Ungleichheit verträgt eine freie Gesellschaft, ohne ihren inneren Zusammenhalt zu verlieren?

Wie viel Staat ist notwendig, um einerseits soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und andererseits die Freiheiten, Eigeninitiative, Eigenverantwortung der Bürger möglichst wenig einzuschränken?

Zum ersten Punkt ist festzuhalten: Die Mittelschicht sollte nicht nach unten gedrückt, sondern die Unterschicht nach oben gehoben werden. Förderung muss schon im Kindergarten beginnen. Armut und Unterschicht können nur durch Bildung etwas beseitigt werden. Bildung steht bei den Politikern angeblich ganz oben, aber in der Realität werden gerade hier wieder Finanzmittel gestrichen und Personal eingespart.

Zur zweiten Frage wird angemerkt, dass „die Krise des fürsorgenden Wohlfahrtsstaates“ in Deutschland zwar zu vielen Diskursen und Reformansätzen, nicht aber zu einer grundsätzlichen Neuorientierung führte. So veränderte sich in Deutschland auch nicht – wie offenbar in Großbritannien – das Verständnis von Freiheit und Gleichheit: Freiheit als „Freiheit von materieller Not“ zur „Freiheit als Handlungsautonomie“ und „Gleichheit als Angleichung materieller Lebens- und Einkommensverhältnisse“ zur „Gleichheit als Chancengleichheit“.

Wenn die Krisenerscheinungen der Erwerbsarbeit mit den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Problemen überwunden werden sollen, wird das Verständnis von gesellschaftlicher Arbeit sich ändern müssen: neben die Erwerbsarbeit (unselbständig / selbständig) treten als gleichwertig Haus- / Familienarbeit, Eigenarbeit, öffentlich geförderte Arbeit, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliche Tätigkeit / Gemeinwesenarbeit, Bildungsarbeit (im weitesten Sinne). Damit ist verbunden eine „Verflüssigung“ im Denken und Handeln der Bürger sowie in der Wahl ihrer Rollen, die sich nicht nur immer wieder neu zwischen diesen Formen von Tätigsein entscheiden, sondern u. U. auch verschiedene Formen parallel ausfüllen müssen. Wenn auf der einen Seite ein solches Maß an Eigenverantwortung und Eigenvorsorge erforderlich wird, dann müssen dem auf der anderen Seite Förderangebote, Infrastrukturmaßnahmen, materiale Chancengleichheit, staatliche Sicherheitsgarantien gegenüberstehen. Goehler hat unsere gesellschaftliche Situation als ein „Dazwischen“, als ein „Nicht-mehr“ und „Noch-nicht“ gekennzeichnet. Wir würden ergänzen wollen, dass ein „Dazwischen“ auch bedeuten sollte, eine Balance zu finden zwischen Staat und Markt, zwischen Tradition und Neuanfang, zwischen Sicherheitsbedürfnis und Risikobereitschaft, zwischen Selbstverantwortung und Solidarität, zwischen staatlichen Hilfen und bürgerschaftlichem Engagement, zwischen lokalem Handeln und globaler Verantwortung.

Dieses vorläufige Ergebnis bildet die Ausgangslage für das kommende Semester. Der Diskurs hat dafür das Rahmenthema festgelegt:

„Auf der Suche nach zukunftsweisenden gesellschaftlichen Gleichgewichten zwischen sozialer Gerechtigkeit – ökonomischem Wohlstand – technischen Entwicklungen – ökologischer Verantwortung“.

Drei Themenschwerpunkte sollen die bisherige Diskussion vertiefen:

Analyse der gesellschaftlichen Situation

- Literaturempfehlung: Bauman, Zygmunt (2008): *Flüchtige Zeiten. Leben in der Ungewissheit*; Hamburg

Reformvorschläge

- Literaturempfehlung: Hebel, Stephan / Kessler, Wolfgang (Hrsg.) (2004): *Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit*; Frankfurt a.M.

Ergebnisse und Ausblick

Gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge mit dem Schwerpunkt 3. Sektor

Literaturempfehlung: Birkhölzer, K., A. Klein, et al. (2005). Dritter Sektor/ Drittes System: Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Alle Einzelthemen werden dabei begleitet durch die Frage:

Welche Rolle sollten zukünftig neben Markt und Staat die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen spielen und über welche Gestaltungsmacht verfügt dieser 3. Sektor?